

# Grosser Gemeinderat Winterthur

## Protokoll der 7./8. Sitzung des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2020/2021 vom 24. August 2020

von 16.15 bis 18.30 Uhr und 19.30 bis 21.50 Uhr

Eulachhalle 2a

(die Sitzungen sind nicht öffentlich; Medienschaffende und Verwaltungsmitarbeitende, deren  
Geschäfte verhandelt werden, sind zugelassen)

Vorsitz: D. Oswald (SVP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 7./8. Sitzung: P. Schoch (SP), M. Steiner (SP), D. Pezzotta (SVP),  
Th. Leemann (FDP)

### Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokolle der 3./4. und 5./6. Sitzungen	
2.*	20.25 (DB)	Sondernutzungsplanung: - Zustimmung zum Privaten Gestaltungsplan «Eichwaldhof» / Aufhebung von öffentlichen Strassen und Wegen: - Entwidmung Tegerlooweg mitsamt arealinternem Fusswegnetz Kat. Nrn OB11040, OB12546 und OB17214 (teilweise)	<b>B. Zäch</b>
3.*	20.29 (DB)	Kredit von Fr. 1'300'000 für den Einbau des Revierstützpunktes Wülflingen in die Schlossscheune (Projekt-Nr. 20747)	<b>R. Heuberger</b>
4.*	20.28 (DB)	Kredit von Fr. 59'400'000 für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes Neuhegi-Grüze; Neubau einer Brücke «Querung Grüze» für den öffentlichen Verkehr zwischen der St. Gallerstr. und der Sulzerallee (Projekt-Nr. 11410)	<b>H.R. Hofer</b>
5.*	20.69 (DSO)	Geschäftsbericht 2019 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur	<b>U. Bänziger</b>
6.*	20.76 (DSO)	Beantwortung der dringlich erklärten Interpellation B. Helbling-Wehrli (SP), U. Glättli (GLP), B. Huizinga (EVP), Ch. Griesser (Grüne/AL), U. Bänziger (FDP) und A. Geering (CVP) betr. Änderung des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur AHV und IV und Soziallastenausgleich – Auswirkungen für die Stadt Winterthur	

- 7.\* 20.81 Begründung des Postulats A. Steiner (GLP), F. Helg (FDP), R. Diener (DB) (Grüne/AL), M. Wegelin (SVP) und M. Bänninger (EVP) betr. S-Bahn-Haltestelle «Töss Försterhaus»
- 8.\* 20.74 Begründung des Postulats I. Kuster (CVP), R. Keller (SP), A. Rellstab (FDP) und A. Steiner (GLP) betr. Wochenmärkte – Coronavorteile übernehmen
9. 20.82 Begründung der Motion B. Huizinga (EVP), M. Zehnder (GLP), B. Zäch (SP) und R. Diener (Grüne/AL) betr. Einsatz des Eigenkapitals aus «Betrieb Parkhäuser und Parkplätze» für klimapolitische Ziele
- 10.\* 20.80 Begründung des Postulats A. Zuraikat (CVP) und S. Kocher (GLP) betr. Family Card - Vergünstigung für Kultur und Sport für Familien
11. 16.121 Antrag und Bericht zum Postulat I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rütsche (SVP) betr. Beteiligungscontrolling
- 12.\* 18.66 Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP), U. Glättli (GLP), Ch. Griesser (GP/AL), I. Kuster (CVP/EDU) und B. Huizinga (EVP) betr. Transparenz bei der Stimmbeteiligung
- 13.\* 18.57 Beantwortung der Interpellation S. Müller (EVP), R. Diener (Grüne) und Z. Dähler (EDU) betr. Bedürfnisse Quartier Gutschick
- 14.\* 17.28 Antrag und Bericht zum Postulat U. Meier (SP) betr. freier Eintritt in die Museen der Stadt Winterthur an einem Tag pro Monat
15. 18.22 Beantwortung der Interpellation M. Steiner (SP), L. Banholzer (EVP), K. Gander (AL) und M. Zehnder (GLP/PP) betr. Belastungen im Schulleitungsumfeld
16. 18.58 Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) betr. Kostenfolgen der Bürokratie bei der Kinderbetreuung
17. 18.68 Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP/EDU), R. Dürr (Grüne/AL), G. Stritt (SP), L. Banholzer (EVP) und S. Kocher (GLP) betr. Ernährungsrichtlinien für die schulergänzende Betreuung
18. 18.109 Beantwortung der Interpellation R. Keller (SP), L. Banholzer (EVP), K. Cometta (GLP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. «Aufsicht über die Kitas in der Stadt Winterthur»
19. 17.70 Antrag und Bericht zum Postulat R. Keller (SP), G. Stritt (SP), D. Hofstetter (Grüne/AL), K. Cometta (GLP/PP) und B. Huizinga (EVP) betr. Einführung von Tagesschulen in Winterthur
20. 17.100 Antrag und Bericht zum Postulat M. Steiner (SP), R. Diener (Grüne/AL), U. Glättli (GLP) und L. Banholzer (EVP) betr. Strassenlärmsanierung durch Geschwindigkeitsreduktion
21. 17.101 Antrag und Bericht zum Postulat Ch. Magnusson (FDP), F. Künzler (SP), S. Gygax (GLP), R. Diener (Grüne/AL) und B. Huizinga (EVP) betr. sicheres Nebeneinander im Sulzerareal

*\* an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

**Ratspräsident D. Oswald:** Ich begrüsse Euch zur 7. und 8. Sitzung des laufenden Amtsjahrs 2020/2021 des Grossen Gemeinderats der Stadt Winterthur.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Pia Schoch, Markus Steiner und Davide Pezzotta, für beide Sitzungen. Kurzfristig musste sich ebenfalls Thomas Leemann entschuldigen. Er hat in der näheren Bekanntschaft eine Person, die sich wegen Corona testen lassen musste. Und solange das Testresultat noch nicht bekannt ist, wurde ihm empfohlen, er solle zuhause bleiben. Verspätet eintreffen wird Silvio Stierli aufgrund von Geschäftsterminen.

Dann darf ich zwei Mitglieder bei uns in der Runde begrüssen: Ganz herzlich willkommen heisse ich Memduha Tüfekci und Philippe Weber. Sie sind zum 1. Mal bei uns im Rat, herzlich willkommen. Ich wünsche Euch eine gute Zeit und viele interessante Gespräche, interessante Geschäfte und eine gute Zusammenarbeit.

## Mitteilungen

**Ratspräsident D. Oswald:** Ich habe erfreut festgestellt, dass auch Ihr massiv daran arbeitet, dass wir den Geschäftsrückstand abbauen können. Es liegt heute kein Vorstoss vor zur Unterzeichnung. Ihr könnt Euch aber trotzdem zum Tisch nach vorne begeben. Wir haben die Liste aufgelegt für alle die, die das Budget 2021 noch in Papierform möchten. Diese müssen sich vorne auf der Liste eintragen. Die, die keinen Eintrag auf der Liste haben, erhalten es nicht in Papierform, das können wir auch nicht nachliefern. Wenn sich jemand nicht einträgt und dann doch noch auf Papier haben möchte, dann muss er es selbst kopieren oder zuhause ausdrucken. Bitte den eigenen Kugelschreiber mitnehmen zum Eintragen, und damit bin ich bei den Corona-Hinweisen.

Ich möchte da nochmals kurz in Erinnerung rufen: Schauen, dass wir die Abstände einhalten; beim Reden das Mikrofon einschalten und darauf achten, dass Ihr nahe beim Mikrofon seid; beim Abstimmen stehen wir auf und wenn Ihr zum Eintragen an den Tisch vorne geht, den eigenen Kugelschreiber mitnehmen.

Die Sitzungsorte werden nach wie vor hier in der Eulachhalle sein. Wir werden ab der Septembersitzung in der renovierten Halle sein. Wir haben dann noch eine Herausforderung für die Sitzung im Dezember, wo die Eulachhalle besetzt ist. Dann werden wir nicht hier sein können. Wir sind daran, Alternativen zu prüfen. Es ist leider so, dass sich Corona noch nicht auf die Seite entwickelt, dass wir einfach so zur Normalität zurückkönnen. Das ist schade, aber es ist so, und dann machen wir das Beste daraus.

Das Nachtessen ist wieder in der Halle nebenan. Es hat wieder zwei Menüs, mit Fleisch und Vegi. Ihr habt die Menüs auf dem Tisch aufliegen. Ebenfalls dort findet Ihr den Zugang zum WLAN-Netz mit dem Zugangscode.

## Fraktionserklärungen

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Die CVP hat eine Fraktionserklärung angemeldet zum Thema «Klimawoche und Corona». Das Wort hat Iris Kuster.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Wir von der CVP/EDU-Fraktion haben mit grossem Interesse das Programm der Klimawoche studiert. Es ist richtig und wichtig, dass die Bevölkerung zum Thema sensibilisiert wird und so möglichst viele Personen einen Beitrag zur Erreichung des Netto-Null-CO<sub>2</sub>-Ziel leisten können. Bei einigen Veranstaltungen haben wir uns zwar gefragt, worin der Bezug zum Klima sein könnte. Ich denke hier an Familienyoga (auch wenn das kluge Faultier noch dabei ist).

Das ist aber nicht der Grund für unsere Fraktionserklärung: vielmehr machen wir uns grosse Sorge um die Gesundheit der Winterthurer Bevölkerung. Daniel Oswald hat es gerade erwähnt, Corona hat uns noch nicht verlassen. In der Broschüre wird dem Leser versichert, dass Social Distancing eingehalten werden kann. Wie dies bei den Veranstaltungen, wo keine Anmeldung erforderlich ist, gewährleistet werden kann, ist uns nicht klar.

Wir verstehen wirklich nicht, wieso so eine Veranstaltungsreihe gerade jetzt durchgeführt werden muss. Wir hatten letzte Woche so hohe neue Covid-19 Ansteckungszahlen gehabt wie seit Mitte April nicht mehr. Dass jetzt der gesamte Stadtrat die Winterthurer Bevölkerung quasi an diesen Anlässen noch mehr mischen und in Kontakt zueinander bringen will, anstatt die Bevölkerung zu mehr Vorsicht und Rücksicht zu motivieren, ist für uns schlicht nicht nachvollziehbar.

Bei einer Verschiebung der Klimawoche z.B. auf nächstes Jahr hätten erstens viel mehr Leute – insbesondere auch Menschen aus Risikogruppen - an der Veranstaltung teilnehmen können. Und die Woche hätte dann sicher auch einen grösseren Impact gehabt – vor allem in Bezug aufs Klima. Gleichzeitig hätte die Stadt der Bevölkerung unmissverständlich signalisiert, dass die Covid-19-Pandemie noch nicht vorbei ist und wir alle die Situation wirklich weiterhin sehr ernst nehmen müssen.

**Stadträtin B. Günthard:** Besten Dank, Iris, für diese Fraktionserklärung und auch die darin versteckten Fragen. Ich habe damit Gelegenheit, Stellung zu nehmen zu dieser Anregung. Und ich habe auch die Gelegenheit, meine Befindlichkeit gegenüber der Glosse im Landboten letzten Samstag einleitend noch kurz auszudrücken.

Ich weiss nicht, ob die einen oder anderen diese gelesen haben. Ich muss sagen, ich bin selbst nicht nur irritiert, sondern auch verärgert gewesen. Und ich möchte einfach die Kritik, die da versteckt und ohne namentlichen Absender in die Welt gesetzt wurde, in aller Form zurückweisen. Diese Woche hat weder etwas mit meiner Person noch mit meiner beruflichen Tätigkeit im Bereich der Kommunikation zu tun.

Ich glaube, es wissen alle, dass das Thema CO2 reduzieren relevant ist und dass die Städte in dieser ganzen Relevanz eine wichtige Funktion haben. Ich glaube, es wissen mittlerweile auch alle, dass der private Konsum einen sehr hohen Anteil hat vom CO2-Ausstoss. Und die Journalistinnen und Journalisten, die heute vor einer Woche an der Medienkonferenz anwesend waren, haben dort exklusiv News erhalten (es war ein richtiger News-Wert auf eine Nachfrage von einem Journalisten), dass wir diesen privaten Konsum im Massnahmenkatalog mitrechnen werden und damit der private Konsum weiterhin ein hohes Gewicht haben wird. Ich glaube, es wissen auch alle, dass es die Aufgabe von Bund und Kanton ist, Gesetze zu machen, und dass die Städte oder die Gemeinden diejenigen sind, die vor Ort konkrete Massnahmen umsetzen können. Wir haben ganz viele letzten Montag aufgezählt: Energieberatung machen, energetisch sinnvolle Fahrzeuge für die Stadtverwaltung, den Anteil Atomstrom reduzieren, noch mehr Abwärme von der KVA nutzen. Da gibt es ganz viel, das wir umsetzen. Und die zweite wichtige Aufgabe der Städte und der Gemeinden ist, weil sie am nächsten bei den Leuten sind: Die Leute auch mitzunehmen auf diesen Weg der CO2-Reduktion. Sie zu sensibilisieren, ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie einen Beitrag leisten können. Ich nehme das Beispiel vom Stadtgemüse, das wir gemacht haben in dieser Kampagne, oder eben von dieser Klimawoche. Und weil alle wissen, wie wichtig die Gemeinden und Städte sind, aber die Gemeinden und Städte vielleicht nicht gleich viel Geld haben wie Bund und Kanton, hat z.B. diese Landbotebeilage das Bundesamt für Energie finanziert, damit wir als Stadt eben nahe an die Leute kommen. Ich kann da vielleicht einfach noch sagen: Diese Glosse habe ich selbst wirklich respektlos gefunden gegenüber den Verwaltungsmitarbeitenden, gegenüber allen diesen vielen Leuten, die da an Veranstaltungen mitbeteiligt sind. Und ich bin heute Morgen intensiv von Leuten angesprochen worden, die einfach nicht verstanden haben, wieso man einmal mehr ihr Engagement so schlecht macht. Ein bisschen irritierend war dann natürlich auch – natürlich ist der Landbote frei, was er schreibt – aber dass er eine Medienpartnerschaft mit der Stadt eingeht und dann trotzdem im Redaktionsteil v.a. bashen will und muss. Das meine Vorbemerkung zu diesen Klimawochen, zur Relevanz dazu und zu meiner Reaktion auf diese Glosse.

Und jetzt gehe ich selbstverständlich gerne auf die Frage von Iris ein. Wir haben uns natürlich die Frage intensiv gestellt, ob das jetzt der richtige Moment ist, eine solche Klimawoche zu machen. Wir haben das intensiv abgewogen und fanden dann, ja doch, wir möchten das machen. Warum möchten wir das machen? Es ist eben genau jetzt wichtig, dass die Leute wissen und weiter drandenken, dass das Klima und die Herausforderung CO2-Reduktion auch in Zeiten von Corona wichtig sind. Das ist das eine. Und das andere, das wissen und erleben wir alle: Die Menschen sehnen sich nach Aktivität, nach Normalität. Die Wirtschaft will weiterfunktionieren. Und ich glaube, wir wissen alle, dass wir lernen müssen, mit Corona zu leben. Wir können unser öffentliches Leben nicht einfach stillstehen lassen.

Genau aus diesem Grund hat der Stadtrat entschieden, dass wir diesen Klimatag (den Du vorhin auch erwähnt hast) um ein Jahr verschieben auf nächstes Jahr. Den grossen Anlass an der Technikumstrasse, wo die Autostrasse gesperrt wird, wo es viele Leute haben wird. Und dass stattdessen eine Klimawoche mit ganz vielen kleinen Veranstaltungen gemacht wird, damit es nicht eine so grosse Menschenansammlung gibt. Jede einzelne dieser Veranstaltungen verfügt selbstverständlich über ein Schutzkonzept nach den Richtlinien des BAG. Es müssen z.B. alle bei der Anmeldung oder dann vor Ort die Mailadresse und die Namen angeben. Man weist die Leute vor Ort auf Social distancing hin. Es hat Desinfektionsmittel und Schutzmasken, die man zur Verfügung stellt. Und wenn man in geschlossenen Räumen ist, empfiehlt man aktiv, man solle doch bitte Schutzmasken anziehen. Und man schaut, dass der 1,5m-Abstand gewährt ist. Und bei jedem Anlass ist eine Vertretung aus dem UGS dabei und schaut, dass diese Vorgaben auch eingehalten werden.

Besten Dank für die Kenntnisnahme und diese Frage.

## Traktandenliste

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir kommen zur Traktandenliste. Einführend möchte ich darauf hinweisen, dass die Traktanden 9, 11 und 20 von der Traktandenliste abgesetzt sind, weil entweder die Einreichenden heute nicht anwesend sind oder bei Traktandum 11, weil die Diskussion in der Aufsichtskommission noch läuft und es deshalb keinen Sinn macht, das heute zu behandeln.

Somit kommen wir zum 1. Punkt der Traktandenliste.

### 1. Traktandum

#### Protokolle der 3./4. und 5./6. Sitzungen

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Protokolle der 3./4. und 5./6. Sitzungen des Grossen Gemeinderats vom Amtsjahr 2020/2021. Gibt es Hinweise zu den Protokollen? Wenn nicht, dann sind diese Protokolle so abgenommen.

### 2. Traktandum

**GGR-Nr. 2020.25: Sondernutzungsplanung: - Zustimmung zum Privaten Gestaltungsplan «Eichwaldhof» / Aufhebung von öffentlichen Strassen und Wegen: - Entwidmung Tegerlooweg mitsamt arealinternem Fusswegnetz Kat. Nrn OB11040, OB12546 und OB17214 (teilweise)**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Geschäft 20.25: Sondernutzungsplanung. Zustimmung zum Privaten Gestaltungsplan «Eichwaldhof» / Aufhebung von öffentlichen Strassen und Wegen /

Entwidmung Tegerlooweg mitsamt arealinternem Fusswegnetz Katasternummern OB11040, OB12546 und OB17214 (teilweise). Das Wort hat der Kommissionsreferent Benedikt Zäch.

**B. Zäch (BBK):** Am Anfang dieses Gestaltungsplans standen Pläne von drei verschiedenen Bauherrschaften auf diesem Areal, das da mit den Nummern 2 - 38 an der Frauenfelderstrasse aufgezeigt ist, es waren drei Bauprojekte. Die drei Bauherren haben diese Bauprojekte einzeln eingereicht und die Stadt hat dann mit ihnen gesprochen und sass mit ihnen zusammen, um aus diesen drei Projekten ein Gesamtprojekt zu machen.

Der Gestaltungsplan hat zwei Elemente: Einerseits geht es um den Gestaltungsplan selbst, für eine neue Überbauung, aber – wie Dani Oswald schon gesagt hat – es geht auch um die Entwicklung von einem Weg, dem sogenannten Tegerlooweg, den wir da im Zentrum des Areals sehen.

Der Gestaltungsplan, der den Rahmen legt für das Gesamte, aber noch nicht bis ins Detail ausgearbeitet ist, sieht so aus: Es sind zwei Zeilen von Häusern. Eine Zeile, die der Frauenfelderstrasse entlang geht, die auch diese Siedlung gegen die Frauenfelderstrasse abschirmt. Zwischen der Frauenfelderstrasse und dieser Siedlung ist eine Platanenallee. Diese Platanenallee steht unter Schutz. Es gibt dort also die Baumallee und dann die Zeile, die an der Frauenfelderstrasse steht. Gegen innen öffnet sich dann die Bebauung in einen Hof, den sogenannten Eichwaldhof, der grosszügig gestaltet ist und quasi als Innenraum dieser siedlungsartigen Bebauung dient. Im Norden sind winkelförmig verschiedene Bauten aneinanderaddiert, die sich in Richtung renaturiertem Eichwaldgraben öffnen. Dieser Bach soll hervorgeholt und renaturiert werden. So wird dort ebenfalls ein Aussenraum geschaffen. Drittes Element ist, dass die Begrünung der ganzen Siedlung einerseits im Innenhof passiert, andererseits aber auch Grünverbindungen geschaffen werden zur Freizeitanlage Eichwäldli.

Das ist der Gesamtrahmen dieser Bebauung. Die Baumasse dieses Areals beträgt 122'000 m<sup>3</sup> und die Parkplatzberechnung basiert auf ca. 300 Bewohnerinnen und Bewohnern in diesem Gesamtareal.

Die dreidimensionale Gestaltung sieht so aus: Die Bauten gegen die Frauenfelderstrasse hin sind bis auf den Kopfbau auf gleicher Höhe gestaltet, strukturiert mit Terrassen und mit vorspringenden Teilen. Auf der Rückseite, wie gesagt, sind die Bauten winkelförmig angeordnet. Gegen den Innenhof quasi mit Fassaden, auf die andere Seite mit Terrassen und auch Gartensitzplätzen. Man sieht da auch den renaturierten Eichwaldgraben, der quasi neu geführt wird, und der ehemalige Tegerlooweg ist im Areal drin und wird durch die Bebauung aufgehoben.

Was noch wichtig ist zu sagen: Die Zeilenbebauung gegen die Strasse hin hat einen Kopfbau, der ein bisschen höher ist (1-2 Geschosse höher). Das sieht man dann noch in den Zahlen. Dieser Kopfbau soll quasi als Eingangsbau dieser Siedlung funktionieren, und er enthält auch Gewerberäume (man denkt an einen Quartierladen oder Ateliers und ähnliche Nutzungen). Das ist der Teil, der mit dem Eichwaldhof, mit dem Platz davor, quasi der öffentliche Raum dieser Siedlung sein soll. Gegen innen sind dann die Bauten abgestuft und tiefer, wir sprechen von ca. 20 m Höhe bis 12-15 m Höhe, je nach Abstufung der Bebauung.

Das sind die Eckwerte des Gestaltungsplans, wo man sieht, was nach der gegenwärtigen BZO gebaut werden könnte bei einer normalen Arealnutzung, und was durch den Gestaltungsplan quasi dazukommt. Es ist die Baumasse, die erhöht wird, von 2,86 m<sup>3</sup> pro m<sup>2</sup> auf 3,3. Es gibt auch eine Baumasse für Gewerbe. Man plant im Gegensatz zur BZO, die keine Pflicht zur Erstellung von Gewerbeflächen hat, eine Gewerbefläche von 850 m<sup>2</sup> ein und Atelierflächen von 800 m<sup>2</sup>. Bei der Gesamthöhe sieht man da, dass nach BZO eine Gesamthöhe von 18,4 durch das ganze Areal möglich wäre. Man differenziert da jetzt aber, indem man entlang der Frauenfelderstrasse hinuntergeht und mit dem Kopfbau punktuell nach oben (zwischen 19,3 und 22,3 m) und reduziert aber gegen innen, zum Eichwaldgraben, die gesamte mögliche Gebäudehöhe auf 16,3 bis 12,8 m. Es ist also eine gegen den renaturierten Bach abgestufte Bebauung. Nach BZO wären 3 Vollgeschosse und zwei zusätzliche Vollgeschosse bei einer Arealüberbauung möglich. Das nutzt man an der Frauenfelderstrasse und rechnet dort punktuell beim Kopfbau noch 1 – 2 Geschosse dazu. Die Winkelbauten nutzen aber diese Vollgeschosse nicht aus und haben 4 bzw. 5 Vollgeschosse. Das sind die Eckwerte des

Gestaltungsplans, der notwendig ist, weil man zum Teil über die BZO-Regeln hinausgeht, aber zum Teil auch darunter bleibt und das anders definiert.

Im Zusammenhang mit dem Gestaltungsplan hat die Stadt mit den drei Bauherrschaften, die sich zu einem Projekt zusammengeschlossen haben, einen städtebaulichen Vertrag gemacht. Ein paar wichtige Eckpunkte darin sind: Es ist einerseits die Entwidmung Tegerlooweg drin, das führt zu einem Landverkauf an diese Bauherrschaft. Der Weg wird rückgebaut und das Material entsorgt. Der wichtigste Teil dieses städtebaulichen Vertrags, was das Areal betrifft, ist aber die Revitalisierung des Gewässerraums.

Es gab dann Nachverhandlungen aufgrund der Beratung in der BBK. Wir haben den Finger auf einige Punkte gelegt und darum gebeten, dass man dort versucht nachzubessern. Einerseits ist das der Verzicht auf die Versorgung mit Erdgas. Das Projekt ist in den Anfängen ca. 8 Jahre alt. Es ist in einem Erdgasgebiet und man ging damals davon aus, dass die normale Versorgung Erdgas ist. Mittlerweile hat, wie Sie wissen, Stadtwerk die Strategie geändert und will mittelfristig auf Erdgas (fossile Energieträger) ganz verzichten. Und wir haben gewünscht, dass das in dieses Projekt eingebaut wird. Es kann nicht sein, dass jetzt noch ein Projekt auf den Weg geschickt wird, das nicht mehr der Strategie von Stadtwerk entspricht.

Der 2. Punkt, zu dem man in der Kommission gebeten hat, nochmals Verhandlungen aufzunehmen, ist die Reduktion der Parkplätze. Es gibt keine definierte Wohnungszahl, aber es wird mit ungefähr 300 Bewohnerinnen und Bewohnern gerechnet. Man hat von der Bauherrschaft her die Parkplatzzahl gemäss PPVO schon ein bisschen reduziert von 340 auf 271; und die Stadt hat da nochmals nachverhandelt und hat das auf 244 reduzieren können. Man hat versucht, ein Mobilitätskonzept mit der Bauherrschaft zu vereinbaren, aber es haben dort so viele Änderungen mitgespielt, dass man dann gemeinsam gesagt hat, man verzichtet auf das und reduziert dafür die Parkplatzzahl.

Die Stadt hat auch formuliert und ausgewiesen, wie der Mehrwertausgleich funktioniert, obwohl das Mehrwertausgleichsgesetz ja noch nicht existiert. Es ist bekannterweise jetzt in der öffentlichen Auflage in Winterthur. Aber es geht natürlich auch da darum, mit dem städtebaulichen Vertrag einen Mehrwertausgleich auf dem Verhandlungsweg zu erreichen. Es sind drei Punkte, die das Departement Bau betont: Es ist preisgünstiger Wohnraum (eine der Bauherrschaften ist die Aktiengesellschaft zur Erstellung von billigem Wohnraum, die zweite grosse ist L&B). Es sind preisgünstige Wohnungen, einerseits, aber man strebt mit der neuen Überbauung auch einen vielfältigen Wohnungsmix, eine Durchmischung, an. Dann gibt es Gewerbeflächen und Atelierflächen, es wird auch gesagt, dass das für Quartierbedürfnisse eingesetzt werden soll. Und ein ziemlicher Teil dieses Mehrwertausgleichs findet in «Naturalien» statt – z.B. ist die Gewässerraumaufwertung Teil davon. Was auch noch ins Feld geführt wurde, das ist ein indirekter Mehrwertausgleich: Da zwei von den Bauherrschaften einen relativ grossen Wohnungsbestand haben, können sie während dem Umbau eine Art «Auffangnetz» bilden, in dem die Bewohnerinnen und Bewohner, die in diese Siedlung wieder zurückkehren, zwischenzeitlich während dem Bau anderswo unterkommen können. Das ist ein Aspekt, der auch nicht zu vernachlässigen ist.

Das Geschäft wurde wie gesagt in der BBK behandelt. Wir haben verschiedene Fragen gestellt. Wir haben einerseits auf die Energieversorgung fokussiert, wir wollten, dass die aktuelle Stadtwerkstrategie berücksichtigt wird betreffend fossile Energieträger. Wir haben über das Parkplatzregime diskutiert und das Resultat ist primär eine Tiefgarage und knapp 30 Besucherparkplätze oberirdisch, das konnte man reduzieren. Und was auch eine Diskussion war in der BBK, neben der noch nicht detaillierten Begründung, das ist die Erschliessung. Es ist in einer Güteklasse des ÖV, die eine mittlere Güteklasse ist. Es hat zwar in einem gewissen Abstand Bushaltestellen, aber das Areal selbst ist nicht sehr gut durch ÖV erschlossen. Und auch die Auto-Erschliessung ist nicht ganz einfach, weil man nicht direkt von der Frauenfelderstrasse einfährt. Wer die Situation kennt, weiss, dass es ein bisschen vorher über eine Abzweigung und über eine Brücke und ein Stück durch das Quartier durch geht. Das ist aber von der Verkehrserschliessung her so gegeben.

Mit diesen Änderungen durch die Verhandlungsergebnisse hat die BBK den Gestaltungsplan mit 6:2 gutgeheissen.

**M. Gross (SVP):** Vielen Dank an Benedikt Zäch für die gute Präsentation dieses doch nicht so einfachen Geschäfts (aber wir haben heute ja noch komplexere Vorlagen). Die SVP unterstützt diese Sondernutzungsplanung und wird dem Geschäft einstimmig zustimmen. Wir danken dem Departement Bau und insbesondere dem Amt für Städtebau für die weitsichtige Koordination und Mitgestaltung in diesem Gebiet. Durch den neuen Gestaltungsplan werden sprichwörtlich alte Grenzen überwunden und das ganze Gebiet erfährt eine bedeutende Aufwertung. Ein grosser Dank geht auch an die privaten Investoren, die mit viel Geduld und Nachsicht die verschiedensten Bedürfnisse unter einen Hut gebracht haben. Eigentlich sollte es bei diesem Geschäft nur Gewinner geben. Verglichen mit dem heutigen Zustand ist die entstehende Überbauung ein Quantensprung: Städtebaulich, ökologisch, für die Bewohner und auch für die Anwohner. Trotzdem gab es während der Lesungen, wie es Benedikt schon erwähnt hat, in der BBK auch kritische Punkte zu diskutieren: Die verkehrstechnische Erschliessung des Gebiets ist vor Jahrzehnten nicht optimal geplant worden. Dazu werde ich später noch etwas sagen.

Zuerst zum Positiven: Es werden mehr nutzbare und schön ausgestaltete Grünräume entstehen, die Überbauung wird energetisch und architektonisch auf modernstem Stand sein und das städtebauliche Konzept ist gelungen. Für die künftigen Bewohner entsteht ein attraktiver Wohnraum mit grossen Freiflächen, die trotzdem gut erschlossen sind.

Natürlich führt die leichte Verdichtung auch zu etwas mehr Quell- und Zielverkehr. Die Überbauung orientiert sich jedoch am absoluten Minimum der neuen PPVO und die Eigentümer sind zusätzlich bereit (auch das wurde schon erwähnt), die berechnete Parkplatzanzahl nochmals stark – um weitere 25 % – zu reduzieren. Es wird also alles getan, um den Mehrverkehr auf ein Minimum zu beschränken.

Leider wurde das Erschliessungskonzept des ganzen Quartiers vor langer Zeit (wie ich gesagt habe) nicht optimal geplant. Momentan gibt es jedoch keine möglichen Alternativen und alle Parzellen haben das gleiche Anrecht für eine gute Erschliessung – so auch die neue Überbauung. Das wurde im Erschliessungsplan bereits vor langer Zeit auch so vorgesehen. Trotzdem sind die Eigentümer entgegengekommen und planen jetzt pro Wohnung in der neuen Siedlung Eichwaldhof nicht einmal mehr einen Parkplatz. Für 340 Wohnungen wird es lediglich 244 Parkplätze geben.

Jene Teile des Quartiers, welche sich heute wegen des Mehrverkehrs gegen das Projekt stemmen, haben teilweise noch zwei oder mehr Parkplätze für ihr Haus oder ihre Wohnung zur eigenen Verfügung. Wir verstehen die Anwohner natürlich schon, aber ihre Argumente sind nur zulässig und fair, wenn sie selbst bereit wären, ihre Mobilität anzupassen und auf eigene Parkplätze zu verzichten. Ansonsten tönt das doch schwer nach dem Prinzip: „Heiliger Sankt Florian / Verschön' mein Haus zünd andere an!“

Vielen Dank für die Zustimmung zu diesem Gestaltungsplan.

**M. Nater (GLP):** Auch von meiner Seite der Dank an Benedikt für die gute Vorstellung des Projekts. Der Gestaltungsplan Eichwaldhof ist ein architektonisch gelungenes Projekt, welches trotz Verdichtung eine gute Aufenthaltsqualität mit Grünraum kombiniert. Auch die Front zur Frauenfelderstrasse mit den Zeilenbauten bildet einen gelungenen Abschluss an einer dicht befahrenen Strasse und erwirkt für das neue Quartier eine Beruhigung. Dieses Projekt bildet daher die Basis für ein lebendiges Quartier der Zukunft in Oberwinterthur. Auch soll durch die verschiedenen Wohnungstypen eine soziale Durchmischung gefördert werden. Alles positiv? Nicht ganz. So kann durch den Gestaltungsplan die Ausnutzungsziffer um ca. 30% erhöht werden. Dadurch sind 32'700 m<sup>2</sup> Fläche möglich und damit können auch entsprechend höhere Einnahmen generiert werden. Die Frage ist jetzt, was die Stadt Winterthur als Gegenleistung für die 30% höhere Ausnutzungsziffer herausgeholt hat.

Beim vierten Legislaturziel des Stadtrates steht «Winterthur ermöglicht stadtverträgliche Mobilität, nutzt Energie effizient und fördert erneuerbare Energie.» Hier mussten wir vom Gemeinderat in der BBK darauf hinwirken, dass keine fossilen Heizungen möglich sind und die Anzahl der Parkplätze reduziert wird. Mit den nun ca. 0.8 Parkplätzen für eine Wohnung senken wir sicher die Parkplatzdichte pro Einwohner in dem Quartier, wo teilweise (wie es Michi



schon gesagt hat) 2 Parkplätze pro Wohnung vorhanden sind. Dies hat den Vorteil, dass der Autoverkehr in dem Quartier sich in Grenzen hält.

Der Gewerbeanteil, also nicht störende Betriebe, wo auch Atelierwohnungen und ein Quartierladen darunterfallen, wurden leider bei diesem Projekt nur mit 5% geplant, also ca. 1'600 m<sup>2</sup>. Gemäss Impulsstrategie Arbeitsplätze der Stadt Winterthur sollte aber das Arbeiten im Quartier gefördert werden und dazu gehört halt auch Raum für neue Arbeitsplätze. Durch den tiefen Gewerbeanteil ist die Gefahr vorhanden, dass der Eichwaldhof zu einem weiteren Schlafquartier werden könnte. Hier wurde eine grössere Gewerbefläche zu wenig von der Stadt eingefordert, um wirklich die gewünschte Nutzungsdurchmischung zu erhalten.

Wir von der GLP finden das Projekt gelungen. Eine gute Architektur, welche eine hohe Aufenthaltsqualität für die Bewohner sicherstellen wird. Bei der Mobilität, Energie und auch beim Gewerbeanteil hätten wir uns ein stärkeres Einfordern der strategischen Ziele von der Stadt gewünscht.

Da die Vorteile des Projektes überwiegen, werden wir von der GLP dem Gestaltungsplan zustimmen.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Kurz und bündig von uns: Wir von der CVP/EDU-Fraktion werden dem privaten Gestaltungsplan zustimmen. Ich danke meinen Vorrednern für die Informationen, die bereits geflossen sind. Auch für uns ist es gut, dass man da an dieser Stelle ein verdichtetes Bauen hat, das mit dieser Bauweise auch Lärmschutz-Charakter gibt Richtung Quartier. Das scheint uns sinnvoll und praktisch.

Die Verkehrssituation wurde bereits angesprochen heute Abend. Auch uns ist das bewusst, dass die Quartierserschliessung nicht über alle Zweifel erhaben ist und dass man sich das eine oder andere wünschen könnte. Wir haben in der Kommission aber gehört, dass das auf absehbare Zeit nicht anders möglich ist. Entsprechend sind wir froh, dass da darauf hingewirkt werden konnte, dass die Parkplatzzahl noch reduziert wird. Weiter kann ich noch festhalten, dass nicht alle Anwohnenden in diesem Quartier die gleichen Bedenken wegen dem Mehrverkehr haben. Ich habe mit einem guten Freund gesprochen, der im Quartier wohnt. Für ihn und seine Nachbarschaft war das bisher kein Thema, dass es zu Mehrverkehr kommen könnte.

Entsprechend sind wir für dieses Bauvorhaben.

**M. Bänninger (EVP):** Das Projekt Eichwaldhof zeigt deutlich, wie Winterthur wächst und auch in Zukunft wachsen wird. Auf den rund 33'000 m<sup>2</sup> wird sozusagen ein neues Kleinquartier entstehen. Das ist eine beachtliche Verdichtung, wo aber gegenüber der bestehenden Überbauung auch räumliche Vorteile bringen wird. So soll, wie wir es gehört haben, eine Spielwiese, ein Garten und ein Quartierplatz mit einem Pavillon als Siedlungstreffpunkt entstehen.

Uns von der EVP-Fraktion ist es wichtig, dass die neue Überbauung einen guten Mietermix ausweisen wird. Familien und alleinstehende Personen mit tieferem Einkommen sollen eine Wohnung finden können. Auch den bestehenden Mieterinnen und Mietern soll es möglich sein, in ihrem Quartier wohnhaft zu bleiben. Eine lokale und soziale Verwurzelung ist in unserer schnelllebigen Zeit besonders wichtig und bringt viel Lebens- und Wohnqualität mit sich. Das Beispiel Eichwaldhof zeigt deutlich und eindrücklich, dass es möglich ist, dass verschiedene Eigentümer gemeinsam ein Projekt realisieren können.

Die EVP-Fraktion stimmt dem privaten Gestaltungsplan zu.

**R. Diener (Grüne/AL):** Es gibt von der Fraktion Grüne/AL eine geteilte Abstimmung zu diesem Geschäft. Wir sind nicht vollständig überzeugt, dass wir da auf dem richtigen Pfad sind. Ich möchte aber doch zuerst ein paar Argumente auch positiv erwähnen, die natürlich auch schon z.T. gefallen sind. Es gibt gute Gründe für dieses Neubauprojekt, aber es gibt eben auch einiges, das dagegenspricht.

Positiv: Die drei ganz verschiedenen Grundeigentümer, wir haben das gehört, haben sich zusammen mit der Stadt für ein gemeinsames Projekt gefunden und einen Neuaufwurf dieser maroden Bausubstanz an diesem nördlichen Ende der Stadt auf die Beine gestellt. Das ist

keineswegs selbstverständlich, denn man hat z.T. sogar Grenzziehungen ein bisschen anpassen müssen, und das wurde in einem jahrelangen Prozess intensiv diskutiert, Interessen wurden abgewogen, es wurde bereinigt und ausdiskutiert. Das anerkennen wir und selbstverständlich muss man das auch positiv würdigen. Das hat schliesslich zu dem jetzt vorliegenden Gestaltungsplan geführt, der insgesamt einige Aspekte einer erwünschten Stadtentwicklung enthält: Verdichtung, trotzdem genügend Freiräume, Aufwertung vom Gewässerraum Eichwaldgraben, auch soziale Durchmischung soll weiterhin möglich sein, ein angemessener Gewerbeanteil, eine ökologische Bauweise und genügend Grünraum für die Erholung und die Natur. Das soll nicht schlechtgemacht werden, sondern das ist auch positiv zu würdigen. Dank dem Eingriff der BBK, den Nachverhandlungen der Stadt und dem Entgegenkommen der Bauherrschaft konnten auch noch weitere Aspekte, wie sie auf den Folien gezeigt wurden, verbessert werden: Die Energieversorgung wird nun effektiv nicht fossil geplant (was ursprünglich noch Bestandteil war) und es soll durch die Reduktion der Parkplätze eine reduzierte Verkehrserzeugung entstehen. Aus unserer Sicht sind das sicher Verbesserungen des ursprünglichen Projekts, die wir auch positiv anschauen.

Bei der Energieversorgung muss man aber doch klar und deutlich auf den Tisch legen, dass es sich um eine Nachbesserung von einer Nachlässigkeit handelt, die im Vorfeld nicht wirklich ernsthaft angeschaut wurde. Wenn man die Diskussionen, die in den letzten Jahren geführt wurden, ein bisschen mitverfolgt hat, hätte auch die Verwaltung wissen müssen, dass es nicht das Ziel sein kann (auch wenn es der Energieplan noch so vorsieht), allenfalls dort eine Gasheizung zu installieren, sondern dass man die Alternativen, die der Energieplan auch schon vorgesehen hat, nämlich z.B. eine Wärmesonde, auch ernsthaft einfordert. Das haben wir nicht verstanden.

Was uns aber v.a. als Kritikpunkt aufgekommen ist und mit dem wir wirklich nicht einverstanden sind, ist die Situation, die entsteht mit dieser doch sehr mangelhaften Verkehrserschliessung für die Autos, für den MIV. Die heutige Situation bedingt Zu- und Wegfahrten in einem Areal, wo deutlich mehr Leute wohnen werden als vorher, teils heftigen Slalom mit Umwegen über die bestehenden Quartierstrassen. Damit wird eine grosse Anzahl von Anwohnern, die bereits dort sind, deutlich zusätzlich belärmt und belastet. Zwar gilt das Areal als rechtsgültig erschlossen, der Punkt kann also nicht den Eigentümern angelastet werden. Es konnte in der BBK nachvollziehbar erläutert werden, dass eine separate Erschliessung, wie sie z.T. von den Anwohnern gefordert wurde, nicht sinnvoll wäre und auch nicht zielführend wäre. Es ist mithin klar, dass es dort draussen eine Neuerschliessung vom ganzen äusseren Eichwaldquartier benötigt. Und es ist auch klar, dass das nicht schnell kommen kann, sondern dass das wahrscheinlich noch Jahrzehnte dauert, bis wir dort allenfalls einmal eine bessere Lösung haben.

Gerade deshalb ist es eigentlich unverständlich, dass die Behörden bei der Genehmigung vom Projektvolumen das nicht stärker berücksichtigt haben. Und das ist der zweite grosse Kritikpunkt, den wir da anbringen. Mit dem vorgesehenen Projekt soll eine Verdreifachung - eine Verdreifachung! - der heutigen Baumasse umgesetzt werden. Mithin eine massive Verdichtung. Da muss ich Michi Gross schon etwas widersprechen, wenn er von einer leichten Verdichtung spricht. Mit einer anderen Zahl wurde es auch schon erwähnt: Es ist 30% mehr, als der Arealbonus überhaupt hergeben würde. Deshalb gibt es ja auch einen Gestaltungsplan. Das ist, gerade angesichts der unbefriedigenden Verkehrserschliessung, unseres Erachtens (mindestens von dem Teil, der ablehnen wird) zu viel des Guten. Auch bezüglich dem ÖV, das wurde erwähnt, ist das Areal nicht wirklich befriedigend erschlossen – mehr schlecht als Recht. Die Haltestellen sind nicht gleich in der Nähe und es gibt zwar mittelfristig eine Option für eine Bushaltestelle an der Einmündung Ruediweg in die Frauenfelderstrasse – aber wann diese kommen wird, steht in den Sternen. So ist es klar, dass der Druck auf die schlechte Erschliessung für den MIV eher grösser sein wird als kleiner, und deshalb dürfte es sich schon so abspielen, dass es deutlich mehr Verkehr geben wird als bis anhin.

Und damit zusammenhängend gibt es noch einen weiteren Punkt, der ebenfalls das Bauvolumen betrifft, den wir auch kritisieren. Damit der grosse Freiraum, dieser Platz, der im Zentrum dieser Überbauung entstehen soll, überhaupt geschaffen werden kann, braucht es natürlich

sehr grosse Baukörper. Der längste und grösste ist quasi der Riegel (mit ganz kleinen Unterbrüchen) entlang der Frauenfelderstrasse. Und da ist unser Kritikpunkt, genau aus städtebaulicher Sicht, im Kontext der Quartierentwicklung, im Kontext der Quartierverträglichkeit: Ausgerechnet die grössten und höchsten Quoten der Gebäudehöhe sind in dem Bereich geplant, wo es hinten dran nur kleine Häuser hat, Einfamilienhäuser, in einem klassischen Quartier, das halt wirklich nicht so dicht besiedelt ist. Das muss man tatsächlich als Faust aufs Auge anschauen. Das passt überhaupt nicht zusammen. Und man muss sich schon bewusst sein, dass man damit natürlich einen massiven Druck ausübt, auch die bestehenden Quartiere ganz anders anzuschauen. Das kann man natürlich machen, ist aber eigentlich nicht im Sinne einer quartierverträglichen Entwicklung.

Und schliesslich und letztlich fehlen im Gestaltungsplan – und das ist ein letzter Kritikpunkt – verbindliche Vorgaben für biodiverse Begrünung von Dächern und Bodenflächen sowie eine verlässliche Zusicherung für grosskronige Bäume. Angesichts der massiven, fortschreitenden Klimaerwärmung wäre das heutzutage eigentlich genauso eine zwingende Sache wie die Vorgaben für eine erneuerbare Energieversorgung. Die einzige Formulierung, die man im Gestaltungsplan findet für den grossen zentralen Platz, ist: Man muss versuchen, mittel- bis grosskronige Bäume vorzusehen. Liebe Leute, das genügt heute einfach nicht mehr. Das ist etwas enttäuschend.

Zuletzt muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass der massive monetäre Mehrwert, der da durch die wirklich starke Verdichtung entsteht, nicht wirklich transparent und nachvollziehbar, gerade auch für das Quartier, plausibel gemacht werden kann.

Es gibt zwar qualitative Aussagen dazu, aber man hat es irgendwie nicht hinbekommen, eine quantitative Aussage zu machen. Mit der neuen Regelung, die wir mit dem Mehrwertausgleich gerade in der Planung drin haben, das ja kantonale eigentlich bereits festgelegt ist, das wir jetzt noch umsetzen müssen in der Stadt Winterthur, ist es klar, dass man das etwas abschätzen und darlegen muss. Auch das ist nicht wirklich ein gutes Zeugnis.

Natürlich ist es ein Gestaltungsplan, der sehr alt ist von der Historie – aber da hätte man noch ein bisschen Einfluss darauf nehmen können. Es bleiben also, nach den unzweifelhaft positiven Aspekten (um das Fazit zu machen), einige doch unschöne Seiteneffekte, einige Sachen, die nicht gefallen. Und deshalb stimmen wir geteilt ab. Ein Teil der Fraktion wird dieses Geschäft ablehnen.

**R. Heuberger (FDP):** Was bringt uns das ganze Projekt? Nach dem, was Reto vorhin aufgeführt hat, ist es mir ein Anliegen, nochmals zu sagen, was der Gestaltungsplan dieser Stadt wirklich bringt. Der Gestaltungsplan eliminiert eine völlig unattraktive Eintrittspforte in unsere Stadt und macht mit einer attraktiven Gestaltung der geplanten Häuser ein Gebiet, das heute wirklich unattraktiv ist, zu einem schönen Ort in Winterthur. Es ist ausgelegt auf einen optimalen Lärmschutz für die Bewohnenden, es entstehend Wohnungen, die in einem bezahlbaren Bereich bleiben und einen guten Mietermix ermöglichen. Es wird Minergie-P gebaut und Sonden für die Wärme werden geprüft. Auch auf die Möglichkeit der Gasversorgung hat der Bauherr freiwillig verzichtet und setzt jetzt auf erneuerbare Energien. Oder um es kurz und knapp zu sagen: In einem sehr partizipativen Prozess und in einem guten Austausch zwischen Stadt und den verschiedenen Bauherren ist da ein unglaublich gutes Projekt entstanden.

Und ja, das Thema Erschliessung ist ein Thema. Aber das kann nicht diesem Projekt angerechnet werden. Was fehlt, ist die MIV-Erschliessung Neuhegi-Grüze und der entsprechende ÖV-Anschluss dieses Gebiets. Aber, Reto, Du hast es in diesen Ausführungen selbst gesagt: Das kann noch Jahre oder Jahrzehnte gehen oder mindestens langfristig ein Problem sein. Soll jetzt in dieser Zeit in diesem Gebiet einfach nichts passieren? Wir wissen, wir haben Handlungsbedarf, diese Häuser kann man so nicht stehen lassen, sie sind völlig veraltet. Also sind Deine Ausführungen zwar spannend, aber wenn wir es nicht ändern können, können wir doch deshalb nicht einen guten Gestaltungsplan bachab schicken.

Es wurde gesagt von Markus Nater, es sei zu wenig gemacht worden im Bereich Energie, und auch zu wenig gemacht worden wegen Platz für das Gewerbe in diesen Gebäuden. Man muss einfach wissen: Wir haben Energieforderungen gestellt – auf die sind sie eingegangen. Wir haben Mobilitätsforderungen gestellt (weniger Parkplätze) – auf die sind die Bauherren

eingegangen. Und wir haben ihnen gesagt, sie sollten prüfen, ob sie mehr Gewerbeflächen wollen – sie haben es geprüft und aus der Erfahrung heraus gesagt, dass nachweislich (und das kann man in anderen Projekten sehen) kein Bedarf ist für mehr Gewerberäume. Sie haben es geprüft. Und letztendlich muss man sagen: Ja, sie haben mehr Bauvolumen. Aber das mehr Bauvolumen führt zwar zu höheren Erträgen, aber die höheren Erträge ermöglichen auch, dass man an diesem Ort auch billigere Wohnungen anbieten kann. Und dass so ein Mix dort überhaupt möglich ist. Und deshalb muss ich sagen: Ja, man hätte schon höhere Forderungen stellen können – aber es muss am Schluss noch finanzierbar bleiben. Und, Reto, die Forderungen, die Du heute im Rat gestellt hast (ausser die, die ich vorhin erwähnt habe), die waren in der Kommission keine Diskussion. Und entsprechend muss ich auch sagen: Irgendwann ist dann auch gut mit Forderungen stellen. Irgendwann muss man auf Augenhöhe mit einem Bauherrn diskutieren können. Das hat man hier gemacht, es ist ein gelungenes Projekt. Und ich bitte Euch sehr: Ihr habt alle die Vorteile des Projekts herausgestrichen. Stimmt diesem Projekt zu, denn es ist eine sinnvolle Lösung für die Stadt Winterthur.

**B. Zäch (SP):** Winterthur verdichtet. Das Wachstum unserer Stadt macht es notwendig, städtebauliche Chancen zu nutzen, um den Wohnraum nicht nur zu erneuern, sondern auch, im Einklang mit sozialpolitischen, ökologischen und stadträumlichen Zielsetzungen dichter zu gestalten.

Der Gestaltungsplan, den wir heute beraten, ist ein gutes Beispiel dafür. Drei bestehende Überbauungen, die sehr in die Jahre gekommen und in einem sehr schlechten Zustand sind, sollen in einem Guss innerhalb dieser Rahmenbedingungen neu strukturiert werden. Zwei Voraussetzungen sind dafür nötig: Ein sorgfältiger planerischer Prozess und eine gute Begleitung durch die Fachstellen der Stadt.

Am Anfang sind drei Bauherren gestanden, die je einzeln ihre Parzellen neu bebauen wollten. Als das Projekt vor einigen Jahren aufgegleist wurde, hat das Amt für Städtebau die Chance ergriffen, aus einem Flickwerk von drei Projektideen ein Gesamtprojekt zu machen: Man ist mit den Bauherrschaften zusammengesessen und hat ihnen aufzeigen können, dass eine gemeinsame Planung für alle Seiten von Vorteil ist. Das Resultat ist der vorliegende Gestaltungsplan.

Die SP-Fraktion erachtet das Projekt als qualitativ hochstehend und architektonisch gut durchdacht. Mit einer Zeilenbebauung an der Frauenfelderstrasse, einer der wichtigen Zufahrtsachsen der Stadt, wird der Innenhof der siedlungsartigen Anlage abgeschirmt. Gegen die Stadt hin erhöht sich die Zeile zu einem markanten Abschluss, der auch Gewerbefläche, zum Beispiel einen Quartierladen, aufnehmen kann. Gegen das renaturierte Gewässer im Eichwaldgraben hin öffnet sich die Bebauung in Winkelform. Im Innenbereich wird damit grosszügig Freiraum geschaffen (eine Platzsituation) und es werden grüne Übergänge zur Freizeitanlage Eichwäldli geschaffen. Günstiger Wohnraum bleibt erhalten und gleichzeitig die Grundlage für eine gute Durchmischung gelegt.

Trotz dieser Qualitäten kann das Projekt nicht verleugnen, dass es einen langen Entstehungsprozess hinter sich hat und im innerstädtischen Koordinationsprozess wichtige Themen wie z.B. die Energieversorgung nicht immer rechtzeitig auf den Tisch gebracht worden. Wir haben in der Kommission den Finger auf einige Punkte gelegt, bei denen wir Verbesserungen eingefordert haben: Die Energieversorgung sollte erneuerbar und nicht mit fossilem Gas erfolgen, die Parkplatzzahl sollte so tief wie möglich angesetzt werden und es haben sich auch Fragen zur Begrünung gestellt, die bisher nicht in genügender Tiefe ausgearbeitet ist. Reto Diener hat das auch ausgeführt.

Das Departement Bau hat anschliessend die Mühe von Nachverhandlungen des städtebaulichen Vertrags mit der Bauherrschaft auf sich genommen und wir nehmen sehr erfreut zur Kenntnis, dass deutliche Verbesserungen möglich worden sind. Trotzdem zeigt sich auch in diesem Fall, dass der gegebene gesetzliche Rahmen beschränkt ist (Stichwort: Mehrwertausgleich bzw. nachweisbarer Mehrwertausgleich) und stark auch von der Bereitschaft bei der Bauherrschaft abhängt, sich für langfristig – und nicht kurzfristig – günstige Lösungen zu erwärmen. Umso wichtiger ist es deshalb bei grossen Projekten, von beiden Seiten her das Gespräch möglichst im Entwicklungs- und nicht erst im Bewilligungsprozess zu suchen. Die

Qualität des Projekts ist eben wirklich eine Folge von diesen frühen Gesprächen, während der Entwicklung – das Resultat kann durchaus überzeugen.  
Die SP-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

**Stadträtin Ch. Meier:** Ich bedanke mich bei Benedikt Zäch als Referent für das gute Vorstellen dieses Geschäfts und für die spannende Diskussion, die wir jetzt hören durften. Wir haben da tatsächlich ein städtebaulich attraktives, spannendes Projekt, über das wir sprechen dürfen. Der Gestaltungsplan Eichwaldhof ist insofern tatsächlich speziell, weil – wir haben es mehrmals gehört – drei Grundeigentümer, die sehr unterschiedlich unterwegs sind, sich zusammengetan haben und miteinander ein städtebaulich sehr attraktives Projekt auf die Beine gestellt haben. Städtebaulich deshalb attraktiv, weil es einerseits architektonisch besteht, weil attraktive Freiräume gestaltet werden können und weil bei dieser Gelegenheit der Eichwaldgraben revitalisiert und aufgewertet werden kann.

Wir haben es auch gehört: Es war ein langer Prozess. Die Situation, gerade was den Energieplan betrifft, hat sich verändert. Da haben wir zum Glück jetzt im Rahmen des städtebaulichen Vertrages die Verpflichtung, nicht-fossile Energieträger zu nutzen, festhalten können. Ebenfalls ein wichtiger Punkt, den wir auch mit dem städtebaulichen Vertrag mit den Eigentümern festhalten werden, ist die Reduktion der Parkplätze.

Die Situation, was die Verkehrserschliessung angeht, da sind wir uns wohl einig: Die ist tatsächlich in diesem Quartier nicht ideal. Aber – Romana Heuberger hat es gesagt – das jetzt an diesem Gestaltungsplan aufzuhängen, wäre nicht fair. Mit der Reduktion, die wir jetzt im Rahmen des städtischen Vertrages festlegen konnten, sind wir ungefähr auf der Parkplatzzahl, die man auch hätte, wenn man dieses Areal nach Regelbauweise bebauen würde. Es wäre massiv mehr als jetzt, aber die Regelbauweise würde das zulassen. Und deshalb jetzt den Gestaltungsplan in diesem Sinne zu benutzen, um eine Verkehrserschliessung, die wir tatsächlich im Moment einfach nicht realisieren können, zu erzwingen – das wäre nicht fair den Eigentümern gegenüber. Dass es einen Handlungsbedarf gibt, das ist allen bekannt. Das ist uns bekannt und das werden wir auch anschauen. Aber wir können das nicht im Rahmen dieses Gestaltungsplans machen.

Was ich aber doch zur Verkehrserschliessung auch noch sagen will: Es ist so, dass der meiste Verkehr in diesem Quartier quartiereigener Verkehr ist. Und es gibt bereits jetzt verkehrsberuhigende Massnahmen wie Temporeduktionen. Es ist also nicht so, dass einfach Wildwuchs ist in diesem Quartier. Aber die Erschliessung ist nicht ideal und das werden wir in den nächsten Jahren sicher anschauen.

Ich danke vielmals für die konstruktive Beratung, sowohl in der BBK als auch jetzt heute Abend und freue mich auf ein deutliches Resultat.

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir kommen zur Abstimmung. Es gibt die Möglichkeit des Referendums, deshalb zählen wir aus.

Wer diesem Gestaltungsplan zustimmen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen.

Wer ablehnen möchte, soll das ebenfalls mit Aufstehen bezeugen.

Gibt es Enthaltungen?

**Ihr habt mit 53:2 Stimmen diesem Geschäft zugestimmt.**

### 3. Traktandum

**GGR-Nr. 2020.29: Kredit von Fr. 1'300'000 für den Einbau des Revierstützpunktes Wülflingen in die Schlossscheune (Projekt-Nr. 20747)**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Kredit von Fr. 1'300'000 für den Einbau des Revierstützpunktes Wülflingen in die Schlossscheune. Das Wort hat die Kommissionssprecherin Romana Heuberger.

**R. Heuberger (BBK):** Gerne präsentiere ich Euch die Vorlage des Stadtrats. Ich beginne damit, was das Strasseninspektorat in der Stadt Winterthur eigentlich macht, weil einem das gar nicht so wirklich bewusst ist.

Das Strasseninspektorat ist zuständig für den Betrieb und Unterhalt von 370 km Strassen und Wegen, 260 Rad- und Gehwegen und unterhält 3 Mio. m<sup>2</sup> Fläche. Es macht rund 500 Belagsinstandstellungen pro Jahr und leert 1'050 Abfall- und Hundekotbehälter. Es pflegt 60'000 m<sup>2</sup> Böschung und 154 öffentliche Gewässer. Zudem ist es für die Signalisation und Markierungen in der ganzen Stadt zuständig. Der Aufwand, den das Strasseninspektorat leistet, ist also riesig.

Für diese Aufgaben hat es einen zentralen Werkhof Obermühle mit Werkstatt und Schlosserei. Daneben hat es bisher 9 Revierstützpunkte, welche neu auf 7 reduziert werden sollen. Ausgelöst worden ist der ganze Prozess durch den Umbau der Strukturen, weil im Rahmen der Umsetzung des Masterplanes Bahnhof eine Verstärkung des Kreises Altstadt notwendig geworden ist. Die 7 geplanten Revierstützpunkte Oberwinterthur, Seen, Mattenbach, Kreis Altstadt, Veltheim, Töss und Wülflingen. Mit dieser Reduktion der Revierstützpunkte soll mehr Effizienz in der täglichen Arbeit der Mitarbeitenden erreicht werden.

Auf der Folie 3 sieht man den bereits jetzt bestehenden bzw. den bereits aufgehobenen Revierstützpunkt an der Rappstrasse. In einem ersten provisorischen Schritt ist dieser Stützpunkt an der Rappstrasse (hier gelb eingezeichnet), der viel zu klein und veraltet ist, in Wülflingen aufgehoben und mit dem Revier am Rennweg zusammengeführt worden. Nun soll in einem zweiten Schritt ein neuer, zentraler und den Bedürfnissen angepasster Standort, nämlich in der Schlossscheune in Wülflingen, entstehen.

Wie es dort aussieht, sieht man auf der nächsten Folie.

Die Schlossscheune hat eine direkte Zufahrt ab der Wülflingerstrasse und befindet sich in der Zone für öffentliche Bauten. Sie befindet sich bereits heute im Besitz der Stadt Winterthur. Auf der nächsten Folie sieht man das Areal, wie es heute aussieht. Das gesamte Ensemble, also das Schloss und die Scheune, ist denkmalgeschützt. Die Scheune ist derzeit praktisch ungenutzt und kann aufgrund der feuerpolizeilichen Vorgaben nicht für die Nutzung durch das Schlossrestaurant ausgebaut werden. Der Einbau des Revier-Stützpunktes ist jedoch möglich.

Was soll in diesem Revierstützpunkt entstehen? Ein normaler Revierstützpunkt besteht aus einem Strassenmeister, Vorarbeiter und 6-8 Strassenwarte (im Durchschnitt 9 Mitarbeitende). Es sind 8 Kommunalfahrzeuge, 2 Roller, 4 Salzstreuer und ein Pfadschlitzen, diverses Reinigungs- und Unterhaltsmaterialien dort untergebracht. Auf der Folie sieht man die Fahrzeuge, die in der Scheune untergebracht werden sollen. Diese haben wir abgebildet, um zu zeigen, wie klein diese Fahrzeuge sind, und um zu zeigen, dass diese absolut quartierverträglich kurssieren können.

Im Revierstützpunkt in der Schlossscheune sollen maximal 12 Mitarbeitende untergebracht werden. Eingriffe und Gestaltung im ganzen Areal sind in Absprache mit der kantonalen Denkmalpflege vorbereitet worden. Ich habe es gesagt: Es ist geschützt. Und die Eingriffe dort halten sich sehr in Grenzen. Aus diesem Prozess hinaus ist man auf diese Lösung gekommen, dass man eine Konstruktion von einem Haus im Haus aus Holz vorsieht, die maximal reversibel ist. D.h. alles, was man dort einbaut, kann man praktisch wieder so zurückbauen, dass es an der Bausubstanz und am Eindruck vom Gesamthaus keine bleibenden Veränderungen gibt. Das Ganze soll geheizt werden mit einer Luft-Wasser-Wärmepumpe und es ist eine PV-Anlage auf Dach des Anbaus vorgesehen. Auf diese gehe ich später noch ein.

Das Baugesuch wird im Sommer 2020 eingereicht, die Ausführung ist ab Herbst 2021 und die Inbetriebnahme im Frühling 2022 geplant.

Auf dieser Folie sieht man wunderschön das Haus-in-Haus-Konzept. Wir sehen aber auch, dass der Einbau nur einen kleinen Teil des gesamten Volumens der Scheune in Anspruch nimmt, nämlich 660 von 3'230 m<sup>3</sup>. Für den Mieter des Restaurants Schloss Wülflingen bleibt

deshalb noch viel Platz, um Mobiliar etc. dort zu verstauen und auch weiterhin Raum in diesem Gebäude zu nutzen. Es sind als beide Sachen, die dort drin sind, miteinander verträglich und es ist gut oder besser genutztes Areal.

Ich habe es gesagt: Das Gebäude gehört heute schon der Stadt. Wir müssen es heute schon unterhalten. Wir haben also sehr hohe Kosten, die wir eigentlich nicht sehr zielführend bzw. gewinnbringend einsetzen.

Auf der Folie sieht man die Kosten, die in der Vorlage auch sehr detailliert ausgeführt werden. Die Bruttoinvestitionen für den neuen Stützpunkt belaufen sich für auf 1,56 Mio. Franken. Diese Bruttoinvestitionen beinhalten aber auch Reserven von 114'000 normale Reserven und nochmals 74'000 zusätzliche Stadtratsreserven. Von den 1,56 Mio. sind fast 200'000 Franken Reserve eingeplant.

Die Unterhaltskosten für die Immobilien sieht man auf der nächsten Folie. Es sind 60'000 Franken, die man diesem Kredit in Abzug bringen kann. Diese 60'000 Franken müssten ohnehin jetzt investiert werden, um dieses Gebäude in wichtigen Bereichen zu sanieren und wieder alltagstauglich zu machen. Und dann kommt auch noch der bereits bewilligte Projektierungskredit von 200'000 Franken in Abzug von diesem Kredit, und damit kommen wir auf den beantragten Kredit von 1,3 Mio. Franken.

Die jährlichen Bruttoinvestitionsfolgekosten sind auf 78'390 Franken festgelegt bzw. berechnet worden.

Was waren strittige Punkte in der BBK? In der BBK war die Grösse der Photovoltaikanlagen auf dem Dach der Scheune ein Thema – mehr PV-Anlagen wurden gewünscht, sind aber aufgrund der Vorgaben der Denkmalpflege nicht möglich. Man muss auch sehen: Der Eigendarf des Revierstützpunktes kann mit der genehmigten Photovoltaikanlage gedeckt werden.

Der 2. Punkt waren die Kosten für das Projekt. Die Kosten von 1,56 Mio. Franken wurden als hoch erachtet. Vergleichbare Projekte mit dem gleichen Nutzen, die in Planung sind (Stützpunkt Töss), kosten jedoch 2,5 Mio. Franken, also rund 1 Mio. mehr als die Lösung in der Schlossscheune Wülflingen kosten würde.

In der BBK wurde intensiv diskutiert, was denn mit der alten Liegenschaft an der Rappstrasse passieren wird, denn in der Vorlage stand «es könnte verkauft werden». Wir von der BBK haben die Zusage verlangt, dass wenn der neue Stützpunkt in der Schlossscheune gebaut werden kann, dass die Anlage, die man jetzt an der Rappstrasse nicht mehr verwendet, dass diese Liegenschaft verkauft wird. Um diese Liegenschaft zu verkaufen, braucht es einen Übertrag vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen einerseits, und andererseits war das Thema dann noch, wie teuer das verkauft werden muss. Dort haben wir gesagt, zu einem marktüblichen Preis. Es wurden Schätzungen gemacht von rund 250'000 Franken. Wir gehen davon aus, dass das konservativ geschätzt ist, denn die Liegenschaft ist mitten in einem Wohnquartier. Aber da kann man keine definitiven Zusagen machen über die Höhe des Verkaufserlöses. Die BBK hat darauf verzichtet, das noch in die Vorlage zu schreiben. Wir werden das aber sicher weiterverfolgen und werden den Stadtrat darauf verpflichten bzw. nachkontrollieren, dass dieses Versprechen auch wirklich eingehalten wird und die Rappstrasse dann verkauft wird. D.h. der Preis für den neuen Revierstützpunkt in der Schlossscheune Wülflingen würde sich letztendlich um das noch reduzieren, wobei eine direkte Verrechnung mit den Kosten natürlich nicht möglich ist.

Die BBK hat die Vorlage mit 7:1 Stimmen bei einer Abwesenheit verabschiedet.

**Ratspräsident D. Oswald:** Es liegt ein Ablehnungsantrag vor. Das Wort zum Ablehnungsantrag hat Markus Nater von der GLP.

**M. Nater (GLP):** Danke, Romana, für die gute und sachliche Vorstellung dieses Geschäfts. Wir von der GLP stellen einen Ablehnungsantrag. Wir begrüssen zwar ganz klar die Zusammenlegung der Stützpunkte, sehen aber im vorliegenden Standort wirtschaftlich, ökologisch und bezüglich Aufenthaltsqualität für Mitarbeiter keine genügende Lösung, da die zulässigen Vorgaben der Denkmalpflege zu stark einschränken.

Wirtschaftlichkeit: Für eine Bruttoinvestition von 1.56 Millionen soll ein provisorischer Aufenthaltsraum mit Garage in eine alte, denkmalgeschützte Scheune eingebaut werden. Also es

werden 1.56 Mio. Franken für einen gläsernen Aufenthaltsraum mit 4 Garderoben, 2 Duschräumen, 3 WC-Kabinen und einem Büro in einer Scheune ausgegeben. Die Bauten müssen jedoch jederzeit maximal reversibel abgebaut werden können. Das geplante rückbaubare Provisorium hat eine gute Qualität, aber die Kosten für das Projekt sind halt auch wegen den Vorgaben der kantonalen Denkmalpflege sehr hoch.

Ökologisch: Die Wärmepumpe ist positiv und auch die Solaranlage auf dem kleinen Vordach, das gegen Osten ausgerichtet ist, sehen wir positiv, obwohl es auch sehr oft beschattet ist dort. Leider hat man verpasst, die Denkmalpflege zu fragen, ob auf dem grossen Süddach eine Solaranlage möglich ist. Die Frage blieb aus, da das Schloss und die Scheune immer als Ensemble angesehen werden, das äusserlich nicht verändert werden darf. Nur ist das Schloss vom 17. Jahrhundert und die Scheune ist kein Original, sondern wurde Ende 19. Jahrhundert nach einem Brand neu gebaut. Wieso soll jetzt nicht auch eine Solaranlage aus dem 21. Jahrhundert das Ensemble vervollständigen? Diese Antwort hätten wir gerne vom kantonalen Denkmalschutz vernommen.

Zur Aufenthaltsqualität: Heute Morgen habe ich die Scheune vor Ort angeschaut. Dabei wurde mir leider bestätigt, dass es schwierig ist, in einer denkmalgeschützten Scheune einen hochwertigen Aufenthaltsraum zu bauen. Das ist leider nicht gross in der BBK thematisiert worden. Im Endeffekt handelt es sich um eine alte Scheune, die nicht isoliert ist und die wenigen Fenster sind vom weit ausragenden Scheunendach beschattet. In die Scheune wird sich also höchst selten ein Sonnenstrahl verirren. D.h. auch der Aufenthaltsbereich ist ein Wintergarten ohne Sonnenlicht, der immer künstlich beleuchtet und klimatisiert werden muss. Zusätzlich ist ein grosser Aufenthaltsbereich im Kaltbereich von der Scheune geplant. Nur: Der Aufenthaltsbereich wird im Winter bis zu  $-20^{\circ}\text{C}$  und im Sommer bis  $35^{\circ}\text{C}$  warm. Also nicht unbedingt ideale Verhältnisse, um sich dort aufzuhalten.

Wenn dem Projekt vom Rat, wie es zu erwarten ist, zugestimmt wird, erwarten wir von der GLP keine zusätzlichen Kosten durch den Denkmalschutz, die versprochene Energieneutralität und auch ein besonderes Augenmerk auf eine gute Aufenthaltsqualität für die Mitarbeiter. Fazit: Wir von der GLP sehen den Vorteil der Zusammenlegung des Revierstützpunktes und der Möglichkeit, ein Denkmal praktisch zu nutzen. Wir gewichten die Nachteile bezüglich Kosten, Ökologie und Aufenthaltsqualität höher und können den Standort daher so, in dieser Form, nicht unterstützen.

**M. Bänninger (EVP):** 1.3 Mio. Franken ist viel Geld, auch für einen Revierstützpunkt. Die Stadtverwaltung konnte uns aber aufzeigen, dass die Realisierung eines neuen, eigenen Revierstützpunktes Wülflingen notwendig ist.

Auch von der bautechnischen Seite her ist diese Summe notwendig, um die denkmalpflegerischen Auflagen zu erfüllen. Wir gehen davon aus, dass die entsprechenden Mitarbeitenden bei der Erarbeitung der vorliegenden Lösung miteinbezogen wurden, um die notwendige Arbeits- und Aufenthaltsqualitätskriterien auch mit der Praxis abzustimmen.

Auch wir von der EVP würden eine flächendeckendere PV-Anlage begrüßen, werden aber die Vorlage deswegen nicht ablehnen.

**R. Diener (Grüne/AL):** Auch die Grüne/AL wird diesem Projekt zustimmen. Der Einbau im denkmalgeschützten Gebäude, das mit diesem Weg einer neuen Nutzung zugeführt werden kann (denn ansonsten ist das Teil jetzt völlig ohne Sinn und Zweck), kostet nur in etwa die Hälfte von einem Neubau an einem anderen Ort. Mir scheint das jetzt absolut wirtschaftlich vertretbar. Übrigens an einem anderen Ort, der auch nicht einfach so zur Verfügung steht, denn wir haben nicht beliebig Areale, wo man irgendetwas realisieren kann.

Der heutige bestehende Stützpunkt, der mitten im Wohnquartier ist, ist sicher nicht sinnvoll für eine Weiterführung. Er hat dort keine vernünftige «Aufenthaltsberechtigung». Es soll eine neue Lösung entstehen. Die neue Lösung mit der geplanten Nutzung gibt keine Konflikte oder Einschränkungen für den Rest des Betriebs des Schlosses, das wurde schon gesagt. Das Restaurant nutzt die Scheune schon heute praktisch nicht, nur ein bisschen als Abstellraum. Die neue Planung, die am Laufen ist und die den neuen Stützpunkt ergibt, ermöglicht es, das hat Romana Heuberger schon ausgeführt, dass man den alten Stützpunkt einer sinnvolleren



Lösung zuführen kann – wahrscheinlich einer Wohnnutzung in diesem Quartier. Und das spült auch wieder ein paar Hunderttausend Franken in die Kasse, auch wenn es nicht das «gleiche Kässeli» ist – aus einer globalen Sicht gibt das auch nochmals eine Reduktion des Preises.

Die Begründung der GLP, dass man da verschiedene Sachen nicht so optimal hat bezüglich Aufenthaltsqualität oder dass man auf dem Dach eigentlich eine grosse PV-Anlage machen können sollte, das können wir selbstverständlich auch nachvollziehen. Das gewichten wir aber hier nicht so gross. Was die Aufenthaltsqualität der Mitarbeiter betrifft, gehe ich auch davon aus, dass man das gut angeschaut hat, auch mit den Betroffenen. Und es ist auch so, dass man dort ja nicht den ganzen Tag drin ist, sondern nur zu einer gewissen, beschränkten Zeit. Sonst hält man sich meistens draussen auf. Was das Dach betrifft, so wissen wir: Es ist ein kantonal denkmalgeschütztes Gebäude. Da ist es nicht möglich, die grossflächigen Photovoltaik-Anlagen zu machen. Das würde zu viel von diesem Objekt komplett ändern. Das hängt jetzt aber nicht mit dem Einbau dieser neuen Nutzung zusammen, sondern es ist eigentlich unabhängig davon zu betrachten. Denn für die Nutzung selbst entsteht ja auf dem Ostdach des Anbaus eine kleine PV-Anlage, die den Eigenbedarf durchaus weitgehend decken kann. Falls man später einmal zu einer anderen Einschätzung kommt und auch die denkmalgeschützten Objekte für Photovoltaik freigibt - was ich mir durchaus vorstellen könnte, was sicher nicht völlig abwegig ist, auch abhängig von künftigen Technologien – könnte man das ja immer noch realisieren. Insofern sehen wir die Ablehnung für dieses Projekt nicht bzw. unterstützen sie nicht.

Wir stehen für das Projekt ein.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Ich kann mir gut vorstellen, dass ein Mitarbeiter, der dann in diesem neuen Revierstützpunkt stationiert ist, an einem heissen Sommertag am Mittag dort hinkommt. Aus der heissen freien Luft, weil er ja immer draussen arbeitet. Dann wird er wahrscheinlich froh sein, wenn er in den Schatten kommt und in ein kühles Klima kommt, das der Einbau sicher ermöglichen wird. Das Umgekehrte auch im Winter: Wenn es draussen kalt ist und die Leute dann von draussen hereinkommen, dann werden sie, davon bin ich überzeugt, ein sehr angenehmes Klima in diesem Einbau vorfinden. Es ist nach meinen Erfahrungen so, dass dort, wo ein Einbau in eine bestehende Liegenschaft gemacht wird, das Klima in diesem Einbau eigentlich fast immer fast perfekt ist und nicht von der Hitze oder Kälte von aussen beeinträchtigt wird.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion finden es gut, dass man diese Liegenschaft, die bereits in Stadtbesitz ist, besser nutzen kann. Für mich ist das auch kein Provisorium. Es wird zwar so eingebaut, dass man es theoretisch wieder rückbauen könnte. Ich gehe aber davon aus, dass dieser Rückbau nicht stattfindet, sondern es ist rein eine Anforderung zum Schutz dieses Gebäudes und nicht ein Provisorium. Entsprechend unterstützen wir von der CVP/EDU-Fraktion die geplanten Massnahmen und unterstützen den Ablehnungsantrag der GLP nicht.

**M. Gross (SVP):** Die SVP wird dieses Projekt auch unterstützen. Ich kann es eigentlich kurz machen, es wurde ziemlich alles gesagt von meinen Vorrednern. Für uns war in diesem ganzen Prozess zwingend, dass man den alten Standort aufgibt und verkauft, natürlich zu einem bestmöglichen Preis, damit die Kosten dieses Gesamtprojekt indirekt wieder etwas heruntersinken. Für uns ist dieses Projekt ziemlich teuer. Das ergibt sich durch den Denkmalschutz. Der Denkmalschutz kostet eben etwas, entgegen der Beteuerungen, die uns die andere Seite immer wieder weismachen will. Denkmalschutz, das sieht man bei diesem Projekt, kostet sogar sehr viel: 1,56 Mio. ohne Land – da könnte man also ein ziemlich schönes Haus bauen. Noch zu den Argumenten der GLP gesagt: Man hat die Wahl, dieses Gebäude zu nutzen oder so zu lassen, wie es jetzt ist, also nicht nutzbar zu machen. Das, was man jetzt macht, ist wahrscheinlich die einzige sinnvolle Nutzung, die man machen kann.

Fazit aus unserer Sicht: Es ist ein gutes Projekt. Es ist ein bisschen teuer, aber es ist an einem sinnvollen Ort und deshalb stimmen wir zu.

**R. Heuberger (FDP):** Ich freue mich sehr, dass ganz klar ist, dass ein neuer Revierstützpunkt in Wülflingen nicht bestritten ist hier drinnen. Also stellt sich die Frage, wo wir diesen machen. Die Schlossscheune gehört jetzt schon der Stadt und wird praktisch nicht gebraucht, muss also, wie vorher schon gesagt, wenig gewinnbringend teuer unterhalten werden. Dass deshalb geprüft wurde, ob sich diese für den Stützpunkt eignen würde, finde ich sinnvoll und gut. Dass man trotz Denkmalschutz über das ganze Ensemble auf eine Lösung gekommen ist, die für alle gangbar ist, ist doch eigentlich sehr erfreulich. Ja, der Einbau des Holzhauses ins bestehende Haus kostet pro Kubikmeter mehr als ein Neubau. Aber müssten wir den Boden dazu kaufen, würde es uns deutlich teurer kommen. Und deshalb sind wir klar der Meinung, es macht viel mehr Sinn, das Gebäude, das wir schon haben, sinnvoll zu nutzen.

Betreffend Photovoltaik-Anlage möchte ich doch noch einen Spruch wiedergeben, der mir in den Sinn kommt, wenn ich das Votum höre: «Euer Eifer, historische Dächer mit Solarpanels verbauen zu wollen, hat teils sektiererische Züge.» Dieser Spruch ist nicht von mir, sondern von Martin Killias, Präsident Zürcher Heimatschutz. Man muss einfach klar sehen: Die Stadt Winterthur möchte in nächster Zeit auf rund 100 Häusern Photovoltaik-Anlagen einbauen, die der Stadt Winterthur gehören bzw. hat das konkret geprüft und wird das entsprechend auch umsetzen. Und man muss auch sehen, dass nur 3,5% der Bauten im Kanton Zürich unter Denkmalschutz stehen.

Wenn man jetzt erstaunt ist wegen unserem Vorstoss in der Altstadt wegen den Solaranlagen dort auf den denkmalgeschützten bzw. inventarisierten Gebäude: Wir wollten Rechtssicherheit schaffen für die Bauherren. Dort wart Ihr nicht dabei. Hier würde man massive Rechtsunsicherheit bzw. wenn man da etwas ändern wollen würde, müsste man sich auf lange Rechtsstreitigkeiten einstellen müssen, was zulässig ist auf diesem Dach und was nicht. Das ist aus unserer Sicht überhaupt nicht sinnvoll.

Und man muss auch sehen: Man muss ja die Gesamtökobilanz anschauen. Und bei der Gesamtökobilanz, wenn das jetzt nicht umgesetzt würde, würde jedes andere Projekt sicher deutlich schlechter aussehen. So viel können wir mit den Photovoltaik-Anlagen, die wir zusätzlich bauen könnten, gar nicht wettmachen.

Die FDP wird den Antrag deshalb klar unterstützen und hofft auf ein deutliches Ja zu dieser Vorlage.

**F. Landolt (SP):** Die SP wird diesen Kredit unterstützen. Wir sind überzeugt, dass das vorliegende Projekt die betrieblichen, gestalterischen, denkmalpflegerischen und architektonischen, aber auch finanziellen Anforderungen erfüllt. Ich möchte dabei einige Punkte erwähnen: Die Hauptaufgabe des Strasseninspektorats sind die Pflege und Instandhaltung des Erscheinungsbilds der öffentlichen Strassen und Plätze, des öffentlichen Raums. Es ist für das Image einer Stadt von Wichtigkeit, wie sie sich den Besuchern und den Einwohnern präsentiert. Die räumlichen Anforderungen, damit der Betrieb vom Strasseninspektorat aufrechterhalten und optimiert werden kann, werden offenbar regelmässig überprüft und offenbar ist es notwendig, in Wülflingen einen eigenen Revierstützpunkt zu haben. Das erlaubt, die boomende Rückseite des Hauptbahnhofs, also das Neuwiesen-Quartier, besser zu pflegen. Der Geschäftsführer vom FCW, Andreas Mösli, weist in Kinospots immer wieder darauf hin, dass es sich eben nicht um die Rückseite des Bahnhofs handelt, sondern dass da die Post abgeht. Das Projekt wird von der Imageförderung und gepflegten Strassen getrieben und ausgelöst – und wir wissen, dass das gerade im Neuwiesen-Quartier auch nötig ist.

In allen anderen Punkten scheint uns das Projekt ausgereift und durchdacht. Gestalterisch ist es sehr zurückhaltend und kann jederzeit rückgebaut werden. Das ist auch der Grund, wir haben es gehört, dass die Denkmalpflege da zustimmen kann. Und die prägenden, grossen Dachflächen werden integral bewahrt und ich denke, das ist wirklich etwas wert. Und eine PV-Anlage wäre da völlig deplatziert.

Die Haus-in-Haus-Konstruktion, da widerspreche ich Romana, ist finanziell vorteilhaft. Sie ist billiger und es erlaubt, die prägende Dachfläche zu bewahren. Aber v.a. erhält diese Scheune, die im Moment mehr oder weniger leer steht, eine Funktion im öffentlichen Haushalt für die Stadt Winterthur.

Wir begrüßen dieses Projekt und nehmen auch die Absichtserklärung der Immobilienabteilung zur Kenntnis, dass das Areal Rappstrasse verkauft werden soll. Das Areal liegt in der Kernzone und kann sicher für eine Wohnnutzung verwendet werden. Für uns war der Verkauf der Liegenschaft keine Bedingung für die Zustimmung; aber wenn es nützt für die Kreditgenehmigung, dann sind wir da absolut auch dabei.

Zum Ablehnungsantrag der GLP: Das kann ich nicht ganz verstehen und möchte das eigentlich nicht weiter ausführen. Ich finde das unverhältnismässig, wegen einer scheinbar schlechten Aufenthaltsqualität oder einer PV-Anlage dieses optimierte Projekt abzulehnen.

**Stadträtin Ch. Meier:** Auch dieses Mal vielen Dank an die Referentin. Sie hat einerseits das Projekt selbst gut beschrieben und ich finde es sehr schön, dass Du auch die wertvolle Arbeit vom Strasseninspektorat so gut vorgestellt hast. Diese Leute sind bei Wind und Wetter, im Hochsommer und im tiefen kalten Winter draussen unterwegs, um unsere Strassen und unsere öffentlichen Räume gut zu unterhalten. Sie sind den grössten Teil der Zeit draussen. Selbstverständlich ist es deshalb besonders wichtig, dass sie, wenn sie hereinkommen - wenn sie sich umziehen, wenn sie Mittagspause machen – an einem Ort sind mit einer hohen Aufenthaltsqualität. Und das an diesem Ort auch gegeben.

Die Befürchtungen, die Markus Nater jetzt da in den Raum wirft, die höre ich zum 1. Mal. Wenn er diese in der BBK-Beratung auch schon angebracht hätte, hätte man wahrscheinlich auch noch konkret darauf eingehen können. Aber ich kann Dir und Euch allen garantieren, dass die betroffenen Mitarbeiter selbstverständlich mitinvolviert waren. Die Strassenwarte waren involviert bei der Erarbeitung dieses Projekts und die Aufenthaltsqualität ist also garantiert.

Die anderen beiden Punkte, die Du angesprochen hast, die zu dem Ablehnungsantrag der GLP führen: Wirtschaftlichkeit. Du sprichst von einem Provisorium. Es ist kein Provisorium, das wir da bauen. Es ist einfach so gebaut wie ein Provisorium, weil es reversibel ist. Aber es ist ein qualitätvoller Umbau, den wir in dieser Scheune machen, eben auch im Interesse der Kriterien von der Denkmalpflege. Und so gesehen ist das ein angemessener (sicher nicht günstiger) Preis, ein gut erklärbarer Preis. Dazu einfach noch: Der Erlös vom Verkauf der Liegenschaft, den dürfen wir buchhalterisch selbstverständlich nicht diesem Kredit anrechnen. Wie gesagt muss das zuerst ins Finanzvermögen übertragen werden und ist dann in dem Sinn einfach ein Plus im Finanzvermögen, das man nachher in der Stadtkasse hat. Aber es darf nicht diesem Kredit angerechnet werden.

Dann noch den Punkt mit der PV-Anlage: Es ist nicht so, dass Denkmalpflege einfach ein nice to have ist. Denkmalpflege ist ein gesetzlicher Auftrag, den wir haben. Und eine solche Dachlandschaft, wie wir sie eben bei dieser Schlossscheune haben, würde tatsächlich massiv beeinträchtigt, wenn man dieses Dach mit einer PV-Anlage plakativ gesagt «zupflastern» würde. Wir haben die Möglichkeit, mit der PV-Anlage auf dem Dach des Nebengebäudes den Eigenbedarf an Energie zu produzieren. Und ich denke, damit leisten wir einen wichtigen Beitrag auch an die energetischen Kriterien. Aber eine grossflächige PV-Anlage auf einem geschützten Dach zu fordern, das ist meiner Meinung nach nicht verhältnismässig. Wir werden in nächster Zeit oft über Abwägungen zwischen verschiedenen Bedürfnissen sprechen, einerseits klimapolitisch, andererseits denkmalpflegerisch. Und es ist mir sehr wichtig, dass man diese Diskussion fachlich und pragmatisch führen kann und nicht nur ideologisch gesteuert. Wir haben da wirklich die Möglichkeit, unseren Eigenbedarf zu decken. Und ich denke, das ist in einem solchen Fall sicher sehr begrüssenswert. PV-Anlagen sind ein ganz wesentlicher Beitrag an die Klimapolitik, aber das müssen wir nicht auf geschützten Dächern machen. Da haben wir sehr viele andere Möglichkeiten, und das ist etwas, das wir ja auch angehen. Ich bin überzeugt von diesem Projekt. Wir haben es einige Male gehört: Es ist eine Schlossscheune, die im Moment praktisch nicht genutzt wird. D.h. wir können einen grossen Raum, der im Moment eigentlich nur kostet, in Zukunft sinnvoll nutzen. Ich freue mich sehr, wenn wir dieses Projekt so umsetzen können. Vielen Dank.

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir kommen zur Abstimmung.  
Wer diesem Geschäft zustimmen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen.

Wer das Geschäft ablehnen möchte, soll das ebenfalls mit Aufstehen bezeugen.  
Enthaltungen? – Keine.

**Somit habt Ihr diesem Geschäft eindeutig zugestimmt.**

#### **4. Traktandum**

**GGR-Nr. 2020.28: Kredit von Fr. 59'400'000 für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes Neuhegi-Grüze; Neubau einer Brücke «Querung Grüze» für den öffentlichen Verkehr zwischen der St. Gallerstr. und der Sulzerallee (Projekt-Nr. 11410)**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Kredit von Fr. 59'400'000 für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes Neuhegi-Grüze; Neubau einer Brücke «Querung Grüze» für den öffentlichen Verkehr zwischen der St. Gallerstrasse und der Sulzerallee. Das Wort zu diesem Geschäft hat der Kommissionssprecher, Hansruedi Hofer.

**H.R. Hofer (BBK):** Ich stelle Ihnen die Weisung 2020.28 vor. Kredit von 59'400'000 Franken für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes Neuhegi-Grüze, Neubau einer Brücke Querung Grüze für den öffentlichen Verkehr zwischen der St. Gallerstrasse und der Sulzerallee. Zukünftiges Projekt - Winterthur 2040: Hier sieht man orange eingefärbt die Gebiete der Stadt Winterthur mit Entwicklungspotenzial. Wülflingen nichts, Veltheim auch nicht, grosse Gebiete mit Entwicklungspotenzial hat es nur in Töss und ein sehr grosses Gebiet in Neuhegi-Grüze. Visualisierung Brücke: Ein imposantes, trotzdem elegantes Brückenbauwerk. Direkte Verbindung von der St. Gallerstrasse in die Sulzerallee. Möglicher Umsteigepunkt für Bahnreisende der Tösstaler, St.Galler und Frauenfelderlinien. Leicht vorstellbar auch das Entwicklungspotenzial in diesem Gebiet. Weiter rechts und nicht mehr auf diesem Bild sind die AXA-Arena, die Eishalle und der Deutweg, die ebenfalls von einer besseren ÖV-Erschliessung profitieren können.

Gestaltungsplan Umfeld Grüze: Dieser wurde von allen beteiligten Landeigentümern unterzeichnet. Es wurden vier Einsprachen eingereicht, diese wurden nach erfolgreichen Einigungsverhandlungen alle zurückgezogen.

Zukünftige Hochbauten: Die Visualisierung aus der Testplanung zeigt die möglichen Bauvolumen, die durch den Gestaltungsplan ermöglicht werden. Die Visualisierung zeigt keine konkreten Bauprojekte, lediglich die zulässigen Geschosshöhen und die Ausnützung.

Visualisierung Brückenplatz: Nach Erstellung der Hochbauten (ca. 2040). Breite des Brückenplatzes ca. 32m. Hier kann sich ein lebendiger Umsteigepunkt mit verschiedensten Möglichkeiten entwickeln.

Freiraumkonzept: In den planerischen Überlegungen in den Gestaltungsplänen wurden den Grünflächen grosses Gewicht beigemessen. Bewusst Anordnung von Parks, Parkbändern, Alleen, Baumgruppen usw. Als wichtigstes und grösstes Element gilt sicherlich der Eulachpark, der viele Möglichkeiten zulässt.

Verkehr und Mobilität: Verkehrskonzept Neuhegi-Grüze unter Berücksichtigung aller Verkehrsträger (ÖV, Fuss-/Veloverkehr plus motorisierter Individualverkehr).

ÖV: Querung Grüze, Bus- und Bahnangebot. In Bezug auf den ÖV, mit den Möglichkeiten, ist dieses Brückenbauwerk für den ÖV absolut zentrales Element.

Möglichkeiten für den Veloverkehr und die Anbindungen für den Fussverkehr an die Quartiere, mit behindertengerechten Unterführungen an den Bahnhof, an die Sportanlagen usw., ausserdem Neubau einer Velounterführung beim Bahnhof Grüze.

Für den motorisierten Individualverkehr ist das zentrale Element die direkte Führung von der Autobahn an den Knoten Ohrbühl. Optimierung des bestehenden Strassennetzes. Unglücklich, zumindest aus bürgerlicher Sicht, dass dieses Projekt erst später kommt. Die Benutzer des MIV und die Industrie hoffen da auf die Fairness von Rot-Grün, so dass auch dieses Projekt umgesetzt werden kann, wenn es dann zeitnah realisiert werden könnte.

Veloschnellroute II: Hier aufgezeichnet die verschiedenen Varianten der Veloschnellrouten II, doch das ist ein Entwurf, die Best-Variante muss sich zuerst noch herauskristallisieren.

Entwicklung Gebiet Maag: Hier sieht man das riesige Entwicklungspotenzial der Maag Recycling. Die Anschlussgeleise im Raum Bahnhof Grüze bleiben bestehen und in Betrieb.

D.h. dass mit den hier aufgeführten total 59,409t und ca. 30'000t der Maag Recycling, zusammen fast 90'000t, weiterhin über die Bahn an- und abgeführt werden können, was wiederum ca. 5'500 Lastwagenfahrten entspricht, die eingespart werden können.

Das Leuchtturmprojekt Querung Grüze: Für die Umsetzung der Angebotsstrategie stellt die Querung Grüze das wichtigste Infrastruktur-Vorhaben dar. Langfristig bieten hier 4 Buslinien einen S-Bahn-Umstieg an, dadurch wird der Hauptbahnhof wirksam entlastet.

Bereits heute ist Neuhegi-Grüze ein wichtiger Standort für Industrie und Gewerbe. Im Umfeld Bahnhof Grüze und im Grüzefeld sind mehrere KMU's, beim Eulachpark vor allem Kleingewerbe, angesiedelt. Entlang der Sulzerallee hat es teilweise international tätige Unternehmen mit bis zu 1'000 Angestellten. Das Gebiet Neuhegi-Grüze lässt zukünftig nochmals ca. 5'000 neue Arbeitsplätze zu.

Bereits heute ist das Gebiet Neuhegi-Grüze das Zuhause von mehreren Tausend Bewohnerinnen und Bewohner von Winterthur. Künftig rechnet man auch da mit einem Wachstum von ca. 3'000 Personen, auch für diese ist eine ÖV-Feinverteilung, ein direkter S-Bahn-Anschluss und eine innenstädtische Erschliessung zentral.

ÖV-Angebot am Bahnhof Grüze im Jahr 2025/26:

SBB 5 S-Bahnen in der Stunde und Richtung, 2 davon direkt von oder nach Zürich.  
Stadtbus Linie 7 8 Gelenktrolleybusse je Stunde und Richtung  
Regionallinie 680 2 Autobusse je Stunde und Richtung  
Total 10 Busse je Stunde und Richtung.

ÖV-Angebot im Jahr 2035:

SBB 10 S-Bahnen je Stunde und Richtung, 8 davon direkt von oder nach Zürich  
Stadtbus Linie 6 8 Gelenktrolleybusse je Stunde und Richtung  
Linie 9/610 4 Autobusse je Stunde und Richtung  
Linie 680 2 Autobusse je Stunde und Richtung  
Total 14 Autobusse je Stunde und Richtung

ÖV-Angebot im Jahr 2045/50:

SBB 10 S-Bahnen je Stunde und Richtung, 8 davon direkt von oder nach Zürich  
Stadtbus Linie 5 8 Gelenktrolleybusse je Stunde und Richtung  
Linie 6 8 Gelenktrolleybusse je Stunde und Richtung  
Linie 9/610 6 Autobusse je Stunde und Richtung  
Linie 680 4 Autobusse je Stunde und Richtung  
Total 26 Busse

Kapazitätsausbau nach 2050:

- Anpassung der Gefässgrösse Gelenktrolleybus auf Doppelgelenktrolleybus ergibt eine Kapazitätssteigerung von ca. 30%
- Anpassung der Gefässgrösse Autobus auf Gelenkautobus macht ca. 50% plus
- Zusätzliche Linien plus 100%
- Taktverdichtung von 7,5 auf 6 Minuten-Takt plus 20%

D.h. die Kapazitäten reichen bis und mit Vollausbau Neuhegi.

Fazit: Das geplante Angebot für Neuhegi-Grüze ist ökologisch (durch den Trolleybus), entlastet den Hauptbahnhof (durch die Umsteigemöglichkeiten), verringert die Reisezeiten und verbessert somit den Modalsplit. Es schafft Tangentialverbindungen, ist kapazitätsmässig ausbaubar bis zum Vollausbau Neuhegi-Grüze und belastet die Stadt vergleichsweise geringfügig. Das Projekt ist zukunftsfähig weit über das Jahr 2050 hinaus.

Nach diesen Visionen und Prognosen zum effektiven Projekt.

Das Projekt beinhaltet Rampen, Brückenbauwerk, Umgestaltung Knoten Talackerstrasse, Ausgestaltung Sulzerallee mit neuen Bushaltestellen.

Länge Gesamtbauwerk 387 m, Länge der Brücke 245 m. Zum Vergleich: Die Storchenbrücke ist 126 m lang.

Rampe Süd: Breite der Fahrspur 8 m mit einem Velostreifen. Trottoir östlich 5 m, Trottoir westlich 3 m. Neigung der Rampe gut 9%.

Rampe Ost: Fahrspur 6,5 m mit beidseitigem Bankett von 9,5 m (wegen engen Platzverhältnissen im Bereich SBB-Unterwerk). Das Unterwerk wird die nächsten Jahre bleiben, weil dieses Unterwerk für die SBB Ostschweiz sehr wichtig ist. Neigung der Rampe ca. 8%.

Treppenabgänge und Lifte: Insgesamt 4 Lifte und 4 Treppen, jeweils 2 auf die Perrons, ein Paar für die Anbindung an das Birchermüliquartier, ein Paar für die Personen von der Sulzerallee.

Zahlen und Fakten:

Länge Gesamtbauwerk	387 m
Länge Brücke	245 m
Länge Rampe Süd	75 m
Länge Rampe Ost	67 m
Breite Rampe Süd	16 m
Breite Rampe Ost	7,5 m
Breite Brücke / Brückenplatz	22,5 m
Brückenplatz nach Ausbau	32,5 m
Stärke Brückenplatte	1,1 m

11 Brückenfelder werden getragen von 20 Stützen, die Spannweite der einzelnen Brückenfelder zwischen 14,8 – 27 Meter.

Anzahl Bushaltestellen (2022) 2

Anzahl Bushaltestellen (2030) 6

Je 4 Treppen und Lifte.

Finanzierung:

Baukosten inkl. Reserven 46 Mio.

Ingenieurleistungen 10 Mio.

Reserven 6,5 Mio.

Total Bruttoinvestition 62,5 Mio.

Abzüglich beanspruchter Projektierungskredit vom 7. April 2014

- 2,8 Mio.

Abzüglich B-Kredit vom 5. Dezember 2011

- 0,3 Mio.

Beantragter Kredit 59,4 Mio.

Davon ist zu erwarten und zugesagt vom Kanton Zürich (Strassenfonds) 57% (= 35,9 Mio.) und vom Agglo-Programm 35% (= 21,6 Mio.).

Für die Stadt Winterthur ergibt das Nettoinvestitionen von 8%, also 5 Mio.

Und wenn man die 3,1 Mio., die bereits bewilligt sind, abzieht, sind es noch 1,9 Mio.

Termine: Projektfestsetzung war im Februar 2020. Die Freigabe durch den Grossen Gemeinderat erfolgt, so Gott will, heute Abend. Volksabstimmung im November 2020, geplanter Spatenstich 2022 und geplante Inbetriebnahme 2025/2026.

In der BBK haben wir das Geschäft in fünf Lesungen besprochen. Romana Heuberger hat dazu einen ganzen Fragenkatalog eingereicht. Sämtliche Fragen konnten zufriedenstellend beantwortet werden, die Schlussabstimmung war 9:0.

Weil es eine Volksabstimmung gibt, wird dieses Geschäft trotzdem diskutiert.

Einen speziellen Dank von meiner Seite an dieser Stelle an die Herren Peter Gasser, Armand Bossonet und Thomas Nideröst. Durch ihren Besuch in den Fraktionen konnten viele Bedenken ausgeräumt werden und Fragen beantwortet werden.

Ausserdem zeigte dieses Vorgehen, wie wichtig dieses Geschäft für die Verwaltung ist.

**M. Gross (SVP):** Vielen Dank an Hansruedi für die sehr gute und ausführliche Präsentation dieses grossen Geschäfts. Man sieht, es ist ein grösseres Geschäft für Winterthur und es ist ein sehr wichtiges Geschäft für Winterthur.

Die SVP wird dem Verkehrskonzept mehrheitlich und mit unterschiedlicher Begeisterung zustimmen.

In der Grüze-Neuhegi entsteht etwas. Das zeigen die vielen Baustellen und neuen Gebäude. Die Erschliessung ist von entscheidender Bedeutung in diesem Umfeld. Das steht ausser Frage. Die Verhältnisse lassen es nicht zu, dass alle neuen Bewohner, Arbeitnehmer und Gewerbetreibenden mit dem Auto durch die Stadt anreisen. Deshalb ist eine gute Erschliessung durch ÖV kombiniert mit Velo- und Langsamverkehr wichtig.

Die neue Querung Grüze schafft genau das. Sie entlastet mit dem neuen Bahnhof auch die Innenstadt und wertet das ganze Quartier auf. Um die künftigen Bedürfnisse überhaupt bewältigen zu können, braucht es jedoch das gesamte Verkehrskonzept respektive alle Verkehrsträger: ÖV, Velo, Langsamverkehr und die neu zu planende Entlastungsstrasse für den MIV.

Und genau hier hat die SVP ihre Vorbehalte. Diese Strasse kommt nämlich zeitversetzt – frühestens 2027. Nächstes Jahr werden wir über einen Planungskredit für die Entlastungsstrasse abstimmen. Die Verkehrsplaner der Stadt haben mehrfach betont, dass alle Teile – also auch das Strassenprojekt – gleich wichtig seien. Wir sehen das auch so und hoffen, dass die Beteuerungen von Mitte-Links, alle Projektteile zu unterstützen, nicht nur leere Worthülsen sind. Wir werden es nächstes Jahr sehen und die entsprechenden Exponenten an ihre Aussagen erinnern.

Heute geht es aber um die neue Brücke für ÖV, Velo- und Langsamverkehr. Dieses Projekt ist gelungen, auch wenn noch nicht alle Lösungen auf dem Tisch sind. Insbesondere die Velo-Route wird noch zu diskutieren geben, da die Linienführung noch unklar ist und verschiedene Interessen gegeneinander abzuwiegen sind. Die SBB setzen aber auf den Bahnhof Grüze und bauen diesen massiv aus. Wir sollten das auch tun.

Bei einem Teil der Fraktion überwiegen die negativen Argumente, ich habe das zu Anfang schon angetönt. Immerhin kostet uns das Projekt fast 60 Millionen Franken. Auch wenn die Stadt Winterthur davon nur 5 Millionen Franken zahlen muss, sind es doch enorme Investitionen, die der Steuerzahler tragen muss, in ein Gebiet, dessen Entwicklung erst am Anfang steht. Irgendwann werden wir uns auch der Diskussion stellen müssen, ob Winterthur so schnell so stark wachsen soll, wie es das gerade im Moment macht.

Vielen Dank trotzdem für die Unterstützung dieses Geschäfts und die Aufmerksamkeit.

**F. Landolt (SP):** Ich habe einen etwas anderen Fokus, ich fange mit den Planungszonen an. Wir müssen in der städtischen Geschichte relativ weit zurückdenken, um an die Anfänge dieses für Winterthur sehr wichtigen Infrastrukturprojektes zu gelangen.

Am 20 Juli 2010 hat die Baudirektion des Kantons Zürich die vom Stadtrat beantragte Planungszone Neuhegi-Grüze verfügt. Sie diente dazu, dass sie ungünstige Präjudizien im betroffenen Gebiet verhindern kann.

Bevor ich in meinem Votum über inhaltliche Schwerpunkte sprechen, möchte ich einen grossen Dank sagen. Die Verfügung der Planungszone war die Geburtsstunde einer erstaunlich geradlinigen, vorausschauenden und umfassenden Behandlung einer städtebaulichen Herausforderung sondergleichen für die Stadt Winterthur. Es gebührt den involvierten Personen im Präsidialdepartement und im Departement Bau ein grosses Lob für die Beständigkeit, die Hartnäckigkeit und für die Umsicht, mit welcher sie von der ersten Stunde an und mit viel, viel Energie diese Herausforderung angegangen sind. Beeindruckend ist auch, dass die involvierten Stadtpräsidenten und die drei involvierten Vorsteherinnen und Vorsteher beim Departement Bau über die ganzen Jahre hinweg am gleichen Strick zogen und über alle personellen Wechsel hinweg Sachpolitik betrieben haben. So dürfen wir heute wirklich über einen Meilenstein in der Stadtentwicklung von Winterthur sprechen. In unserem Verständnis übersteigt die Wichtigkeit der Vorlage diejenige des öffentlichen Gestaltungsplanes zu Werk 1 in der Stadtmitte. Damals, vor einigen Jahren, sagte ich in meinem Votum, dass es eine Ehre ist, über die Vorlage zu sprechen. Und heute wiederhole ich das.

Am 31.01.2012, 18 Monate später, also nach der Festsetzung der Planungszone, wurde in einer grossangelegten Medienkonferenz eine positive Halbzeitbilanz für die Planungszone

gezogen und fast alle Elemente, welche damals erwähnt wurden, sind entweder im öffentlichen Rahmengestaltungsplan für das Gebiet Grüze Neuhegi, in der geltenden Bauordnung oder in den Agglomerationsprogrammen des Bundes enthalten. Das ist auch nochmals ein Zeichen dieser Geradlinigkeit. Die Vielfältigkeit von rechtlichen, planerischen, verkehrstechnischen, städtebaulichen Aspekten würde ein langes Votum erlauben; ich möchte mich aber auf die für die SP wirklich wichtigsten drei Themen im Folgenden fokussieren.

Da ist erstens die Zusammenarbeit mit privaten Eigentümern: Von Anfang an wurde diese Zusammenarbeit gesucht und gepflegt und es entstanden viele win-win-Situationen. Auf alle Fälle ist der öffentliche Rahmengestaltungsplan mit allen Grundeigentümern mit Unterschriften besiegelt. Gäbe es ihn nicht oder gäbe es die Unterschriften nicht auf den Verträgen, die Querung Grüze könnte nicht gebaut werden. Darin, in diesen Verträgen, sind wichtige Themen geregelt wie Landabtausch, Landkäufe und Beiträge an die öffentlichen Freiräume zum Beispiel an das Pocketparkband rund um Neuhegi. Man kann das durchaus als Mehrwertabschöpfung bezeichnen, denn – ganz wichtig – es wurden auch Entwicklungsperspektiven für die privaten Grundeigentümer eröffnet. Dabei liegt das Hauptgewicht in der Ansiedlung von Arbeitsplätzen und nicht von Einwohnern. Das angestrebte Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Einwohnern beträgt 2:1. Was bei diesem Thema nicht unerwähnt bleiben darf ist die Tatsache, dass mit der Positivplanung für stark verkehrserzeugende Nutzungen festgelegt wurde, dass im Gebiet Neuhegi-Grüze keine neuen Einkaufszentren zugelassen werden. Der zweite Punkt, das ist der wichtigste Punkt, das ist das städtische Gesamtverkehrskonzept: Da müssen wir auch wieder zurückgehen bis am 10. August 2011, also vor ziemlich genau 9 Jahren. Da hat der Gemeinderat nicht hier in der Eulachhalle, aber im Gemeinderatssaal das städtische Gesamtverkehrskonzept zustimmend zur Kenntnis genommen. Darin werden die Grundlagen und die entsprechenden verkehrlichen und infrastrukturellen Massnahmen für die verschiedenen Verkehrsträger beschrieben. Zukunftsbilder für Gebiete mit überkommunaler Ausstrahlung mit zwei urbanen Zentren (Stadtmitte und Neuhegi-Grüze) werden entwickelt. Es wird ein Leitbild für Zentren von städtischer Bedeutung, also die 4 Quartierzentren, entwickelt, es wird ein Zukunftsbild für urbane und landschaftliche Grünräume entwickelt und eben ein Zukunftsbild für den öffentlichen Verkehr entworfen. Damit sind 5 ÖV-Hochleistungskorridore gemeint, einer davon beinhaltet als «unabdingbares Element» die Querung Grüze und verbindet die beide urbanen Zentren Stadtmitte und Neuhegi-Grüze. Weiter wird postuliert, dass zusätzlicher Verkehr, also zusätzliche Personenbewegungen durch den ÖV aufgenommen werden sollen und nicht durch den MIV. Damit trägt das städtische Gesamtverkehrskonzept dazu bei, dass sich der Modalsplit zwischen den Verkehrsträgern zu Gunsten von ÖV und Langsamverkehr verschieben sollte. Dass das noch nicht richtig gelungen ist, schmälert nicht die Bedeutung der Forderung. Die Querung Grüze ist für den Hochleistungskorridor das zentrale Schlüsselvorhaben. Sie stellt allerdings nur ein Element (und da komme ich auf die Bemerkungen von Michi Gross zurück), ein Element unter dreien dar für die Erschliessung des Entwicklungsgebietes. Das zweite Element ist die Veloschnellroute Neuhegi-Grüze mit einer neuen unterirdischen Querung des Bahnhofs Grüze. Zusammen mit der SBB werden momentan Varianten der Streckenführung entwickelt. Das dritte Element im städtischen Gesamtverkehrskonzept ist die sogenannte Zentrumserschliessung zur A1 für den motorisierten Individualverkehr. Sie wurde im Agglomerationsprogramm depriorisiert, aber es ist bekannt, dass das Tiefbauamt daran arbeitet. Leider weiss man wirklich noch sehr wenig darüber. Man kennt das Tunnelportal nicht, man kennt die Streckenführung nicht, man kennt die Kapazitäten nicht, man kennt die Radien dieser Strassen nicht – man kennt dermassen wenig. Das muss man anschauen, wenn es dann vorliegt. Aber was man ganz klar sieht und was man akzeptieren muss, ist dass eine Anbindung vom MIV, gerade für diese Arbeitsplätze, wünschbar ist. Aber ein Urteil, wie gesagt, kann man noch nicht fällen.

Der 3. Aspekt, den ich erwähne, da kann ich ganz kurz bleiben. Das ist die Veränderung von der bipolaren Stadt des städtischen Gesamtverkehrskonzepts zum urbanen Rückgrat bei Winterthur 2040. Diese neue Vision für Winterthur 2040 mit dem sogenannten urbanen Rückgrat ist schlicht eine Weiterentwicklung der bipolaren Stadt und ist genauso auf die Querung Grüze angewiesen. Es besteht überhaupt kein Widerspruch.



Zusammenfassend unterstützt die SP aus genannten Gründen den Kredit und hofft, dass die Winterthurer Bevölkerung hinsichtlich der Volksabstimmung gut informiert werden kann und die Bedeutung dieses Meilensteines für die Stadtentwicklung anerkennt.

**R. Heuberger (FDP):** Ich möchte auch mit einem Dank anfangen. Hansruedi Hofer hat es gesagt: Ich habe umfangreiche Fragen zu diesem Projekt eingereicht bei der Stadtverwaltung und die sind wirklich bestens beantwortet worden, auch in sehr kurzer Zeit. Und dafür möchten wir uns bedanken. Und ich möchte den Mitarbeitenden der Stadt auch dafür danken, dass sie bereit waren, dieses doch sehr umfangreiche Projekt in den Fraktionen vorzustellen und diese Diskussion mit uns sehr aktiv geführt haben.

Die Entwicklung vom Gebietes Neuhegi-Grüze ist wichtig für die künftige Entwicklung unserer Stadt. Dass die ÖV-Erschliessung für die Entwicklung von diesem Gebiet und der neu entstehende ÖV-Knotenpunkt von zentraler Bedeutung für die künftige ÖV-Strategie in unserer Stadt sind, ist unbestritten. Die gleichzeitige Entwicklung des neue Bahnhof Grüze wird dabei ebenfalls eine zentrale Rolle spielen.

Für die FDP-Fraktion ist aber die Erschliessung des Gebietes für alle Verkehrsteilnehmer gleich wichtig. Es ist schon gesagt worden: Es ist ein gravierender Mangel aus unserer Sicht von dieser Vorlage, dass jetzt nur die ÖV-Erschliessung vorliegt, aber insbesondere die Veloschnellroute noch nicht geplant ist und eben auch die die Planung der Erschliessungsstrasse Neuhegi-Grüze für den MIV immer noch fehlt. Betreffend Veloschnellroute hat die Stadt aus unserer Sicht vermutlich schon eine wesentliche Chance zur Lösung der anstehenden Herausforderungen in Zusammenarbeit mit der SBB verpasst. Denn diese wird in naher Zukunft damit beginnen, die behindertengerechte Fussgängerunterführung umzusetzen –vermutlich ohne unsere Veloquerung. Auf allen Visualisierungen stehen zwar Velos auf der geplanten Brücke, aber die Zufahrt auf die Brücke mit dem Velo ist doch eher halsbrecherisch. Den Wintermonaten dürfen wir bei der Steilheit der Brücke wohl ebenfalls gespannt entgegenblicken. Der entsprechende Winterdienst wird uns mit Sicherheit noch fordern – nicht nur inhaltlich, sondern auch finanziell.

Nach rund 10 Jahren Planung enthält das Projekt keine definitiven Aussagen zur Anordnung der nötigen Veloparkplätze, der Veloschnellroute noch über den Anschluss der Brücke an die St. Gallerstrasse. Auch die Finanzierung von diesen Themen ist nicht Teil dieser Vorlage. Zudem sind in dem von der Vorlage betroffenen Maag-Areal noch diverse zentrale Fragen wie etwa der künftige Anschluss an das SBB-Netz für die Logistik, die Maag braucht, die Fussgängerverbindungen in diesem Gebiet und die Vereinbarkeit von Wohnen und Industrie etc. noch nicht geklärt. Das Konfliktpotenzial ist gross im Industrieareal, davon sind wir überzeugt. Und persönlich – und das ist jetzt wirklich eine persönliche Aussage - störe ich mich enorm an der Aussage, dass die Brücke die Stadt nur 5 Mio. Franken kosten wird. Mit allen zusätzlichen Massnahmen, wo zwar (und das wird Christa sicher nachher noch ausführen) nicht zwingend sind, aber ehrlicherweise doch nötig sind für eine sinnvolle Gesamtumsetzung des Projektes für alle Verkehrsteilnehmer (sprich Veloschnellroute, Veloparkplätze und Anbindung St. Gallerstrasse), werden wir wohl auf Kosten von über Fr. 100 Mio. kommen. Und der sogenannte «Kanton», der das Projekt finanziert – das sind doch ehrlicherweise auch wieder wir, einfach als andere Steuerzahler.

Aber wir sehen das Potenzial dieser Brücke, z.B. als heute fehlende Querverbindung zwischen Seen und Oberwinterthur, und auch als wichtiges Element in der Netzwerkstrategie vom ZVV. Wir sehen auch das Potenzial, dass mit dem neu entstehenden ÖV-Knotenpunkt in der Grüze der Hauptbahnhof, der heute massiv überlastet ist, massgeblich entlastet werden kann. Und wir anerkennen, dass dieser ÖV-Knoten für die Entwicklung des Gebietes Neuhegi-Grüze eine zentrale Rolle spielen wird. Ohne eine massive Verbesserung des ÖV-Angebotes ist die Entwicklung vom Gebietes Neuhegi-Grüze aus unserer Sicht im geplanten Umfang gar nicht möglich. Die Grobverteilung der ÖV-Passagiere soll über das SBB-Netz, die Feinverteilung über das geplante Bus-Netz erfolgen. Damit dies geschehen kann, sagt die FDP-Fraktion heute Ja zu diesem Projekt – mit viel Begeisterung für den ÖV, mit verhaltener Begeisterung für die konkrete Umsetzungsvorlage zu dieser Brücke.

**M. Bänniger (EVP):** Das Geschäft Querung Grüze ist eine grosse, voluminöse und umfangreiche Vorlage, wir haben es schon gehört. Es ist eine Vorlage, die uns bereits mehrere Jahre begleitet. Felix Landolt hat das ausgeführt.

Wir von der EVP begrüssen die Realisierung dieses Infrastruktur-Projektes. Es ist ein zentrales Element in der Erschliessung von Neuhegi-Grüze für den öffentlichen Verkehr für zukünftige Generationen.

Der Hauptbahnhof Winterthur hat bereits heute sehr hohe tägliche Frequenzen an Personen, Bussen und Zügen. Das wird sich mit dem Wachstum von Winterthur und den kommenden Ausbau-Etappen von der Streckenauslastung auf dem Schienennetz, z.B. mit dem Brüttenertunnel, noch intensivieren.

Es ist darum sinnvoll, das wachsende Zentrumsquartier Neuhegi mit attraktiven öffentlichen Verkehrsbeziehungen zu erschliessen. Da ist eine solche Umsteigemöglichkeit auf den Schienenverkehr in unmittelbarer Nähe unbedingt notwendig. Von der Lokalität her ist die Gleisquerung dazu prädestiniert.

Wenn man in Zukunft bereits dort in die Züge in Richtung Zürich, St. Gallen und Frauenfeld einsteigen kann, entlastet dies natürlich das innerstädtische Strassennetz in Richtung Hauptbahnhof. Die Querung Grüze bietet eine perfekte Möglichkeit, vom Bus auf den Schienenverkehr umzusteigen.

Das kann auch für die Mitarbeitenden der ortsansässigen Firmen in der Grüze spannend sein, wenn in Zukunft der Arbeitsweg mit den öffentlichen Verkehrsmitteln um einiges kürzer wird.

Finanziell wird das Projekt stark vom Bund und Kanton unterstützt, so dass sich Winterthur bei rund 60 Mio. Gesamtvolumen mit «lediglich» 5 Mio. beteiligen muss. Wir finden dies eine angemessene Investition für ein Infrastrukturprojekt mit diesem Potenzial für die Zukunft.

Wir von der EVP-Fraktion sagen geschlossen Ja zur «Querung Grüze».

**R. Diener (Grüne/AL):** Auch die Grüne/AL-Fraktion unterstützt dieses Projekt vorbehaltlos. Dieses Projekt ist eine grosse Kiste für Winterthur, dessen sind wir uns sehr bewusst. Es ist ein stolzer Preis und sicher kommen, wie es Romana gesagt hat, noch weitere Kosten auf uns zu, die aber nicht direkt mit der Busbrücke zusammenhängen, sondern die stehen natürlich im grösseren Kontext der gesamten Entwicklung der Verkehrsträger in diesem Raum und auch den entsprechenden räumlichen Bauten, die noch entstehen.

Die Stadt Winterthur bekommt schliesslich für den «Schnäppchenpreis» von 5 Mio. sehr viel Investition für die die Zukunft. Eine Investition, die extrem viel Wert hat. Es wurde bereits mehrfach gesagt: Der Bahnhof Grüze, das haben inzwischen auch die SBB und die Bundesbehörden erkannt, hat ein riesiges Potenzial für den künftigen ÖV, ist doch jetzt auch mit dem Ausbau von der Frauenfelderlinie ein weiterer Stein im Programm des Bundes fest verankert. Ich freue mich natürlich, dass ich mit meinem Postulat, das ich vor rund 10 Jahren hier in diesem Rat eingereicht habe, auch einen kleinen Stein dazu beitragen konnte, dass jetzt die Haltekanten an dieser Frauenfelderlinie kommen und wir wirklich einen kompletten, einen 100%igen und nicht einen amputierten Hub bekommen.

Der künftige Ausbau für die übergeordnete Erschliessung in Richtung Osten und Süden der Stadt, an diesem Punkt, wo natürlich die Bahnlinien zusammenkommen, der ruft förmlich nach einer besseren Anbindung, auch vom innerstädtischen ÖV. Das ist einfach zwingend, damit das Ganze tatsächlich am Schluss die funktionelle Leistung bekommt. Genau das ist jetzt auch geplant und ein wichtiger Baustein. Das ist erst ein Baustein dazu, aber ein sehr wichtiger, den erhalten wir mit dieser Busbrücke. Er ist wegweisend für eine künftige Abwicklung von möglichst viel Mobilität auf den maximal effizienten Trägern Bahn, Bus, Velo und Fussverkehr. Und er trägt damit Sorge zur Raumnutzung in einer wachsenden und immer mehr verdichteten Stadt. Das haben wir heute auch wieder mehrfach gehört und diskutiert. Gleichzeitig kann dieser Verkehrsknoten künftig auch einen wachsenden Anteil vom Umsteigerverkehr in Richtung Zürich und natürlich gegenseitig aus den verschiedenen Richtungen im Osten und Süden der Stadt abwickeln.

Was auch gesagt wurde, das ist auch uns sehr wichtig: Das Projekt hat das Potenzial, auch eine Entlastungswirkung für den Hauptbahnhof zu schaffen. Im Moment werden dort die grossen Pläne gewälzt und geschmiedet, in welche Richtung ein Umbau des Hauptbahnhofs möglich werden könnte. Vision 2050 natürlich, nicht schon übermorgen. Aber man sieht, da haben wir ein Problem, es ist nicht so einfach. Es gibt auch dort sehr wenig Platz, wir haben auch dort Raumengpässe.

Und zuletzt noch eine Bemerkung an Michi Gross: Es tut mir leid, nochmals. Wir werden uns vorbehalten, auch zum MIV-Projekt von der Erschliessungsstrasse Vorbehalte anzubringen, wie Ihr es jetzt hier gemacht habt, Wir betrachten (übrigens in Übereinstimmung mit den Bundesstellen, die ja diese Projekte mit den Agglomerationsprogrammen, wie es erwähnt wurde, begutachtet haben, die das zwei Mal zurückgestuft haben) als eben genau nicht effizient, was Kosten/Nutzen anbelangt. Wir betrachten das, so wie es jetzt angeplant ist, nicht unbedingt als den richtigen Weg. Das abschliessend aus unserer Optik. Danke für die Kenntnisnahme.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Ich danke Hansruedi Hofer für das Vorstellen des Geschäfts und Felix Landolt für die Ausführungen, die zu den Anfängen des Ganzen führten. Ich schliesse mich auch dem von Felix formulierten Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich über die Jahre für dieses Projekt eingesetzt haben, an, ebenso dem Dank von Romana Heuberger.

Als ich das erste Mal von dieser Busbrücke am Bahnhof Grüze gehört habe, habe ich mich gefragt, was das für ein Schildbürgerstreich ist, der da ausgeheckt wird. Man investiert zig Millionen für eine Brücke, die ein wichtiges Problem für mich löst, nämlich die langen Wartezeiten an der Talackerstrasse bei den beiden Bahnübergängen. Und dann lässt man nur den Bus darüberfahren. Was soll das?

Inzwischen ist aber auch mir klar, dass diese Busbrücke die logische Konsequenz der vorhandenen Situation ist. Wir wollen mitten in der Stadt Winterthur eine neue Strassenverbindung bauen. Mitten in einem urbanen und dicht bebauten Gebiet, und das unter den Regeln des Rechtsstaates, was mit sich bringt (wie wir von Felix Landolt gehört haben), dass man mit allen entsprechenden oder anstossenden Grundeigentümern Lösungen suchen muss. Schade, dass die SBB an diesem Standort ein Unterwerk betreiben muss, weil Züge in der Ostschweiz unterwegs sind. Das führt zu den bereits erwähnten engen Platzverhältnissen im Bereich der Sulzerallee. Schade, haben wir diese engen Platzverhältnisse, denn das bringt auch Sicherheitsbedenken. Auch diese wurden bereits von Romana erwähnt. Die enge Strasse, die enge Auffahrt, die steile Auffahrt auf Seite der Sulzerallee. Gerade auch für Velofahrer, die darüberfahren sollen, ist das dann sicher in Kombination mit dem Bus eine besondere Situation. Aber gerade diese Sicherheitsbedenken sprechen auch dafür, dass keine Autos oder Lastwagen über diese Brücke fahren sollen. Und wenn dereinst mal der Vollausbau des ÖV realisiert ist, kann man diese Brücke wohl vergleichen mit der Situation am Hauptbahnhof. Und es ist uns heute wohl allen klar, dass es dort keine Autos verträgt.

Im Rahmen des Brückenbaus und der angedachten Bauten rund um diese Brücke herum ist es uns ein Anliegen, dass auf die Begrünung Wert gelegt wird. Ich bitte darum, dass das mitgenommen wird und immer wieder daran gedacht wird, dass man da auch mit Fassadenbegrünungen sehr viel machen kann.

Für mich steht diese Brücke quer in der Landschaft. Winterthur, entlang seiner Ausfallachsen organisiert, braucht aber eine solche querstehende Brücke. Wie wir schon gehört haben, haben wir da die Hoffnung, dass diese Querverbindungen, die da geschaffen werden mit dem ÖV, dazu führen, dass der ÖV attraktiver wird für das stadtinterne Pendeln. Die zukünftigen Mobilitätsbedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch derer, die dort arbeiten, müssen zwingend über Verbesserungen des Modalsplits zugunsten des ÖV abgefangen werden. Anders geht es nicht. Ich hoffe, dass diese Brücke den Beitrag leisten kann, den man hier jetzt antönt.

Jetzt ist es aber so, dass wir heute Abend eigentlich nicht über diese Brücke abstimmen. Schliesslich heisst die Vorlage, dass wir über einen Kredit von fast 60 Mio. Franken für die Umsetzung des Verkehrskonzepts Neuhegi-Grüze abstimmen. Dieses Verkehrskonzept sieht Massnahmen für alle Verkehrsteilnehmer vor. Ein Teil davon ist bereits im Bau oder bereits

gebaut worden (namentlich die Lichtsignalanlagen zwischen Seen und Oberwinterthur und die Verlängerung der Busspuren auf dieser Strecke). Weitere Bereiche, das haben wir gehört, sind die Veloschnellrouten, die in der Planung sind. Und da ist es auch mir wichtig, dass da eine Lösung gibt unter dem Bahnhof Grüze durch, denn für mich ist es klar, dass höchstens motorisierte Velofahrer über die Brücke fahren. Für eine qualitative und schnelle Veloroute muss es eine Lösung geben mit wenig Höhengefälle oder wenig Höhendifferenz. Das bringt nur eine Unterführung.

Wie wir auch schon gehört haben, ist es natürlich Teil des Verkehrskonzepts und für uns genauso wichtig, dass auch für die Autos und die Lastwagen eine direkte Anbindung an die Autobahn geschaffen wird. Und wir werden natürlich weiterhin darauf hinarbeiten, dass diese Erschliessungsstrasse auch kommt.

Das gesamte Verkehrskonzept ist gut austariert, berücksichtigt man die Mobilitätsbedürfnisse von allen, die in diesem Gebiet in Zukunft unterwegs sein werden. Der MIV muss einfließen. Und mit einem zusätzlichen Bahnhof für die Frauenfelderlinie, die vielleicht in Zukunft möglich sein kann, kann die Brücke auch noch ergänzt werden.

Das Gesamtverkehrskonzept tragen wir von der CVP/EDU-Fraktion mit. Die Brücke werden wir grossmehrheitlich unterstützen, bei einer Enthaltung.

**Ratspräsident D. Oswald:** Es ist jetzt nach halb sieben Uhr. Wir schalten die Essenspause dazwischen und machen um 19.30 Uhr weiter.

*Nachtessenspause.*

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir starten mit der Abendsitzung. Wir sind bei Traktandum 4, Geschäft 20.28, Kredit für Verkehrskonzept Neuhegi-Grüze. Das Wort hat Marc Wäckerlin.

**M. Wäckerlin (PP):** Hegi braucht eine gute Anbindung, und zwar sowohl gegen aussen wie aber auch gegen innen. Für den öffentlichen Verkehr haben wir drei Bahnhöfe für den Fernverkehr (Oberi, Hegi und Grüze) und die geplante Querung für die Anbindung des Busses an die Altstadt. Für den motorisierten Individualverkehr ist eine Anbindung an die Autobahn im Norden geplant, wenn auch noch völlig unsicher – aber nichts für die Verbindung mit der Altstadt. Innerhalb der Stadt will der Stadtrat den MIV ausschliessen.

Schon 2010 habe ich darauf hingewiesen, dass es unsinnig ist, eine Lösung nur für den öffentlichen Verkehr zu bauen, statt den motorisierten Individualverkehr mitzuberücksichtigen. Fraglich ist auch, ob die Rampen im Winter nicht zum Problem werden. Die gute Lösung wäre eine bessere Anbindung an die St. Gallerstrasse und eine Unterführung für alle Verkehrsteilnehmer beim Bahnübergang gewesen.

Dieses Projekt hier ist aber viel zu teurer Kabis. Diese Brücke kostet mehr als das Schulhaus Hegi mit Dreifachturnhalle. Einfachere Schulhäuser könnte man gleich zwei bauen zu diesem Preis. Das ist absoluter Wahnsinn. Und es werden noch weitere Kosten folgen.

Dazu kommt, dass aktuell im Bereich MIV noch gar nichts gelöst ist. Es ist wahrscheinlich, dass die links-grüne Regierung kein Interesse mehr daran haben wird, das zu lösen, wenn sie jetzt da diese ÖV-Anbindung erhalten hat.

Aus diesen Gründen ist dieses Projekt abzulehnen.

**M. Nater (GLP):** Vielen Dank an Hansruedi für die Präsentation der Zahlen und Fakten. Es war eine interessante Zusammenfassung und wir haben das in der Kommission auch sehr intensiv diskutiert. Auch ein Dank an das Departement Bau. Dort hat man wirklich gemerkt, dass da viel Engagement drin ist, sehr viel Herzblut dabei ist. Und es hat wirklich auch Spass gemacht, bei den Fragen ein Pingpong zu spielen und herauszuhören, in welche Richtung es gehen könnte.

Noch ganz kurz zur SVP: Michi Gross hat gesagt, er verlange Gleichbehandlung und Fairness für die Erschliessungsstrasse. Und gleichzeitig sagt er dann, nicht alle von der SVP werden dem Projekt zustimmen. Von daher ist mir nicht ganz so klar, was dort der Hintergrund ist.

Wenn wir nun die Entwicklung des Verkehrs beim Bahnhof Grüze anschauen, braucht es dringend eine Erweiterung bzw. eine gute Umsteigeinfrastruktur des Bahnhofs. Es wird mit über 5'000 neuen Arbeitsplätzen und etwa gleich viel neuen Bewohnern im Quartier gerechnet. Auch soll die Frequenz von momentan 3'000 Personen im Bahnhof Grüze bis in das Jahr 2035 auf über 10'000 gesteigert werden.

Das Wachstum wird sicher auch auf das Angebot des ZVV zurückzuführen sein, welcher langfristig 8 Bahnverbindungen in der Stunde nach Zürich plant. D.h. für die Quartiere Oberwinterthur und Seen wie auch die Gemeinden im Osten von Winterthur wird hier ein Einstiegspunkt für eine ÖV-Verbindung ohne Umsteigen nach Zürich geschaffen. Mit dieser Querung kann daher auch die Zentrumszone von Winterthur entlastet werden und die Bewohner von Oberi, Hegi, Seen und Turbenthal haben eine attraktive Einsteigemöglichkeit vor dem Hauptbahnhof von Winterthur.

Die Querung Grüze ist vor allem auf den Busverkehr ausgerichtet, da die Busse die Personen zum Bahnhof Grüze bringen sollen. Dies ist insofern gut, da der Bus effizient viele Personen von Punkt A nach Punkt B bringen kann und für die Anzahl von Personen nicht viel Stellplatz braucht. Daher ist diese Querung Grüze vor allem als Busquerung konzipiert. Das wird sicher auch einen positiven Einfluss auf die geforderte Erhöhung des Modalsplit haben.

Als Querung für den Langsamverkehr ist die Brücke mit einer Steigung von über 9% nicht ideal. Diese Steilheit verhindert auch die Möglichkeit eines Trams, was die Planung für eines der effizientesten Verkehrsmittel in der Stadt Winterthur immer mehr einschränkt. Auch sind ca. 2'000 zusätzliche Veloparkplätze geplant, welche aber erst bis 2040 erstellt werden. Hier wünschen wir uns von der GLP, dass für die Velostadt Winterthur ein höheres Tempo angeschlagen wird für Veloparkplätze.

Was leider auch noch nicht klar ist, wie die Personenströme am besten auf die Querung Grüze geführt werden. So sind auch die Veloschnellrouten und der genaue Anschluss an die Querung noch in der Planungsphase.

Querung Grüze könnte ein Meilenstein in der Entwicklung von Winterthur werden. Es wäre auch für die Region und die Schweiz ein Meilenstein, was sich schon in der Finanzierung zeigt, da die Stadt Winterthur von den 59,4 Mio. nur 5 Mio. Franken selbst investieren muss und der Rest vom Kanton und vom Bund übernommen werden.

Fazit: Mit dieser Brücke würde ein Meilenstein für die Mobilität in Winterthur gesetzt. Wenn nun die Anschlüsse für die Busse und den Langsamverkehr noch sauber gelöst werden, haben wir eine für Winterthur preiswerte Lösung für einen attraktiven Einstiegspunkt zum Bahnverkehr für die Bewohner von Oberwinterthur, Hegi und Seen.

Die GLP wird diesem Kredit zustimmen.

**Stadträtin Ch. Meier:** Auch dieses Mal zuerst ganz herzlichen Dank an den Referenten, der uns mit Facts and figures bedient hat und deshalb erspare ich es Ihnen, nochmals einen Haufen Zahlen zu nennen.

Wir haben es gehört: Winterthur wächst. Wir sind mit Winterthur 2040 daran, eine Entwicklungsperspektive aufzuzeigen. Winterthur wird in den nächsten Jahren noch um einiges grösser. Natürlich kann man das wollen oder nicht wollen, aber ich glaube, es ist einfach eine Tatsache. Mit Winterthur 2040 geben wir aber sehr viel vor, wo dieses Wachstum stattfinden soll. Und ein Ort, wo eben gezielt Wachstum stattfinden soll, ist das Gebiet Neuhegi-Grüze. In diesem Gebiet passiert jetzt schon viel und in Zukunft gibt es da noch ein Potenzial für Tausende von Arbeitsplätzen, für Tausende von Einwohnerinnen und Einwohner, und für ein attraktives Freizeitangebot.

Wir haben es im Votum von Felix Landolt gehört: Das Gebiet schaut auf eine spannende Geschichte zurück. Ein paar Meilensteine: 1997 wurde im Kantonalen Richtplan Oberwinterthur, also das Gebiet Grüze, als Zentrumsgebiet von kantonaler Bedeutung festgesetzt. Dann 2010, wie wir gehört haben, die Festsetzung der Planungszone Neuhegi-Grüze. 2015 (ich

nenne nur ein paar dieser Meilensteine) war die Festsetzung des Gestaltungsplans vom Umfeld Hegi und die Verabschiedung des Verkehrskonzepts Neuhegi. Dieses Verkehrskonzept, das eben eine Erschliessung für alle Verkehrsträger vorsieht: Einerseits für den ÖV, das ist das Angebot, das wir hier mit der Querung Grüze sicherstellen wollen; dann für das Velo (wir haben es gehört, Veloschnellroute II); und für den MIV und den Schwerverkehr mit der Zentrumserschliessung zur A1). Es ist ein gesamtes Erschliessungskonzept, das alle drei Bestandteile braucht, damit es funktioniert. Und ich kann Ihnen da nochmals versichern, dass es der ganz klare Wille des Stadtrats ist, alle diese drei Elemente des Erschliessungskonzepts auch voranzutreiben. Dass wir nicht mit allen auf der Zeitachse am gleichen Ort sind, das ist klar, weil sie wirklich unterschiedlich komplex sind – sowohl was die Organisation und Planung angeht, als auch was die Finanzierung anbelangt.

In diesem sehr spannenden Entwicklungsgebiet passiert wie gesagt jetzt schon sehr viel. Damit aber diese Entwicklung weitergehen kann, braucht es die Erschliessung. Die Querung Grüze ist ein ganz wichtiger Katalysator für die Entwicklung des Gebiets Neuhegi-Grüze und es ist mir darum ein grosses Anliegen, dass wir heute zu einem klaren Ergebnis kommen. Ihr habt es mehrmals gesagt, das Engagement ist sehr gross, auch von der Verwaltung. Es ist ein Projekt, das uns allen sehr am Herzen liegt. In der Politik und in der Verwaltung hat es diverse personelle Wechsel gegeben, seit man an diesem Projekt dran ist. Und was wirklich alle miteinander immer verbunden hat, ist dass wir das Gebiet entwickeln und fördern wollen und dass wir auch alle Bestandteile, die es dafür braucht, vorantreiben wollen.

Es sind einige Leute heute genannt worden: Armand Bosonnet und Peter Gasser, die zusammen mit Thomas Nideröst von Stadtbus zum Teil auch in den Fraktionen waren. Ganz speziell bedanken möchte ich mich auch bei Suzana Cufer, die heute Abend auch hier ist. Sie ist Projektleiterin der Querung Grüze und freut sich auch sehr, heute hören zu dürfen, was Sie zu diesem Projekt sagen.

Der Zeitplan, das haben wir auch schon gehört: Wir möchten im November in die Volksabstimmung gehen. Auch da haben noch einiges vor uns. Es ist uns klar, dass wir die Winterthurerinnen und Winterthurer auch noch von diesem Projekt überzeugen müssen. Wenn ich aber Ihre Voten von heute Abend gehört habe, dann bin ich ganz fest davon überzeugt, dass uns das gelingt. Und wenn wir einen Beitrag leisten können, auch für diese Überzeugungsarbeit, dann sind wir auch dafür sehr gerne bereit.

Ich danke für die sehr positive Aufnahme des Themas, für die sehr konstruktive Behandlung in der BBK, auch für den ausführlichen Fragenkatalog, der uns wirklich geholfen hat, die wesentlichen Punkte herauszuschälen zu können. Ich bin davon überzeugt, dass das uns allen geholfen hat, um auch mit Überzeugung hinter diesem Projekt zu stehen. Vielen Dank.

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir kommen zur Abstimmung. Da das Geschäft der Volksabstimmung unterliegt, zählen wir aus.

Der Antrag besteht aus zwei Ziffern: Ziffer 1 für den Kredit und Ziffer 2 bezüglich Mehrwertsteuer- und Teuerungs-bedingter Mehr- oder Minderkosten.

Ich erlaube mir, die beiden Punkte zusammenzunehmen und über beide gemeinsam abzustimmen. Ich gehe davon aus, dass Ihr damit einverstanden seid.

Wer dem Kredit von 59,4 Mio. zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens zustimmen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen.

Wer die Vorlage ablehnen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen.

Enthaltungen?

Ihr habt mit 48 Ja, 5 Nein und 1 Enthaltung dieser Vorlage zugestimmt.

## 5. Traktandum

### GGR-Nr. 2020.69: Geschäftsbericht 2019 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Geschäftsbericht 2019 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur. Das Wort hat der Kommissionssprecher Urs Bänziger.

**U. Bänziger (SSK):** Als Produktgruppenverantwortlicher darf ich Ihnen den Geschäftsbericht 2019 der Sozialhilfebehörde vorstellen. Die SSK empfiehlt Ihnen mit 9:0 Stimmen die wohlwollende Kenntnisnahme dieses Berichtes. Wir haben in der Kommission zugestimmt, dass die Präsidentin der SSK, Katrin Frei, nach meinem Votum eine Würdigung der Arbeit im Namen aller Kommissionsmitglieder machen wird.

Die Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur ist eine Kommission mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen. Sie ist verantwortlich für die strategische Steuerung und Aufsicht von den mit der Durchführung der Sozialhilfe betrauten Stellen im Departement Soziales, nimmt ihre Berichterstattung entgegen und ist auch erste Instanz für Begehren um Neubeurteilung von Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger. Die Sozialhilfebehörde ist ebenfalls verantwortlich für die Aufsicht über die Durchführung der wirtschaftlichen Hilfe.

Die Behörde besteht aus 11 Mitgliedern, welche vom Grossen Gemeinderat entsprechend der Fraktionsstärke für eine Legislatur gewählt werden. Den Vorsitz führt von Amtes wegen der Vorsteher des Departementes Soziales.

Die Sozialhilfebehörde traf sich 2019 zu 8 Sitzungen und besuchte zudem gemeinsam das Unterhaltszentrum der Hauptabteilung Arbeitsintegration.

Die Massnahmen des Departementes Soziales im Bereich «Verhinderung unrechtmässiger Sozialhilfebezüge» nahm die Behörde im März 2019 zustimmend zur Kenntnis.

Es ist wichtig zu wissen, dass die detaillierten Kennzahlen 2019 betreffend Fallzahlen, Kosten und der Effektivität der Dienstleistungserbringung des DSO natürlich auch in der SSK ausführlich behandelt wurden im Rahmen der Rechnungsabnahme.

Die Behörde nahm auch das vierteljährliche Reporting sowie das Jahresreporting der Sozialen Dienste entgegen und hat insgesamt 227 Dossiers auf ihre Anspruchsberechtigung, Rechtmässigkeit der Ausrichtung sowie der Zweckmässigkeit der Fallführung geprüft. Diese Arbeit beanspruchte 276 Arbeitsstunden.

Auf der Basis ihrer Beobachtungen liess sich die Behörde sieben Mal allgemein über die bestehende Praxis informieren. Zu vier Themen beauftragte die Behörde das DSO mit vertieften Abklärungen und Präzisierungen. Insgesamt fanden 8 Behandlungen von Begehren um Neubeurteilung statt, 6 wurden abgewiesen und 2 wurden als gegenstandslos betrachtet.

Zum Schluss ist wichtig zu wissen: Der Bezirksrat übt im Auftrag des Regierungsrates die Oberaufsicht über die Sozialbehörde der Stadt Winterthur aus. Eine Delegation der Sozialhilfebehörde nahm im November 2019 an der zweijährlich stattfindenden Visitation des Bezirksrates teil.

**K. Frei (Grüne/AL):** Zugunsten eines flüssigen Ratsbetriebs danke ich stellvertretend für und in Absprache mit allen Kommissionsmitgliedern der SSK Urs Bänziger ganz herzlich für die wertschätzende, ausführliche Präsentation des Berichtes.

Der Bericht zeigt, dass die Qualität der Sozialhilfebehörde unbestritten ist und ihre Arbeit höchste Wertschätzung verdient. Im Namen aller Fraktionsvertreter der SSK bedanke ich mich bei den Mitgliedern der Sozialhilfebehörde sowie bei sämtlichen Mitarbeitern der Sozialen Dienste für ihren wertvollen Einsatz im Jahr 2019.

Corona hat uns allen neu vor Augen geführt, wie unabdingbar wichtig zuverlässige soziale Gesellschaftsstrukturen sind, in denen das Mit- und Füreinander mehr zählt als der eigene Vorteil. Gerade vor diesem Hintergrund mit aktuell erschwerten Bedingungen ist es mir ein

grosses Anliegen, unsere Wertschätzung und unseren Dank für diese wichtige Arbeit der Sozialhilfebehörde und der Sozialen Dienste mit Nachdruck auszusprechen.  
Besten Dank.

**Stadtrat N. Galladé:** Ich bedanke mich für die Ausführungen und habe nichts weiter hinzuzufügen.

**Ratspräsident D. Oswald:** Damit ist dieses Geschäft auch erledigt.

## 6. Traktandum

**GGR-Nr. 2020.76: Beantwortung der dringlich erklärten Interpellation B. Helbling-Wehrli (SP), U. Glättli (GLP), B. Huizinga (EVP), Ch. Griesser (Grüne/AL), U. Bänziger (FDP) und A. Geering (CVP) betr. Änderung des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur AHV und IV und Soziallastenausgleich – Auswirkungen für die Stadt Winterthur**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Beantwortung der dringlich erklärten Interpellation betreffend Änderung des Gesetzes über die Zusatzleistungen. Das Wort hat Bea Helbling.

**B. Helbling (SP):** Ich bedanke mich namens der SP-Fraktion für die Beantwortung der dringlichen Interpellation. Durch diese Beantwortung wird noch deutlicher, wie wichtig diese Abstimmung für die Finanzen der Stadt Winterthur ist. Der neue Finanzierungsschlüssel, der durch die Abstimmung im kantonalen Zusatzleistungsgesetz festgelegt wird, ist ein erster Schritt zu einem Ausgleich der Soziallasten für die Stadt Winterthur. Es geht darum, dass der Kanton (integriert sind ja da auch die Bundesanteile) neu 70% der Zusatzleistungskosten finanziert.

Wir wissen es alle: Die Sozialkosten sind für die Stadt Winterthur nicht steuerbar. Wir sprechen von Leistungen, die auf Bundes- und Kantonsebene gesetzlich zugesichert werden und auf die Menschen Anspruch haben, die unter dem Existenzminimum leben. Wir sprechen beim Zusatzleistungsgesetz von Kosten, die das Existenzminimum für Betagte, für Behinderte oder Hinterlassene ergeben. Sie erhalten diese Zusatzleistungen (wir sagen Zusatzleistungen, sonst nennt man es Ergänzungsleistungen) dann, wenn die Rente oder andere Einkommen, die sie haben, das Existenzminimum nicht decken. Es sind Kosten, die wir als Gemeinde tragen, da sie den Menschen gesetzlich zustehen. Und es ist für sie eine wichtige finanzielle Unterstützung, da sie ja sonst einen Heimaufenthalt im Altersheim oder ihr Leben zuhause nicht finanzieren können.

Der Stadtrat empfiehlt uns allen ein überzeugtes Ja zur kantonalen Vorlage zur Änderung vom Zusatzleistungsgesetz. Sämtliche Mitglieder des Stadtrats engagieren sich im Abstimmungskomitee «Ja zum fairen Ausgleich».

Zurzeit finanzieren wir in der Stadt Winterthur 56% selbst. Nachher reduziert sich der Gemeindeanteil auf 30%. Der Stadtrat sagt deutlich: Er geht davon aus, dass das zu positiven Auswirkungen von rund 15 Mio. Franken führt. 15 Mio. weniger Ausgaben – das ist ein beeindruckender Betrag. Für uns in der Stadt Winterthur ist ein Ja zum neuen Zusatzleistungsgesetz deshalb sehr wichtig. Endlich würden unsere hohen Sozialleistungskosten wenigstens im Bereich der Zusatzleistungen fairer und solidarischer finanziert.

Wir haben auch die Frage gestellt, was unternommen wird, damit auch in anderen Bereichen endlich ein wirklicher Soziallastenausgleich kommt. Wir hoffen auf die Gesetzesänderung des Kinder- und Jugendheimgesetzes, die auch dort zu einem solidarischeren Finanzierungsanteil führt. Und wir hoffen auf unsere Kantonsrätinnen und Kantonsräte, damit ein Sozialhilfekostenausgleich auf die kantonale politische Agenda kommt, das wäre ganz wichtig. Betref-



fend der ZLG-Abstimmung nochmals: Ich bin gespannt, wie ein Nein zu dieser Vorlage in einer Stadt wie Winterthur überhaupt begründet werden kann. Darum ist es klar: Alle sagen Ja zu diesem Zusatzleistungsgesetz. Danke.

**U. Glättli (GLP):** Ich danke vorweg dem Stadtrat für die gut strukturierte Antwort. Diese Antwort auf die dringliche Interpellation zeigt auf, wo die Anliegen liegen und was die nächsten Schritte sein werden. Erster Schritt wird die kommende Abstimmung sein über die ZLG-Referendumsabstimmung im Kanton Zürich. Wie Bea Helbling bereits erwähnt hat, ist es ganz wichtig, dass die Winterthurer Parteien hinter dieser Vorlage stehen. Es geht um einen grossen finanziellen Spielraum. Und ich denke, es wäre auch für die bürgerlichen Parteien durchaus angezeigt, wenn sie geschlossen hinter dieser Vorlage stehen würden, woran ich aber heute Abend zweifeln muss. Insbesondere ist mir nicht bekannt, dass die Schweizerische Volkspartei bis jetzt die Ja-Parole herausgegeben hätte bei der kommenden Abstimmung. Was ich wirklich nicht verstehe, denn z.B. beim Thema Corona werden die kommenden Finanzzahlen wirklich übel an die Wand gemalt. Und da, wo man es in der Hand hätte, für finanziellen Spielraum für die Stadt Winterthur zu sorgen, kneift man dann wieder. Das ist schwer verständlich. Es freut uns deshalb umso mehr, dass die FDP der Stadt Winterthur prominent in diesem Komitee vertreten ist. Ein bisschen erstaunt bin ich aber, wenn ich auf die Website gehe von der FDP Winterthur und bei den Parolen sehe, dass es bei der ZLG ein Strichli drin hat. Eigentlich sollte man das meines Erachtens anpassen, aber das steht ihnen ja noch frei, das allenfalls zu korrigieren. Im Weiteren ...

**Ratspräsident D. Oswald:** Ich bitte den Redner, sich zum Thema zu äussern und nicht zu Parteistrategien.

**U. Glättli (GLP):** Im Weiteren ist die Antwort zu Frage 5 interessant. Dort hoffe ich auch, dass sich der Kantonsrat dem Thema Soziallastenausgleich im Rahmen welcher Vorlage auch immer, sei das die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes, auch annimmt. Ich denke, das muss erneut aufgenommen werden. Und ich gehe auch davon aus, dass sich dort eine Kantonsrätin oder ein Kantonsrat finden lassen wird, der sich für dieses Thema einspannen lässt.

**Ch. Griesser (Grüne):** Die Grünen haben sich bei der Kantonsratsberatung für einen noch umfassenderen Ausgleich eingesetzt, wir tragen aber den Kompromiss, der jetzt da zur Abstimmung steht, trotzdem mit Überzeugung mit, weil er eben fairer und solidarischer ist. Und ansonsten ist alles zu diesem Thema schon gesagt worden von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern.

**U. Bänziger (FDP):** Besten Dank an den Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Die Antwort des Stadtrats bekräftigt die FDP-Fraktion und die Stadtpartei in unserer Unterstützung dieser wichtigen Vorlage. Die Sozialkosten sind im Kanton in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Stark betroffen von diesem Anstieg sind auch die Zusatzleistungen für Menschen, welche pensioniert sind oder IV beziehen. Die Beiträge, vornehmlich an diese älter werdenden Mitbürgerinnen und Mitbürger sind vollkommen berechtigt und gesellschaftlich auch sehr wertvoll, weil sie es ihnen erlauben, länger selbständig und länger daheim zu leben.

Grössere Gemeinden und Städte wie Winterthur sind oft stark betroffen, haben aber selbst als Stadt genau bei diesen Leistungen keine Steuermöglichkeit. Der Kantonsrat hat sich entschieden, die Gemeinden bei den Zusatzleistungen massvoll zu entlasten. Die Zusatzkosten für den Kanton sind im kantonalen Budget gut vertretbar und sind eine wichtige Entlastung für unser Budget.

**A. Geering (CVP/EDU):** Auch wir von der CVP/EDU-Fraktion danken dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der dringlichen Interpellation und für sein konsequentes Arbeiten für einen neuen, faireren Soziallastenausgleich zwischen den Gemeinden und dem Kanton

Zürich. Auch wir verstehen den Rückzug des neuen Sozialhilfegesetzes durch den Regierungsrat nicht und ermuntern den Stadtrat, aber auch die Kantonsräte aus der Stadt, an diesem Thema dran zu bleiben. Wir teilen aber auch die Meinung des Stadtrats, dass aktuell – für die nächsten 5 Wochen - der Fokus auf der Abstimmung vom 27. September liegen muss! Bei dieser Änderung des Gesetzes über die Zusatzleistungen geht es – wie der Stadtrat darlegt – für Winterthur um geschätzte 15 Mio. Auf den zweiten Blick geht es aber um mehr. Es geht um Kosten, welche die Gemeinden nicht beeinflussen können. Da ist es richtig, wenn der Kanton einen grösseren Anteil als bisher übernimmt. Dabei geht es nicht nur um die Millionen für Winterthur. Es geht auch um andere Gemeinden, wie beispielsweise Wald. Es geht also nicht um Stadt gegen Land, sondern es ist wirklich eine Entlastung von stark belasteten Gemeinden. Letztlich geht es um eine fairere Verteilung von Kosten, welche die Gemeinden nicht beeinflussen können. Deshalb ist auch die CVP Winterthur im lokalen Abstimmungskomitee engagiert und wird sich für ein Ja an der Urne einsetzen.

**Stadtrat N. Galladé:** Besten Dank für die breiten Voten, die die stadträtliche Auslegeordnung unterstützten. Es ist für uns als Gesamtstadtrat ganz wichtig, dass wir bei diesen Themen, das sind für uns auch Legislatorschwerpunkte, bei den grossen Kostenblöcken Bildung, Gesundheit und Soziales den Handlungsbedarf sehen. Das sind in weiten Teilen nicht hausgemachte Kostenblöcken, sondern, wir haben es gehört von der Erstinterpellantin, das sind nicht beeinflussbare Kosten. Das geht auch anderen Gemeinden so. Und wenn wir unsere Finanzen nachhaltig sanieren wollen, dann müssen wir für diese Bereiche, die aufgrund vom Bevölkerungswachstum, aufgrund der Demografie in der Stadt Winterthur und in anderen Gemeinden im Kanton künftig ansteigen werden, gute Ausgleichsmodelle haben. Bei den Soziallasten sind wir schon ein bisschen weiter, da haben wir jetzt mit dem Kompromiss bei den Zusatzleistungen wirklich die Möglichkeit, mit einem Ja am 27. September einen wichtigen Schritt zu machen. 15 Mio. sind ein erheblicher Beitrag. Künftige Steigerungen, die die Demografie mit sich bringen wird, würden dann zumindest zu einem erheblichen Teil abgedämpft für die städtische Finanzbelastung.

Aber es gibt auch noch andere Bereiche (das Sozialhilfegesetz wurde genannt), die wir angehen werden müssen. Und auch Gesundheit und Bildung, die uns – aber auch andere Gemeinden – sehr massiv belasten, werden wir mit Ihrer Unterstützung und der Unterstützung von Kantonsrätinnen und Kantonsräten aus Winterthur und anderen Bezirken schauen müssen, wie wir Lösungen aufzeigen können.

Mir ist noch ganz wichtig: Diese Probleme sind wirklich nicht hausgemacht in Winterthur. Aber dass im Kanton Zürich die Gemeinden derart stark und unterschiedlich betroffen sind - und das zeigt der kantonale Gemeindegewirksamkeitsbericht auf, der vom Regierungsrat verabschiedet wurde – das ist tatsächlich hausgemacht auf kantonaler Ebene. Wenn man andere Kantone anschaut, gibt es da andere Modelle, die diese Belastungen gut ausgleichen. Und auch wenn man jetzt den kantonalen Anteil bei dieser konkreten Vorlage erhöht, wird der Kanton Zürich immer noch einer der Kantone sein, wo der Kanton den geringsten Finanzierungsanteil hat bei den Zusatzleistungen; und die Gemeinden im Kanton Zürich einen der höchsten. Die Mehrheit der Kantone in der Schweiz kennen keine Kostenbeteiligung der Gemeinden bei den Zusatzleistungen, dem grössten Kostenblock bei den sozialen Ausgaben. Und wenn der Kanton Zürich da seinen Anteil ein wenig erhöht und die Gemeinden ihren reduzieren, dann ist das wirklich eine Kompromisslösung, wie es Christian Griesser erwähnt hat.

Wir als Stadtrat danken Ihnen für die Unterstützung in den nächsten 5 Wochen, damit es ein Ja gibt, ein deutliches Ja, auch aus Winterthur, zu dieser Vorgabe. Und wir kommen gerne noch auf Sie zu, wenn es um weitere, in diesem Kontext genannte Herausforderungen geht, um den Boden zu schaffen, dass wir unsere Finanzen sanieren können.

**Ratspräsident D. Oswald:** Damit ist die dringliche Interpellation erledigt.

## 7. Traktandum

### **GGR-Nr. 2020.81: Begründung des Postulats A. Steiner (GLP), F. Helg (FDP), R. Diener (Grüne/AL), M. Wegelin (SVP) und M. Bänninger (EVP) betr. S-Bahn-Haltestelle «Töss Försterhaus»**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Begründung des Postulats betreffend S-Bahn-Haltestelle «Töss Försterhaus». Das Wort zur Begründung des Postulats hat Annetta Steiner (GLP).

**A. Steiner (GLP):** Vor gut einem Jahr hat der Stadtrat gegenüber dem Regierungsrat beantragt, die im Richtplan eingetragene Haltestelle Försterhaus aus dem Richtplan zu streichen. Diese Haltestelle ist zwischen dem Hauptbahnhof und dem Ausgangsportal vom Brüttener Tunnel, für diejenigen, die das nicht wissen. Diese Streichung wird v.a. damit begründet, dass eine Studie von Ernst Basler + Partner klar aussagt, dass das Potenzial nicht vorhanden sei. Wenn man diese Studie etwas genauer betrachtet, können zwei grosse Mängel festgestellt werden: Die SBB hat als Grundlage für diese Studie eingebracht, dass es eine grosse Überführung über alle Gleise geben werden muss und deshalb der Bau einer Haltestelle Försterhaus nur noch sehr eingeschränkt möglich gewesen wäre. Und entsprechend könnten noch maximal 2 Züge pro Stunde dort halten.

Dann stellt sich aber die Frage: Braucht es die Überführung überhaupt? Das hat eine Gruppe von Ingenieuren angeschaut (primär ein pensionierter Ingenieur) und probierte herauszufinden, ob es nicht andere Lösungen gäbe. Für ein Problem gibt es ja in der Regel immer mehrere Lösungen. Wie an einer Veranstaltung der Verkehrsverbände VCS, TCS, ACS und vom KMU-Verband aufgezeigt wurde, gäbe es tatsächlich andere Lösungsansätze. Diese sind auch mit Verkehrsexperten geprüft worden. Und es sieht wirklich so aus, als ob es diese Überführung nicht dringend braucht. Und dass mit der genau gleichen Kapazität, also ohne Einschränkung der Möglichkeiten, auf die Gleise zu wechseln. Es gibt also keine Leistungseinbusse.

Es gibt einen 2. Mangel in dieser Studie. Das Ingenieurbüro hat das Potenzial einer solchen Haltestelle angeschaut. Man hat die Anzahl Einwohnende und Arbeitsplätze zusammengerechnet, die sie als Potenzial ausweisen würden, aber – weil es ja nur 2 Züge pro Stunde hätte – sei das ja nicht attraktiv für viele Leute. Deshalb hat man diese Zahl kurzerhand einfach halbiert. Das ist definitiv unzulässig und unprofessionell. Diese Zahl ist schlicht falsch. Schauen wir das Gebiet Töss an: Es wurde heute bereits farbig gezeigt im Zusammenhang mit der Grüze, dass die Stadt Winterthur verschiedene Entwicklungsgebiete hat.

Ein Entwicklungsgebiet ist klar Töss. In der räumlichen Entwicklungsperspektive Winterthur 2040 kam man relativ schnell zum Schluss, dass es eine innerstädtische, schnelle S-Bahn braucht. Und Töss muss weitergedacht werden. Das ist aus der Zusammenfassung dieses Projekts «Entwicklungsperspektive 2040». Die Haltestelle Försterhaus ist eingetragen in diesen Plänen, die da aufgezeigt werden, und wird als wichtig erachtet.

Die Grünliberalen teilen ganz klar diese Auffassung, dass Töss ein wichtiges Entwicklungsgebiet ist. Nur: Wirklich entwickeln kann es sich nur, wenn es sehr gute ÖV-Erschliessung hat. Und das würde eine Haltestelle Försterhaus bieten.

Die Herausforderung ist, dass die 4 Gleise, die vom Brüttener Tunnel und von Effretikon herkommen, so gekreuzt werden können, dass nach dem Hauptbahnhof diese Züge am richtigen Ort wieder in die richtige Richtung fahren können. Wie gesagt, die SBB hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass das nur mit einer Überführung möglich ist. Wir sind klar der Meinung, dass da noch andere Lösungen möglich sein müssten.

Schaut man sich das Potenzial von dieser Haltestelle Försterhaus an, dann gibt es ein primäres Potenzial für Töss, Dättnau und Steig. Aber es gibt noch ein grosses Potenzial aus dem Schlosstal und dem ganzen Vogelsang, wo ziemlich viele neue Wohnungen gebaut werden. Das Potenzial ist einerseits heute vorhanden, aber es ist v.a. auch in Zukunft vorhanden. Wir

haben ein grosses Entwicklungsgebiet auf dem Rieterareal. Und das Potenzial wird natürlich noch grösser, wenn wir dort auch wirklich eine gute ÖV-Erschliessung haben.

Mit dem Postulat fordern wir deshalb den Stadtrat auf, anhand einer Studie neue Gleisvarianten aufzuzeigen. Und zwar Varianten, die einen Bahnhof Försterhaus ermöglichen, und zwar mit 4-6 Zügen pro Stunde und pro Fahrtrichtung. Das ist aus unserer Sicht möglich. Damit würde auch das grosse Bauwerk der Überwerfung überflüssig werden. Diese ist doch am Siedlungsrand noch ziemlich hoch und ist v.a. auch in der Landschaft völlig überflüssig. Ebenfalls fordern wir vom Stadtrat eine seriöse Potenzialanalyse, wie man sie auch bei der Grüze gemacht hat, für das Entwicklungsgebiet Töss.

Und entsprechend fordern wir vom Stadtrat, dass er den Antrag um Streichung der Haltestelle Försterhaus beim Regierungsrat zurückzieht. Denn damit würde die Möglichkeit verbaut, den Winterthurer Nachkommen in 30-40 Jahren ohne Not ein Potenzial wegzunehmen.

**Ratspräsident D. Oswald:** Es liegt ein Ablehnungsantrag der SP vor, das Wort hat Benedikt Zäch.

**B. Zäch (SP):** Die SP-Fraktion stellt in der Tat einen Ablehnungsantrag. Wir haben uns mit den Postulanten intensiv ausgetauscht und auch das Gespräch mit der Person gesucht, welche die alternativen Planungsskizzen gemacht hat, das ist ein pensionierter Bauingenieur. Diese Gespräche haben uns aber nicht überzeugt, dass mit diesem Postulat der sinnvolle Weg eingeschlagen wird, um noch offene Fragen zu beantworten.

Ich möchte das jetzt begründen: Zum einen zielt das Postulat weitgehend ins Leere, soweit es sich um den eigentlichen Stein des Anstosses, die Überwerfung, handelt. Die Überwerfung ist nämlich nach dem aktuellen Planungsstand längst nicht mehr dort, wo sie ursprünglich geplant war (nämlich auf Höhe Försterhaus), sondern deutlich südlich davon. Das ist im Übrigen kein Verdienst von einem wie auch immer gearteten Überstand, wie er von den Postulanten verschiedentlich suggeriert wurde, u.a. an der öffentlichen Veranstaltung in Töss, sondern ganz schlicht die Folge von intensiven und fruchtbaren Diskussionen der Stadt mit der SBB. Zum zweiten erstaunt ein bisschen die Nonchalance, mit der das Gutachten im Auftrag der SBB und der Stadt einfach als Parteigutachten taxiert wird, gleichzeitig aber eine sicher aufwändige, aber nicht von einem Bahnfachmann erstellte sogenannte «Planungsskizze» ganz kritiklos als mögliche Alternative präsentiert wird. Und es ist schon so: Man hat nicht mehrere Alternativen vorgestellt, sondern die eine. Eine. Genau eine. Da wünschen wir uns die gleiche kritische Begutachtung der Vorschläge, bevor sie vorschnell als mögliche Lösung verkauft werden.

Und zum dritten, und das ist unser wichtigster Einwand, ist der Vorstoss auf der falschen politischen Ebene angesiedelt. Alle Beteiligten am Postulat wissen natürlich, dass die planerischen Entscheide und die Variantenfestlegungen nicht auf der kommunalen Ebene fallen, sondern beim Bund bzw. der SBB, und beim Kanton bzw. beim ZVV. Das Argument, die Stadt sei da zu wenig tätig oder aktiv und man müsse sie auf diese Art zur dezidierten Vertretung von städtischen Anliegen bringen oder vielleicht eher zwingen, geht ins Leere, wenn man weiss, wie intensiv die Stadt im Moment in Gesprächen mit der SBB ist.

Uns ist es im Übrigen auch völlig unverständlich, weshalb die Initianten des Postulats nicht primär einmal einen Vorstoss im Kantonsrat ins Auge fassen. Dort wäre nämlich die richtige Ebene. Da hat sich unseres Erachtens eine ziemlich merkwürdige Koalition von offensichtlich divergierenden Interessen zusammengefunden. Es wurde schon erwähnt: ACS und TCS, aber auch der VCS, der KMU-Verband und ein Parteispektrum von SVP bis Grüne/AL Und sie sind nach unserem Eindruck zum Teil fast ein bisschen bekenntnishaft und weniger inhaltlich unterwegs.

Aus allen diesen Überlegungen hat sich die SP-Fraktion entschlossen, eine schnellere und adäquatere Form des Vorstosses zu wählen: Eine schriftliche Anfrage. Auch wir möchten gerne nähere Auskunft bekommen, welche Gründe genau den Stadtrat dazu bewogen haben, die Streichung des Richtplaneintrags zu beantragen. Und wir möchten auch geprüft wissen, ob die planerischen Vorschläge, die jetzt als Lösung herumgereicht werden, Hand und Fuss haben.

Mit der schriftlichen Anfrage und den richtigen Fragen erhalten wir auf die relevanten Fragen, die man auf kommunaler Ebene auch beantworten kann, wesentlich schnellere Antworten, als das mit einem Postulat möglich ist.

Ich bitte Sie deshalb um die Unterstützung des Ablehnungsantrages.

**F. Helg (FDP):** Der Stadtteil Töss wird in den nächsten Jahren von grossen baulichen und planerischen Projekten betroffen sein: Brüttener Tunnel, A1-Spurausbau, Entwicklung des Rieterareals. Das vorliegende Postulat hat primär zum Zweck, eine planerische Option offen zu halten, nämlich die Realisierung der S-Bahn-Haltestelle „Försterhaus“.

Mit dem stadträtlichen Antrag zuhanden des Kantons, den Richtplan-Eintrag zur Haltestelle Försterhaus zu streichen, wird nämlich voreilig der Handlungsspielraum für die weitere Entwicklung des Stadtteils eingeengt. Aus unserer Sicht hat sich der Stadtrat zu schnell von den SBB beeinflussen lassen, die zusammengefasst wie folgt argumentieren: «Weil der Brüttener Tunnel kommt, hat es keinen Platz für die Haltestelle „Försterhaus.“» Die Argumentation muss aber aus unserer Sicht gerade umgekehrt sein: Weil der Brüttener Tunnel kommt, stehen viele Möglichkeiten offen, die baulichen Anpassungen gerade für eine Realisierung der Haltestelle „Försterhaus“ zu nutzen.

Dass es durchaus Handlungsspielraum gibt, ist inzwischen von Experten aufgezeigt worden, Annetta Steiner hat das vorhin klar aufgezeigt. Auch das jüngste Bekenntnis des Regierungsrates, die im Eichliacker-Quartier geplante Bahn-Überwerfung für den Brüttener Tunnel weiter stadtauswärts und damit stadtvträglicher zu realisieren, zeigt, dass die Pläne noch nicht in Stein gemeisselt sind (das kann man nachlesen in KR-Anfrage 32/2020, initiiert von FDP-Kantonsrätin Carola Etter-Gick).

Selbst für die Überwerfung sind alternative Gleisführungen denkbar, so dass selbst das nun weiter stadtauswärts geplante Bauwerk nicht zwingend notwendig erscheint, wie es auch die Erstreferentin aufgezeigt hat.

Mit dem Postulat soll der Stadtrat die dargelegten Optionen im Zusammenhang mit der S-Bahn-Haltestelle und der Bahn-Überwerfung prüfen.

Ich verstehe deshalb nicht ganz, weshalb man überhaupt gegen dieses Postulat sein kann: Es macht doch stark den Eindruck, dass man uns von Seiten SP gewisse Denkverbote auferlegen will.

Benedikt Zäch hat vorhin gesagt, die SBB-Studie sei richtig. Wir sagen: Es gibt auch eine andere Studie, die etwas Anderes sagt. Deshalb ist an sich die richtige Folge, dass man das jetzt wirklich sauber prüft. Mit dem Postulat gibt man dem Stadtrat den Auftrag, das zu erfüllen, und nicht nur bei der schriftlichen Anfrage auf die Schnelle zu antworten, was dann vielleicht auch nicht näher und fundiert daherkommt.

Deshalb bitte ich alle in diesem Rat, für das gute Projekt Haltestelle Försterhaus für die Überweisung zu votieren.

**R. Diener (Grüne/AL):** Die Grüne/AL-Fraktion bittet Sie um die Überweisung dieses Postulats an den Stadtrat. Wie richtig gesagt wurde von Felix Helg: Noch ist nichts in Stein gemeisselt. Wie genau die Intervention der Stadt bei der SBB gezeigt hat, gibt es durchaus auch im Projekt Brüttener Tunnel (bei dieser grossen Kiste, zugegebenermassen) und bei der Herausforderung mit der grossen Überwerfung, die auf Stadtgebiet geplant ist, noch erhebliche Projektierungsspielräume. Dass man jetzt bereits erreicht hat, dass diese Überwerfung weiter aussen entstehen soll, zeigt doch deutlich wie nur irgendwas, dass da von der SBB zwar mit der grossen Kelle, aber noch längst nicht so präzise angerührt wurde:

Insofern muss man das sicher auch nochmals genau anschauen, was da bereits zu dieser Thematik Haltestelle Försterhaus und Überwerfung gesagt worden ist.

Wir wissen auch, ich rufe das gerne in Erinnerung, dass in Dietlikon, auf der anderen Seite dieses Brüttener Tunnels, auch grosse Diskussion gelaufen sind, laufen mussten, weil sich die Bevölkerung dort gewehrt hat gegen die massiven Auswirkungen. Und auch dort sind grössere Projektverschiebungen und grössere Projektänderungen durchgekommen sind.

Insofern möchte ich Euch Mut machen: Unterstützt dieses Postulat! Es geht darum, jetzt nochmals ein bisschen den Horizont aufzumachen und zu schauen, ob es nicht mit einfacheren Methoden, ohne grosse Überwerfung, einen Weg gäbe – und gleichzeitig die Diskussion um die Möglichkeit der Haltestelle Försterhaus nochmals zu öffnen. Wir haben uns dort von der SBB irritieren lassen, weil sie sagten, da gäbe es keine Möglichkeit, das könne man nicht mehr machen. Diese Studie hat einen nicht völlig ungläubwürdigen Eindruck gemacht. Die SBB sagte, das ginge gar nicht mehr, man müsse dort den Versorgungszug vom Brüttener Tunnel platzieren. Das waren alles Aussagen, die im Raum standen vor einigen Jahren. Und das ist jetzt alles nicht mehr so relevant, davon spricht schon lange niemand mehr. Wie man jetzt sieht, kann man das Überwerfungsbauwerk auch um 300 m verschieben. Ich denke, da hat es noch viel Spielraum und ich finde es richtig und wichtig, dass man das nochmals anschaut. Deshalb bitte ich Sie um Unterstützung, dass man da den Druck aufrechterhält und versucht, für Winterthur eine noch bessere Lösung herauszuholen. Denn Fakt ist schon, dass diese Haltestelle durchaus Potenzial hätte. Diese Abschätzungen sind jetzt auch vom VCS bestätigt worden.

Danke für die Überweisung.

**M. Wegelin (SVP):** Die SVP-Fraktion ist für die Überweisung dieses Postulats, u.a. aus folgenden Gründen: Die Region Töss wird, von Zürich her kommend, auch als Tor zu Winterthur bezeichnet. Und genau da, am Eingang zu Winterthur, liegt viel Potenzial brach, das wir ausschöpfen sollten. Heute ist es leider so, dass die Bewohner von Dätttau, Steig und Töss keinen eigenen Bahnhof mit direktem Anschluss nach Zürich haben. Konkret heisst das, dass die Dättnauer bis zu 20 Minuten mit dem Bus zum Hauptbahnhof in Kauf nehmen müssen, um dann innerhalb von weiteren 20 Minuten nach Zürich zu kommen. Mit einer Haltestelle Försterhaus würde sich der Weg nach Zürich zeitlich halbieren.

Ein anderer Aspekt wäre die Entlastung der Stadtbusse. Würden die Tössemer, die Dättnauer und die Steigemer nämlich dort in die S-Bahn steigen, würde der innerstädtische Verkehr entlastet werden.

Die Haltestelle Försterhaus würde einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, das brachliegende Potenzial in Töss nutzbar zu machen, da der Standort massiv an Attraktivität gewinnen würde. Auch für das Gewerbe, KMUs und andere Nutzungen, z.B. im Rieterareal, wäre diese Haltestelle durchaus interessant und ein positiver Standortfaktor. Eine zentrale Anbindung an den ÖV ist heute wesentliche Voraussetzung für solche Areale.

Wir danken bestens für die Unterstützung dieses Postulats.

**M. Bänninger (EVP):** Der Brüttener Tunnel ist wie die Querung Grüze ebenfalls ein sehr wichtiges Element für den geplanten Ausbau des öffentlichen Schienenverkehrs.

Es gilt aber genau hinzusehen. Uns ist es wichtig, dass bei der Gleisführung alle Varianten geprüft werden. Wie Reto Diener schon ausgeführt hat: Die Tunnelführung bei Dietlikon wurde auch erst spruchreif, als sich die Gemeinde gegen eine Überwerfung in Stellung brachte und darauf bestand, dass die Tunnellösung die einzige Option sei. Wir wollen auch für Winterthur die bestmögliche Option.

Töss wird sich in den nächsten 10 - 15 Jahren stark weiterentwickeln, das haben wir gehört. Darum ist uns wichtig, die Option von einer Haltestelle Försterhaus offen zu behalten.

Wir finden es darum verfrüht, dass bereits heute auf den Richtplaneintrag der Haltestelle Försterhaus freiwillig verzichtet wird. Wir sind der Ansicht, dass sich der Stadtrat diese Option von einer Haltestelle offenhalten muss und unterstützen deshalb das Postulat.

**A. Geering (CVP/EDU):** In der CVP/EDU-Fraktion haben wir das Postulat kontrovers diskutiert. Und ich nehme es vorweg: Wir sind geteilt.

Zum einen entspricht die Forderung nach der Station Försterhaus auch unserer Forderung nach innerstädtischen S-Bahn-Durchmesserlinien. Um den Modalsplit zu Gunsten des ÖVs zu verändern, muss es möglich sein, die Reisezeiten von Quartier zu Quartier zu verkürzen. Mit einer Haltestelle Försterhaus wäre es möglich die Reisezeit, von Seen, Oberi oder Hegi nach Töss wesentlich zu verkürzen. Ich gehe von mindestens einer Halbierung aus. Dies

wäre aber auch möglich, wenn wir mit dem bestehenden Bahnhof Töss Stadt die SBB dazu bringen würden, dort ein Konzept für S-Bahn-Durchmesserlinien von Quartier zu Quartier anzugehen.

Neben dem innerstädtischen Verkehr ist insbesondere auch der Punkt einer Unterquerung statt einer Überwerfung prüfenswert. Dies könnte eine wichtige Vorarbeit sein, um zu prüfen, ob vielleicht unterirdische Gleise am Hauptbahnhof möglich wären, und eine wichtige Vorarbeit, wenn man eines Tages doch zum Schluss käme, dass man so etwas realisieren möchte. Zum Argument, es sei schon gesagt worden, die Station Försterhaus würde nicht gehen, möchte ich einfach nochmals auf die MIV-Erschliessung Neugegi-Grüze hinweisen. Diese ist heute unterirdisch geplant. Als man zu Beginn mal mit einem oberirdischen Skript kam, hiess es auch, man wolle das nicht, weil die Quartierbevölkerung betroffen sei. Und erst dann öffnete die Stadt den Fächer nochmals.

Das spricht alles für eine Überweisung dieses Postulats.

Andererseits (und jetzt kommen die fraktionsinternen Gegenargumente) wird der Brüttener Tunnel nicht nur für Winterthur gebaut, sondern auch für die Ostschweiz. Die Reisezeiten zwischen Zürich und der Ostschweiz sollen verkürzt werden. Mit einer Station Försterhaus besteht die Gefahr, dass dieser Effizienzgewinn des Brüttener Tunnels durch eine Station Försterhaus gleich wieder verlustig geht. Diese Überlegung spricht gegen eine Station Försterhaus. Auch darf bezweifelt werden, dass eine Bussanbindung der Station Försterhaus quartierverträglich realisiert werden könnte. Und dass dann Opposition käme, wenn man das anbinden wollen würde und keine Busanbindung käme. Damit würde dann eher eine Station wie Wallrüti oder Hegi geschaffen und nicht ein Hub, wie er bei der Querung Grüze geplant ist.

Vor diesem Hintergrund wird die CVP/EDU-Fraktion geteilt abstimmen. Wenn aber die Überweisung durchkommen sollte, bitten wir den Stadtrat, das Pro und Contra vorsichtig zu prüfen und genau anzuschauen und mit einem offenen Mindset nochmals an die Geschichte heranzugehen.

**B. Zäch (SP):** Nur eine ganz kurze Replik auf Felix Helg. Ich habe jetzt das Gefühl, ich erhalte ein Denkverbot von ihm. Er hat mir nämlich einen Satz im Mund umgedreht, den ich so nicht gesagt habe. Wir sind einfach der Meinung, dass wir beide Studien – die, welche die SBB in Auftrag gegeben hat und die, welche auf private Initiative gemacht wurde - einfach mit dem gleichen Massstab anschauen sollten. Wir müssen beide durchaus kritisch anschauen. Und Felix Helg hat behauptet, wir würden die SBB-Studie richtig finden, das stimmt so nicht. Wir müssen beide Studien, wir müssen alle Varianten prüfen, die auf dem Tisch liegen, v.a. auch die, die neu auf dem Tisch liegen.

**A. Steiner (GLP):** Auch ich habe eine kleine Replik, wenn wir beim Thema «in den Mund legen» sind. Ich habe nie gesagt, dass die Stadt zu wenig tätig gewesen wäre. Sondern meine Aussage war: Die Streichung vom Försterhaus basiert auf einer Studie, die aus unserer Sicht nicht besteht. Das war meine Aussage.

Noch zum Thema, man müsste im Kantonsrat den Vorstoss machen: Nein. Der Stadtrat hat diese Streichung beantragt und deshalb müssen wir im Gemeinderat beantragen, dass man diese Haltestelle nicht streicht.

Noch zur Überwerfung: Man hat sie jetzt ja verschoben. Ja, das ist richtig, das ist so. Das weiss auch ich. Nur: Die Überwerfung kommt immer noch zu spät herunter, als dass man eine vernünftige Haltestelle Försterhaus machen könnte. Von daher gesehen ist die Verschiebung irrelevant. Jetzt ist halt einfach die Landschaft verschandelt und nicht mehr zwei Quartiere. Jetzt ist es halt nur noch ein Quartier.

Dann noch zu Andreas Geering mit den Reisezeiten: Wenn von 900 Zügen 12 Züge dort halten – ich denke, das müsste verträglich sein. Da werden uns die St. Galler nicht gleich den Kopf umdrehen. Und das Zweite, das noch gekommen ist, bezüglich der Opposition aus dem Quartier: Wir haben bereits von Seiten der Verbände die Meldungen aus dem Quartier erhalten, und zwar von Genossenschaften. Es hat zahlreiche Genossenschaften dort in diesem

Quartier. Die haben uns ein sehr positives Feedback gegeben. Und zwar hätten sie lieber einen Bahnhof vor dem Haus als eine Überwerfung vor dem Haus.

**Stadträtin Ch. Meier:** Vielen Dank einmal mehr heute Abend. Der Stadtrat verschliesst sich der Diskussion nicht. Wie es aussieht, wird das Postulat ja mit einer grossen Mehrheit heute Abend überwiesen werden. Und es ist selbstverständlich, dass wir diesen Auftrag auch entgegennehmen. Wir sind auch daran, uns mit den Initianten zu organisieren, damit wir wirklich einem fundierten Austausch über die vielen Ideen, die im Raum sind, stellen können. Letztendlich: Was gebaut wird, das wird nicht die Stadt Winterthur entscheiden. Das haben wir heute Abend mehrmals gehört, sondern die SBB baut den Brüttener Tunnel. Und die SBB wird sich dann auch für eine Variante mit oder ohne Überwerfung entscheiden. Das kann ich im Moment noch nicht beurteilen, was dann möglich und machbar und sinnvoll ist. Das wird dann die SBB entscheiden.

Aber wir vom SR werden uns der Diskussion sehr gerne stellen. Aber, wie das Andreas Geering auch von uns erwartet, mit einem offenen Mindset. Ob dann wirklich ein Brüttener Tunnel ohne Gleisüberwerfung (sofern das möglich ist), die ideale Lösung ist, das können wir jetzt noch nicht sagen.

Wir haben es gehört: Töss ist ein wesentliches Entwicklungsgebiet. Töss ist im Moment nicht genügend erschlossen. Insbesondere auch für die Bevölkerung aus dem Dättnau und der Steig ist die Erschliessung ungenügend. Aber ob für genau diese Bevölkerungsgruppe dann wirklich das Försterhaus die richtige Lösung ist, das können wir heute noch nicht sagen. Deshalb wie gesagt: Wir stellen uns der Diskussion sehr gerne, mit einem offenen Mindset. Aber der Entscheid ist dann am Schluss nicht bei uns.

**Ratspräsident D. Oswald:** Es liegt ein Ablehnungsantrag vor, deshalb stimmen wir ab. Wer das Postulat an den Stadtrat überweisen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen. Wer das Postulat nicht überweisen möchte, soll das auch mit Aufstehen bezeugen. Ihr habt dieses Postulat somit mit eindeutiger Mehrheit überwiesen.

## 8. Traktandum

### **GGR-Nr. 2020.74: Begründung des Postulats I. Kuster (CVP), R. Keller (SP), A. Rellstab (FDP) und A. Steiner (GLP) betr. Wochenmärkte – Coronavorteile übernehmen**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Begründung des Postulats betreffend Wochenmärkte – Coronavorteile übernehmen. Das Wort hat Iris Kuster (CVP).

**I. Kuster (CVP/EDU):** Corona hat für uns alle viele Veränderungen gebracht. Auch für den Wochen- bzw. Gemüsemarkt in Winterthur (im Folgenden meine ich mit «Wochenmarkt» den Gemüse- und Blumenmarkt vom Dienstag- und Freitagmorgen). Wie habe ich mich gefreut, als der Wochenmarkt nach dem Lockdown wieder aufging und ich die verschiedenen Stände besuchen konnte, um frisches, lokales Gemüse und Blumen zu kaufen – und ich war sicher nicht die Einzige.

Um das Social Distancing zu wahren, sind die Marktstände entsprechend weit auseinander platziert worden und der Neumarkt und der Kirchenplatz sind dazugenommen worden; vor dem Stand ist jetzt klar, wo man anstehen muss und wer an der Reihe ist. Ein Vordrängeln wird schwierig. Und auch der Abbau des Marktes läuft viel ruhiger ab – und wer noch im letzten Moment einkauft, dem wird nicht mehr mit dem Auto fast über die Füsse gefahren oder er wird nicht zwischen Stand und Auto fast eingequetscht. Und auch das anschliessende Kaffee, wenn es eines gibt, ist gemütlicher - wird es doch von weniger Abbau und dessen Lärm und weniger Verkehr betroffen.



Alles in allem, der Marktbesuch ist viel entspannter geworden. Klar sind die Wege etwas länger, und klar brauchte es mehr Zeit - auch bis man «seinen Lieblingsstand» gefunden hat. Und während den Sommerferien fehlten viele Stände, so dass die Wege noch länger erschienen und das Marktgefühl war nicht ganz ideal. Zum Glück sind jetzt wieder alle Marktbetreibenden zurück und es ist wieder lebendig.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion (und auch alle Miteinreichenden) wünschen uns vom Stadtrat, dass er eine Auslegeordnung macht; er soll sich Gedanken machen, was die Vor- und Nachteile des jetzigen Regimes sind, was soll und was kann beibehalten werden – hier wünschen wir uns v.a. eine Vergrößerung des Marktes. V.a. das Markttreiben um den Kirchplatz finden wir eine Bereicherung der Innenstadt und eine Belebung dieser Geschäfte. Wieso könnte man z.B. nicht den Kirchplatz allen Blumen anbietenden zur Verfügung stellen?

Der Stadtrat soll aber auch darlegen, was sich nicht bewährt hat und was nicht geht. Oft höre ich: Wieso wird der Markt nicht immer, wie während den Musikfestwochen, am Neumarkt abgehalten? Andere sagen, das ginge verkehrstechnisch nicht. Wenn dieser Vorstoss behandelt ist, wissen wir, was geht und was nicht geht und wieso es nicht geht. Und sicher kann man nach Corona, wenn das Abstand halten vorbei ist (von dem wir nicht wissen, wie lange das geht) die Abstände zwischen den Marktständen wieder etwas verkleinern – aber so gedrängt wie vorher muss es sicher nicht mehr sein.

Der Stadtrat soll uns ein neues Marktkonzept und Marktregime vorstellen – und dieses natürlich unter Einbezug von allen Beteiligten, d.h. mit den Marktfahrenden, den Geschäftsbetreibenden, die betroffen sind, auch den Restaurants, die dort sind, mit den Anwohnern – aber auch mit den Marktbesuchenden.

Die CVP/EDU-Fraktion kann sich gut vorstellen, dass Corona zumindest betreffend zukünftigen Gemüsemarkt auch einen positiven Effekt hat.

Wir freuen uns, wenn Ihr das Postulat überweist und so den Marktbesuch – auch für die vielen auswärtigen Besucher – noch attraktiver macht.

**Ratspräsident D. Oswald:** Es liegt ein Ablehnungsantrag der SVP vor, das Wort hat Thomas Wolf.

**Th. Wolf (SVP):** Obwohl ich diesen Vorstoss mitunterzeichnet habe, stelle ich jetzt den Ablehnungsantrag. Die Vorteile für den Markt sind bei der Umsetzung in der Praxis Nachteile. Problematisch ist, dass während dem Marktbetrieb am Dienstag- und Freitagmorgen Anlieferungen für das Gewerbe in diesem Gebiet nicht möglich sind. Langjährige Lieferanten, die ihre Kunden belieferten, bekamen plötzlich eine Busse – weil sie ihren Job gemacht haben. Und ich bin der Meinung, das lokale Gewerbe darf nicht benachteiligt werden zugunsten der Marktfahrer. Und ich hoffe in dem Sinne auf Eure Unterstützung.

**R. Keller (SP):** Die Argumente hat Iris eigentlich bereits gut aufgeführt. Wir schlagen vor, einmal zu prüfen, ob der Markt nicht vielleicht ein bisschen anders organisiert werden könnte. Ich habe ziemlich ähnliche Erfahrungen gemacht wie sie: Es ist viel entspannter, viel offener, viel luftiger. Und ich habe auch mit einigen Marktfahrern gesprochen, die sagten, man könnte dem einzelnen Stand ja auch ein bisschen mehr Platz geben, damit man die Sachen nicht so aufeinanderstapeln muss.

Und diesen Ablehnungsantrag kann ich gar nicht nachvollziehen. Wir haben gesagt, man solle Überlegungen machen, wie man den Markt anders organisieren könnte. Und zu diesen Überlegungen gehört selbstverständlich auch, wie das Gewerbe am Neumarkt etc. am Morgen beliefert werden kann. Thomas hat da jetzt Dinge vorweggenommen, die noch gar nicht Thema sind. Selbstverständlich wird das miteinbezogen und ich würde mich freuen, wenn Sie unseren Vorstoss mitüberweisen und wir einmal schauen könnten, wie wir in der Altstadt eine ein bisschen andere Art von Markt organisieren könnten.

**A. Rellstab (FDP):** Das meiste wurde schon gesagt. Für die FDP-Fraktion ist es ein grosses Anliegen, dass man das zwar prüfen soll, aber dass auf die Gewerbetreibenden Rücksicht genommen wird, insbesondere bezüglich der Zulieferung.

**A. Steiner (GLP):** Auch ich habe nicht viel hinzuzufügen. Aus unserer Sicht – wir haben das allerdings kontrovers diskutiert in der GLP – finden wir mehrheitlich, dass es eine gute Gelegenheit ist, um das Marktsystem zu überdenken. Ich persönlich finde es ebenfalls schön und gut, wenn man etwas mehr Platz hat. Gleichzeitig muss es aber auch den Marktfahrern wohl sein und sie dürfen nicht zu abgelegen sein, so dass sie keinen Umsatz mehr machen können.

Aus unserer Sicht müssen ganz allgemein diese Märkte, der Frischmarkt in Winterthur gestärkt werden. Die Bedeutung vom lokalen Verpflegen und vom Kaufen von lokalen Produkten wird wachsen. Auch im Zeitalter vom Klimanotstand ist lokales Verpflegen wichtig und entsprechend wünscht sich auch die GLP-Fraktion eine Stärkung dieser Märkte, insbesondere auch vom Samstagmarkt am Obertor. Auch dort müsste man sich eine grosszügigere Version und allenfalls auch eine ganzjährige Version überlegen.

**B. Huizinga (EVP):** Auf den ersten Blick scheint das Postulat eine spannende Idee zur Attraktivitätssteigerung des Wochenmarktes zu sein. Durch genauere Begutachtung vor Ort und durch Gespräche mit den Betreibern der Marktstände kommt die EVP jedoch zu einem anderen Schluss: Zum einen sehen wir diejenigen Verkäufer, die ihre Waren künftig auf dem Kirchplatz verkaufen, klar im Standortnachteil. Sie haben nicht die gleiche Laufkundschaft wie auf der Steinberggasse. Das schafft ein Ungleichgewicht, das wir nicht unterstützen. Zum anderen hat eine Ausdehnung vom Wochenmarkt zur Folge, dass die Verkaufswaren über das von uns gewünschte lokale, saisonale und möglichst biologische Angebot hinausgeht. Schon jetzt ist diese Tendenz sichtbar. Es sind z.B. afrikanische Kartoffeln oder andere importierte Früchte und Gemüse verkauft worden. Das wollen wir als EVP auf keinen Fall fördern.

Ein Wochenmarkt soll das Gefäss sein, wo Produzenten aus der Region ihre Ware direkt an die Kundschaft verkaufen können. Dazu gehört optimalerweise auch die richtige Stimmung. Und die sehen wir nicht, wie die Initiantinnen fordern, in einem ruhigen Einkaufen. Nein! Auf einem Markt darf und soll es wuseln, dort darf man anstehen müssen, plaudern können und in den Kontakt mit Menschen kommen.

Daher hoffen wir, dass diese Corona-Massnahmen mit der grösseren Distanz spätestens im nächsten Frühjahr nicht mehr notwendig sein werden. Die EVP stimmt der Überweisung dieses Postulats nicht zu.

**K. Frei (Grüne/AL):** Wir von der Fraktion Grüne/AL haben das auch ein bisschen kontrovers diskutiert. Das einzige, was jetzt noch nicht gesagt wurde, ist die Frage, ob der Kirchplatz der richtige Ort ist, um diesen Markt auszudehnen. Wir finden, dass der Kirchplatz doch eine Art Oase der Ruhe ist, mit einer schönen, qualitativen Erscheinung. Wenn man die neuen Standorte darlegt, müssen diese wirklich gut evaluiert werden, bevor man sie nachher festlegt. Aber wir überweisen das Postulat.

**Stadträtin B. Günthard:** Besten Dank für das Postulat und die Aussagen, die Sie diesbezüglich schon reflektierend gemacht haben. Sie haben im Grunde genommen schon alles gesagt. Die ganze Frage wird nicht nur in einigen Fraktionen kontrovers diskutiert, sondern wirklich auch draussen, bei den Kundinnen und Kunden, bei den Marktfahrerinnen und Marktfahrern. Es geht vom Bedürfnis, ruhig und mit viel Platz einkaufen zu können auf der einen Seite bis zu Aussagen, es solle nicht allzu weit und ruhig sein, es solle «wuseln». Sie haben sicher auch die Leserbriefe verfolgt zu diesem Thema, die sehr unterschiedlich waren. Die einen fanden, auf keinen Fall grösser, man müsse zu weit gehen; andere fanden, es sei jetzt eigentlich ziemlich schön. Der Stadtrat hat auch schon Briefe erhalten von Marktfahrerinnen und Marktfahrern, die sich eher skeptisch geäussert haben zur neuen Anordnung der Stände und sich die alten Standorte wieder wünschen. Es geht dabei tatsächlich darum, dass die verschiedenen Standplätze halt verschieden gut zugänglich sind, verschieden gute Umsatzmöglichkeiten bieten und dass man z.B. in der Steinberggasse viel besser verdient, als wenn man auf einem Platz angeordnet ist.

Aber grundsätzlich kann man das sicher prüfen, Sie haben es ja auch als Postulat formuliert. Man wird alle einbeziehen, die Vor- und Nachteile abwägen und Ihnen dann die Resultate dieser Überprüfung präsentieren.

**Ratspräsident D. Oswald:** Es liegt ein Ablehnungsantrag vor, deshalb stimmen wir ab. Wer das Postulat überweisen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen. Wer die Überweisung ablehnt, soll das ebenfalls mit Aufstehen bezeugen. Das erste Mehr ist das grössere Mehr, Sie haben das Postulat an den Stadtrat überwiesen.

## 9. Traktandum

**GGR-Nr. 2020.82: Begründung der Motion B. Huizinga (EVP), M. Zehnder (GLP), B. Zäch (SP) und R. Diener (Grüne/AL) betr. Einsatz des Eigenkapitals aus «Betrieb Parkhäuser und Parkplätze» für klimapolitische Ziele**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Das Traktandum wird wie angekündigt auf Wunsch der Einreichenden abgesetzt.

## 10. Traktandum

**GGR-Nr. 2020.80: Begründung des Postulats A. Zuraikat (CVP) und S. Kocher (GLP) betr. Family Card - Vergünstigung für Kultur und Sport für Familien**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Begründung des Postulats betreffend Family Card - Vergünstigung für Kultur und Sport für Familien. Das Wort hat André Zuraikat (CVP).

**A. Zuraikat (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion möchte das Postulat zur Family Card einreichen. Wieso soll es in unserer Zeit nicht möglich sein, eine generelle Rabattkarte – wir nennen sie Family Card – für in Winterthur wohnhafte Familien einzuführen, damit sie gemeinsam kulturelle und sportliche Institutionen zu vergünstigten Konditionen besuchen können? Es gibt zwar den Sportpass in unserer Stadt, was sehr loblich ist. Er war bei seiner Einführung vor 25 Jahren eine Pionierleistung. Und es gibt auch andere Vergünstigungen wie z.B. die Caritas-Card, die beantragt werden kann, um vergünstigt in Museen Eintritt zu bekommen.

Doch koordiniert ist das Ganze nicht und die Stadt ruht sich auf Errungenem aus, das schon einige Jahre her ist. Der Sportpass erlaubt zwar vergünstigte Familieneintritte in Schwimmbäder, vielmehr ist es aber nicht. Museen, von denen es in unserer Stadt schon einige gibt, sind davon ausgenommen. Und so fragt man sich, wieso es, wie in anderen Lebensbereichen auch, nicht möglich sein sollte, eine pauschale Rabattkarte für Familien einzuführen? Der Stadtrat sagt dazu Nein, wie er in seiner Antwort auf unsere schriftliche Anfrage formuliert hat. Ich zitiere: „Der Stadtrat erachtet die Einführung einer Family Card nicht als sinnvoll.“ Ausserdem erachtet er das Bestreben nach einer Harmonisierung als sehr schwierig, da es nicht einfach sei zu erkennen, welche Trägerschaften hinter den Kultur- und Sportinstitutionen stehen.

Wir sind aber der Meinung, der Stadtrat solle diese Gelegenheit nutzen, eine Vereinheitlichung der Rabattlandschaft anzustreben und Synergien zwischen den jeweiligen Departementen, Kultur- und Sporteinrichtungen herzustellen. Dabei gäbe es für die Anbieterseite doch klare Vorteile: Abgesehen davon, mit mehr Kundschaft mehr Gewinn generieren zu kön-

nen, würde auch die Möglichkeit bestehen, neue Kunden zu gewinnen und bestehende Kundenbindungen zu verstärken. Mit einer Familienrabattkarte, also mit der Family Card, wird sowohl für die Anbieter wie auch für die Kundschaft klar, welcher Rabatt gewährt wird.

Dabei soll nicht nur auf ein Angebot fokussiert werden, sondern auch auf die verschiedenen Altersgruppen. Es soll wirklich eine Einheit definiert werden. Ein Grossmami oder ein Grosspapi in Begleitung der Enkelin oder des Enkels soll genauso profitieren können wie das Mami oder der Papi mit ihren Kindern.

Eine Family Card, wie sie uns da vorschwebt, sollte für alle Familienkonstellationen gültig sein.

Während der Zeit der Covid-19-Einschränkungen haben wir gelernt, wie wichtig es ist, Zeit mit unseren Liebsten zu verbringen und etwas Gemeinsames zu unternehmen. Verbundenheit, Familie, gemeinsam etwas unternehmen – das sind die Treiber für Gemeinschaft in Zukunft.

Der Stadtrat darf sich gerade jetzt nicht zurücklehnen und sich untätig zeigen. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, indem wir dieses Postulat einreichen.

Wir hoffen, auf weitere Unterstützung von anderen Parteien zählen zu können.

**Ratspräsident D. Oswald:** Auch zu diesem Postulat gibt es einen Ablehnungsantrag. Dieser ist von der SP, das Wort hat Gabi Stritt.

**G. Stritt (SP):** Wir stellen den Ablehnungsantrag. Wir erachten die Family Card als nicht notwendig. Wie in der Beantwortung der schriftlichen Anfrage 2019.117 vom Stadtrat ausgeführt wurde, bestehen im Bereich vom Sport und bei den Museen bereits Ermässigungen für Familien. Insbesondere der Sportpass ist ein sehr attraktives Angebot. Auch bei den Museen profitieren sowohl Kinder wie auch AHV-Rentnerinnen und -Rentner von Ermässigungen. Und auch andere Institutionen gewähren für Kinder und Jugendliche grössere und auch kleinere Rabatte.

Der Stadtrat hat auch plausibel dargelegt, dass längst nicht alle Einrichtungen in städtischer Hand sind und deshalb eine Harmonisierung einer Family Card gar nicht möglich ist.

Grundsätzlich ist es ja auch so, dass längst nicht alle Familien auf finanzielle Vergünstigungen angewiesen sind. Weiterführende Rabatte sollen Familien und Personen erhalten, die sich aufgrund bescheidener Einkommen diese Angebote nicht leisten können. Deshalb gibt es auch die Kulturlegi der Caritas, die Menschen mit bescheidenem Einkommen in der ganzen Schweiz beantragen können. Für Familien heisst das ein steuerbares Einkommen von maximal 50'000 Fr. Mit diesem Ausweis haben die Berechtigten Zugang zu einer grossen Palette von Angeboten zu reduzierten Konditionen in den Bereichen Sport, Kultur und Bildung. Und das nicht nur in Winterthur, sondern in der ganzen Schweiz und bei allen angeschlossenen Organisationen. Da gehören z.B. Vergünstigungen im Theater, Eintritte an Sportveranstaltungen, Zeitungsabonnemente etc. dazu. Das sind auch die Leute, die wirklich auch spezielle Vergünstigungen brauchen.

Aus Sicht der SP braucht es diese Family Card nicht und wir lehnen das Postulat ab.

**S. Kocher (GLP):** Die Stadt Winterthur hat ein hervorragendes Sport- und Kulturangebot. Darauf sind wir stolz – zu Recht – und nennen es auch in diesem Rat bei jeder Gelegenheit. Lokal wie auch über die Stadtgrenzen hinaus leuchten unsere Institutionen, Museen und Projekte, wie z.B. die geplante Nexpo, und werden zu Recht grosszügig gefördert. Doch niederschwelliger Zugang zu all diesen Angeboten, gerade für Familien, wäre sehr wünschenswert. Jede einzelne Institution, unabhängig ob städtisch, teilfinanziert oder anders finanziert, regelt seine Preis- und Rabattpolitik selbständig. Das verkompliziert es für die Besucherinnen und Besucher, den Überblick zu bewahren und bewirkt keine Niederschwelligkeit. Insbesondere bei den von der Stadt geförderten oder subventionierten Angeboten. Und das insbesondere für die Familien. Aber diese sind oft auf solche finanziellen Angebote und Unterstützung angewiesen.

Winterthur wäre kein Einzelfall mit dem Unterstützen von Familien zur Nutzung von Sport und Kultur. An vielen Orten, wo man für Jung und Alt, egal in welchen familiären Konstellationen,

niederschweligen Zugang gewährleistet, wird es genutzt. In Winterthur z.B. bis hinunter zu einzelnen Museen.

Jetzt in Winterthur über eine Family Card eine Plattform zu schaffen, die es Familien, und zwar unabhängig von der einzelnen Familienkonstellation, ermöglicht, einfach und niederschwellig die Winterthurer Angebote für Sport und Kultur zu vereinfachen und transparent nutzbar zu machen, heisst, lokale Familienpolitik zu betreiben. Wer sich dem verschliesst, verschliesst sich der Anliegen von Familien, insbesondere denen mit kleinem Budget. Ziel von uns Politikern muss es sein, das Sport- und Kulturangebot und diese Vielfalt nachhaltig und generationsübergreifend für alle zugänglich zu machen. Die Jungen von heute sind am Schluss auch die Eltern von morgen.

Ich bitte alle im Rat, sich für diesen Schritt einzusetzen, allen Familien einfachen Zugang zu Kultur und Sport, in seiner ganzen Vielfalt, transparent zugänglich zu machen und dieses Postulat zu überweisen.

**G. Gisler (SVP):** Auch die SVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag resp. wir unterstützen den Ablehnungsantrag der SP. Auch wenn die Idee einer einheitlichen Family Card durchaus sympathisch ist, überwiegen unseres Erachtens die Nachteile:

1) Es sind bereits zahlreiche Vergünstigungen auf dem Markt, einerseits im Kulturbereich mit Gratiseintritten für jüngere Kinder und Vergünstigungen für Senioren und Seniorinnen zudem besteht die Möglichkeit eines Museumspasses; im Sportbereich sind ebenfalls Tarife je nach Alter der Sporttreibenden verschieden, zudem gibt es seit 1994 auch den Sportpass. Konsequenterweise müssten dann die bisherigen Vergünstigungen abgeschafft werden.

2) Als 2. Punkt dagegen sprechen die verschiedenen Philosophien, Anbieter resp. Trägerschaften und Umsetzungen, welche in Kultur oder Sportbereich gelebt werden.

3) Und als 3. Punkt ergibt unseres Erachtens. eine solche Family Card verwaltungsintern einen grossen zusätzlichen Umtrieb betreffend z.B. Absprachen und Abrechnungen; gerade das wollen wir nicht. Es sind nicht Synergien, die da zum Tragen kommen, sondern es resultiert ein Mehraufwand.

**Ch. Maier (FDP):** Wir von der FDP-Fraktion finden es wichtig, dass die Winterthurer Familien das reichhaltige Sport- und Kulturangebot maximal nutzen, das unsere Stadt bietet. Wir sind aber der Meinung, dass es in Anbetracht der begrenzten Ressourcen sinnvoller ist, unsere aktuellen Lösungen und Angebote (wie z.B. der Sportpass) besser zu kommunizieren und weiterzuentwickeln, statt hier mit einer zusätzlichen Karte eine weitere Baustelle zu eröffnen. Wenn sich private Anbieter betreffend Rabatt und Kundenkarte zusammenschliessen möchten, dann sollen sie das machen. Einen Eingriff durch die Stadt sehen wir da nicht als notwendig. Wir unterstützen dieses Postulat nicht.

**K. Gander (Grüne/AL):** Die Fraktion Grüne/AL unterstützt das vorliegende Postulat auch nicht. Es ging ja bereits eine beantwortete schriftliche Anfrage voraus und die Antworten dünkten uns plausibel.

Gerne möchte ich trotzdem kurz begründen, was uns zu diesem Schritt bewogen hat, denn im ersten Moment tönt ja alles noch recht und gut und wer freut sich schon nicht über Vergünstigungen? Ich habe ja selbst drei Kinder und da kommt etliches zusammen, aber glücklicherweise profitieren Familien, das wurde bereits ausgeführt, von verschiedenen Vergünstigungen: Bei der SBB, Sportpass, Familienkarte für den Zoo, Familientickets für das Salzhaus – und ganz viele kulturelle Institutionen sind ja für Kinder sowieso gratis.

Aber das Hauptargument ist eigentlich etwas ganz anderes: Bei weitem nicht alle Familien sind auf Vergünstigungen angewiesen. Ist da nicht die Kulturlegi, auch das wurde gesagt, das viel direktere und auch das zielführendere Angebot? Und letztendlich auch fairer, denn da können nämlich genau diejenigen profitieren, die auch über ein kleines Budget verfügen. Zudem, um noch ein weiteres Argument anzuführen, sind ja die Trägerschaften sehr unterschiedlich und bei weitem nicht alle städtisch, so dass in diesem Kontext auch keine Hoheit zur Preisgestaltung gegeben ist.

Deshalb folgen wir dem Ablehnungsantrag der SP.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Ich möchte doch noch ein Argument nachschieben, das bisher noch nicht klar und deutlich gesagt wurde. Mir scheint, diejenigen, die den Vorstoss eingereicht haben, sind v.a. Sportfans. Und sie sehen die Lage, wie es wirklich ist bei der Kultur, nicht.

Wenn man auf die Homepage des Kunstmuseums geht, vom Gewerbemuseum, vom Naturmuseum... Es steht überall dasselbe: Kinder bis 16 sind gratis. Und damit ist alles gesagt.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Wir haben seitens des Stadtrates bereits eine Antwort gegeben auf die schriftliche Anfrage, die vorgelegen ist. Wir haben dort unsere Bedenken formuliert. Es gibt sicherlich Argumente dafür und es gibt Argumente dagegen. Wir haben jetzt schon ein Angebot in unserer Stadt und es scheint zwar eine einfache Fragestellung zu sein, aber die Umsetzung erachten wir als sehr komplex. Gerade weil dann auch private Organisationen dabei wären, das ist ja nicht immer einfach.

Auf der anderen Seite muss man sagen: Wir sind eine Familienstadt, wir sind attraktiv für Familien. Und das würde für eine solche Karte sprechen.

Insgesamt kann ich sagen: Füllen Sie einen weisen Entscheid.

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen.

Wer hingegen die Überweisung ablehnen möchte, soll das jetzt mit Aufstehen bezeugen.

Sie haben die Überweisung dieses Postulats eindeutig abgelehnt.

## 11. Traktandum

**GGR-Nr. 2016.121: Antrag und Bericht zum Postulat I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rüttsche (SVP) betr. Beteiligungscontrolling**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Das Traktandum ist wie angekündigt von der Traktandenliste abgesetzt.

## 12. Traktandum

**GGR-Nr. 2018.66: Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP), U. Glättli (GLP), Ch. Griesser (GP/AL), I. Kuster (CVP/EDU) und B. Huizinga (EVP) betr. Transparenz bei der Stimmbeteiligung**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Beantwortung der Interpellation betreffend Transparenz bei der Stimmbeteiligung. Das Wort dazu hat Felix Helg (FDP).

**F. Helg (FDP):** Ich danke namens der FDP-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation und insbesondere auch gleich für die Realisierung der angeregten Idee.

Für einmal hat die Einreichung der Interpellation – auch dank der grossen Unterstützung durch andere Fraktionen – auch tatsächlich etwas bewirkt.

Seit September 2018 lässt sich auf der Internetseite der Stadt die Stimmbeteiligung im Vorfeld vor einem Wahl- oder Abstimmungstermin tagtäglich aufgrund der brieflich eingegangenen Stimmen nachlesen. Das lässt interessante Rückschlüsse auf die Mobilisierung der Stimmberechtigten zu. Weil die Stadt Zürich die Stimmbeteiligung schon seit längerem auch täglich aktualisiert aufschaltet, kann im Vergleich auch festgestellt werden, wo man in Winterthur mit der Stimmbeteiligung jeweils liegt. Die Angaben zur Stimmbeteiligung sind seit de

Beantwortung der Interpellation sogar noch verbessert worden. Ursprünglich war nur die Anzahl der eingegangenen Couverts in Relation zur Anzahl Stimmberechtigten genannt und man musste selbst eine Prozentzahl ausrechnen. Jetzt ist aber auch diese Prozentzahl angegeben, man hat da einen guten Überblick.

Gerade beim letzten Wahl- und Abstimmungstermin (also von gestern) ist allerdings anfänglich die Aufschaltung der Daten vergessen gegangen. Erst eine Intervention des Sprechenden bei der Stadtkanzlei am 6. August 2020 hat bewirkt, dass die Daten fortan wirklich zugänglich waren. Ich hoffe, dass dies eine einmalige Unterlassung war und zukünftig alles wieder automatisch abläuft.

Bei dieser Gelegenheit noch eine Bemerkung: Die Internetseite „Wahlen und Abstimmungen“ ist seit der vor kurzem realisierten Neugestaltung noch nicht vollständig befriedigend. Neu sind zum Beispiel die Abstimmungsergebnisse von früheren Abstimmungen (vor 2016) nicht mehr zugänglich. Zwar können die Abstimmungszeitungen noch abgerufen werden, aber nicht die Ergebnisse von Abstimmungen eben gerade nicht. Ein Zugriff auf Daten zu Abstimmungen ist für die politische Arbeit vielfach wichtig. Was ich nie begreifen werde: Weshalb bietet ein neuer Internet-Auftritt weniger Informationen als ein alter Internet-Auftritt? Ich finde, die Stadt ist da in der Pflicht, aufgrund der Informationspflichten immer auch ein Auge darauf zu werfen, dass Neuerungen im Internet nicht zu einem Informationsverlust führen. Nur so kann der Weg der Digitalisierung erfolgreich sein.

Aber insgesamt nochmals besten Dank für die Realisierung dieses Anliegens.

**U. Glättli (GLP):** Die GLP-Fraktion nimmt die Antwort zu der von ihr miteingereichten Interpellation positiv zur Kenntnis. Die inzwischen vollzogene Praxisänderung ist zu begrüßen. Wir schreiben das durchaus auch dieser Interpellation zu. Wir lernen daraus: Manchmal – wenn auch selten – entfaltet auch eine Interpellation tatsächlich Wirkung. Die Fortschritte des Stadtrats in Sachen Transparenz in den Jahren, seit ich hier im Rat mitwirke, sind an dieser Stelle doch einmal positiv zu würdigen. Wir jedenfalls bleiben dran.

Das seit Herbst 2018 unterhaltene Tool scheint noch verbesserungswürdig. Wünschenswert wäre eine grafische Untermalung der laufenden Zahlen, Vergleichsgrafiken mit vergangenen Wahlgängen oder mit der Wahlbeteiligung der Stadt Zürich wären interessant. Ob es dann das alles braucht oder nicht, das überlasse ich gerne dem Stadtrat und der Verwaltung. Aber als Anregung soll das gesagt sein. Nutzen wir doch die Chance der smarten Möglichkeiten, lieber Stadtrat, bevor der nächste Vorstoss eingereicht wird.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Vielen Dank an Felix Helg für den Vorstoss und auch besten Dank an den Stadtrat bzw. an die Verwaltung für die Umsetzung. Damit ist glaube ich alles gesagt zu diesem Thema.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Es freut uns, dass das Anliegen bereits umgesetzt ist, von daher sind wir zufrieden mit der Antwort des Stadtrats. Persönlich kämpfe ich noch damit, es zu finden, ich habe das Gefühl, es könnte einfacher zu finden sein, die Seite und die Angaben. Und wenn nur alle unsere Anliegen so schnell erfüllt würden! Danke.

**B. Huizinga (EVP):** Die EVP nimmt die Antwort des Stadtrats zur Interpellation positiv zur Kenntnis. Es ist uns ein Anliegen, dass erfasste öffentliche Zahlen zu den Abstimmungen für jedermann leicht zugänglich sind. Geforderte Daten sind u.a. ein Gradmesser, wie sich die Stimmbeteiligung verhält, und haben dadurch eine gewisse Aussagekraft. Wir begrüßen es, dass das im städtischen Tool implementiert wurde und sind absolut zufrieden, auch wie schnell das behandelt wurde. Merci.

**M. Sorgo (SP):** Auch ich mache es kurz: Im Namen der SP-Fraktion möchten wir uns auch beim Stadtrat bedanken für das Aufschalten dieser Zahlen und für den Service, der da geliefert wird. Auch wenn es noch ein bisschen verbessert werden könnte, wie das Felix Helg auch schon angemerkt hat. Wir haben damals die Interpellation nicht unterstützt, weil wir davon ausgingen, dass man diese Frage sogar noch einfacher hätte klären können als mit einer

Interpellation. Aber der Stadtrat hat sehr schnell geliefert und von daher vielen Dank von unserer Seite.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich würde mir viel mehr Geschäfte wünschen mit solchen Rückmeldungen. Herzlichen Dank. Der Stadtrat hat gezeigt, dass er durchaus offen ist für gute und neue Ideen – und er kann also auch schnell sein bei der Umsetzung von solchen Ideen. Ich möchte mich auch bei Felix herzlich bedanken für seinen Input, auch den neuerlichen wegen dem Archiv. Ich nehme das gerne mit, dass man das noch prüft, damit man die weiter abrufen kann. Ich danke auch Urs für seinen Input wegen der grafischen Untermalung. Dort brauchen wir dann einfach bei der Budgetdebatte die nötigen Ressourcen, die solche Spiele-reien machen. Iris kann ich zum Trost sagen, dass ich gestern auch auf dieser Seite war und die Informationen auch nicht gefunden habe. Der Hintergrund war aber, dass es noch gar nicht aufgeschaltet war. Besten Dank.

**Ratspräsident D. Oswald:** Damit ist dieses Geschäft erledigt.

### 13. Traktandum

#### **GGR-Nr. 2018.57: Beantwortung der Interpellation S. Müller (EVP), R. Diener (Grüne) und Z. Dähler (EDU) betr. Bedürfnisse Quartier Gutschick**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Beantwortung der Interpellation betreffend Bedürfnisse Gutschick-Quartier. Das hat Sämi Müller von der EVP eingereicht, ich übergebe das Wort Daniela Roth-Nater.

**D. Roth-Nater (EVP):** Ich möchte mich bedanken für die Beantwortung der Interpellation betreffend Bedürfnisse Quartier Gutschick. Meines Erachtens zeigen die Antworten nachvollziehbar auf, mit was für Herausforderungen wir es im Gutschick zu tun haben. Es ist mir wichtig zu betonen, dass es mir nicht um WIN4 geht. Die Wirkung des Sportparks ist weit über die Stadtgrenzen hinaus unbestritten und das Management von WIN4 ist hilfsbereit und offen für unkonventionelle Lösungen, wenn Fragen auftauchen.

Die Bauerei hat einfach ein Problem verschärft, nämlich den Platzmangel. Zwar existiert ein Masterplan Deutweg und es sind auch bereits Gelder dafür parkiert, aber für die nächsten 5-6 Jahre wird nicht merklich etwas davon spürbar sein. Stattdessen lesen wir Sätze wie man werde «im Namen der Möglichkeiten vertretbare Zwischenlösungen suchen» oder man müsse «die Zeit der Transformation des Areals halt bestmöglich überbrücken». Anders ausgedrückt heisst das: Bis sich in Bezug auf den Platzmangel etwas tut, werden die Kinder, die diesen Sommer im Gutschick eingeschult wurden, sich bereits mit der Lehrstellensuche beschäftigen. Das sind ja schöne Aussichten.

Zur Antwort 1: Wer jetzt glaubt, ich dramatisiere das Ganze, es hätte ja Schaukeln, Sandkasten und einen Spielstreifen – diese Personen dürfen gerne einmal an einem Freitagabend die Freizeitanlage Gutschick besuchen. Die albanische Tanzgruppe hat den grossen Saal reserviert, rund 80 Personen verbringen ihre Freizeit auf dem Gelände. Parallel hat der Treff Gutschick offen, wo sich ca. 100 Kinder und Jugendliche auf dem Gelände aufhalten und ihre Freizeit geniessen. Nutzungskonflikte sind logischerweise der Normalfall.

Wie sehen denn die Übergangslösungen für die Umnutzung der Anlage aus? Ein weiterer Spieler in der Anlagennutzung ist die Betreuung Gutschick, weil ihre Räume saniert werden. Da werden nochmals 80 Kinder von Montag bis Freitag das Areal nutzen. Ich glaube, Ihr seht alle, dass da etwas nicht aufgeht. Ich verstehe etwas Anderes unter «bestmögliche Zwischenlösung».



Dann sind ja noch zwei Container in der Antwort 4 erwähnt. Aber diese Container schlucken diese Mehrbelastung nicht. Was es brauchen würde, wäre eine Entflechtung von Doppel- und Dreifachnutzung in der Freizeitanlage.

Natürlich haben wir kein Geld für einen grosszügigen Neubau. Ein Splitting der verschiedenen Bedürfnisse auf zwei Standorte verteilt wäre zwar super, und am Rand des Grüzefelds theoretisch auch realisierbar. Aber es fehlt am Realisierungswillen. Ich hoffe darauf, dass der Stadtrat die erarbeiteten Ergebnisse der Arbeit auf der sozialen Stadtentwicklung kennt und nicht mehrere Jahre zuwartet, bis sich im Gutschick etwas tut.

Zur Antwort 5 drei kurze Anmerkungen:

1. Mittelfristig werden wir nicht darum herumkommen, wie in Töss auch im Gutschick ein Quartierentwicklungsbüro zu haben.
2. Ein mutiges, meiner Ansicht in der Schweiz noch einmaliges Pilotprojekt hat im Sommer 2019 gestartet, in Zusammenarbeit von Stadt, FC Tössfeld und Verein Kinder- und Jugendarbeit Gutschick. An dieser Stelle herzlichen Dank allen Beteiligten, die dieses Geschäft ermöglichen, besonders auch den privaten Geldgebern.
3. Der Plan von der dringend nötigen Erneuerung vom Garderobengebäude vom FC Tössfeld wird hoffentlich bald spruchreif. Ich bitte Euch jetzt schon um breite Unterstützung, wenn das dann bei uns im Saal traktandiert wird.

Zum Abschluss: Wir können es uns trotz grossen und wichtigen Plänen rund um die Entwicklung von Winterthur 2040 nicht leisten, die lokalen Quartiere zu vernachlässigen. Denn je grösser die Stadt wird, desto wichtiger ist es, die Anliegen vor Ort ernst zu nehmen. Schlussendlich wird nur dort Atmosphäre und Wohnqualität geschaffen – oder eben nicht. Und wie wir vor knapp zwei Wochen im Landboten gelesen haben, scheint es mir wichtig, dass die Quartierentwicklung handelt und nicht nur moderiert. Eben das tut, was die Bevölkerung braucht. In diesem Sinne danke ich für die Antwort des Stadtrates und für Eure Aufmerksamkeit.

**R. Diener (Grüne/AL):** Die Grüne/AL-Fraktion nimmt diese Antwort im Grossen und Ganzen positiv zur Kenntnis. Wir müssen sehen – es wurde richtig gesagt von der Vorrednerin – Gutschick bleibt ein Quartier mit sehr grossem Bedarf für spezielle Aufmerksamkeit. Das müssen wir uns immer und immer wieder bewusst sein. Das bestätigt eigentlich auch diese Antwort, direkt und indirekt.

Ein hoher und erst noch sehr durchmischter Ausländeranteil erschwert tatsächlich immer und überall die Kommunikation und den Zusammenhalt. Der Zusammenhalt existiert zwar innerhalb der einzelnen Gruppierungen, die sich aus ganz verschiedensten Ländern treffen an diesem Ort, einigermaßen gut – aber zwischendurch ist es sehr, sehr schwierig. Es ist und bleibt sehr anspruchsvoll und es würde eigentlich schon mehr Unterstützung von der Stadt benötigen dazu, dessen muss man sich schon bewusst sein.

Das Quartierzentrum, diese Freizeitanlage, wird v.a. von Jugendlichen extrem als Treffpunkt benützt. Es ist auch fast die einzige Möglichkeit, die es gibt. Es ist als Ort des Austauschs wahnsinnig wichtig und es ist deshalb auch extrem entscheidend, dass man da einen Fokus darauflegt und überlegt, wie man das besser entwickeln und zum Tragen bringen könnte. Aktuell sind ja Bestrebungen im Gang im Quartier, nach dem Vorbild der Tösslobby zu versuchen, eine verstärkte Zusammenarbeit aufzubauen. Da wirkt eigentlich positiv, dass die Stadt da mitarbeitet. Es ist auch wichtig, dass die Stadt mit den Privaten, mit institutionellen Anliegen und mit allen Playern, die da mitmachen, versucht, einen neuen Prozess in Gang zu setzen, der den Zusammenhalt verstärken könnte.

Der in der Interpellationsantwort erwähnte Runde Tisch für eine Frühförderung, da weiss ich jetzt nicht genau, wo das steht. Ich meine aber grundsätzlich, der Ansatz, dass man v.a. bei den Kindern und Jugendlichen verstärkt Aktivität entfalten muss, ist sicher richtig. Denn es zeigt sich immer und überall wieder, neben schulischen Aktivitäten auch bei ausserschulischen Freizeitangeboten, die die Kinder wahrnehmen in den Quartieren oder in einem grösseren Raum: Die Eltern miteinander zu vernetzen, die Eltern zusammenbringen im Quartier – das spielt eine sehr wichtige Rolle.

In diesem Sinne wünschen wir uns auch, dass das als Anliegen aufgenommen wird und verstärkt versucht wird, Bemühungen wahrzunehmen, um diesem Quartier noch ein bisschen «unter die Arme zu greifen».

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Ich möchte vielleicht vorabschicken, dass wir den Neubau des Garderobengebäudes für den Fussballclub bereits verabschiedet haben vor den Sommerferien.

Darüber sind wir froh.

Der Bau von WIN4 hat die Entwicklung dieses Gebiets angestossen. Es wird noch viel kommen. Wir haben im Rahmen des Garderobengebäudes den Masterplan nochmals vorgestellt bekommen in der BBK – und es geht noch einiges in den nächsten paar Jahren. Das bedingt v.a. eines für uns im Quartier: Dass wir Geduld haben müssen. Denn nach WIN4 wird zwar auch für uns gebaut – dafür sind wir sicher auch dankbar. Ich danke entsprechend allen, die sich da einsetzen und den Mehraufwand erbringen. Das ist sehr wertvoll. Und ich hoffe, dass die Unterstützung, die man im Quartier von der Stadt erhält, mindestens so weitergeführt werden kann in den nächsten paar Jahren.

**M. Zehnder (GLP):** Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Der Stadtrat zeigt auf, wie die Massnahmen aus dem aktuellen Sozialmonitoring darauf abzielen, die Aktivitäten im Quartier zu stärken. Die Zusammenarbeit aller Akteure rund um den Bau von WIN4 sind Thema und sind gerade auch in der Bauphase sehr wichtig, aber sicher dann auch in der Zukunft. Sie werden wichtig bleiben. Schon heute gibt es rund um die neuen Hallen Probleme, die angegangen werden müssen: Die Unzufriedenheit der Nutzer rund um dieses Quartierzentrum wird durch das destruktive Auftreten der Adoleszierenden bemerkbar. Da sind die Anbieter von verschiedensten Programmen für Jugendliche im Quartier gefordert, Angebote zu schaffen, die die Jugendlichen im Quartier abholen und positiv beschäftigen. Wir erkennen aus der Antwort des Stadtrats, dass die Quartierentwicklung und Mojawi sensibilisiert worden sind, und wir sind der Meinung, dass die Zusammenarbeit der verschiedensten Akteure eigentlich gut aufgegleist wurde. Wir nehmen die Antwort des Stadtrats zustimmend zur Kenntnis.

**A. Erismann (SP):** Daniela Roth-Nater hat sehr gut argumentiert und hat sehr umfassend auf die Beantwortung Rückmeldung gegeben. Sie hat alles schon gesagt, was mir wichtig war: Dass man sich gefreut hat, dass mit dem Bau von WIN4 eine Entwicklung angestossen wurde im Quartier. Auch wenn das für die Quartierbewohnenden jetzt im ersten Moment eigentlich eine Einschränkung des Lebensraums bedeutet hat, v.a. für die Jugendlichen in diesem Quartierzentrum. Der Raum rund um das Quartierzentrum wurde eingeschränkt. Es ist sicher so, dass der Treff Gutschick wirklich vor grossen Problemen gestanden ist. Wenn ich da lese, der Quartierverein sei im laufenden Prozess eng von der Quartierentwicklung begleitet worden – das war etwas anders live. Wir fühlten uns häufig überfahren und auch bevormundet von der Stadt.

Ich möchte mich kurzfassen. Es sind Bestrebungen im Gang, dass dieses Quartier vorankommt. Ich möchte der Stadt danken für die Initiative Workshop Gutschick am 23.9.2019. Diesen September gibt es eine Neuauflage. Es werden verschiedene Akteure im Quartier zusammengerufen und verschiedene Arbeitsgruppen haben sich da ein Jahr lang beschäftigt mit Ideen, wie man dieses Quartier weiterbringen könnte. Ich bin auch in einer Arbeitsgruppe engagiert, zusammen mit anderen ehemaligen und aktiven Gemeinderäten. Es geht um die Vernetzung, es geht um Stärkung der Freiwilligenarbeit im Quartier. Ihr werdet bald mehr hören von uns.

Ihr merkt, es ist mir ein grosses Anliegen, dass sich das Quartier gut entwickeln kann und das Engagement unterstützt wird. Und ich möchte den Stadtrat ganz stark bitten, da dranzubleiben und dem Quartier die nötige Unterstützung weiterhin zu bieten, hinzuschauen und wie es Daniela Roth-Nater schon gesagt hat, es wäre sehr schön, wenn von der Quartierentwicklung auch eine Stelle im Gutschick eingerichtet werden könnte.

**G. Gisler (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort.

Die Bautätigkeit um das Quartier Gutschick hat zur Folge, dass die Freiräume und Treffpunkte einem ständigen Wandel unterworfen sind. Das dazu entwickelte Instrument des Masterplans Deutweg soll die Umwandlung in den neuen Sportpark koordinieren. Gemäss Seite 2 der Weisung dauern die Planungen und Umbauten noch rund sechs Jahre. Es handelt sich also um eine räumlich grosse und zeitlich langandauernde Anpassung dieser Infrastrukturen, einerseits an die Bedürfnisse der angrenzenden Quartiere, andererseits für die im Grossraum Deutweg beheimateten Sportgruppen und Sportarten wie Fussball, American Football, Rugby, Leichtathletik usw. Diese Arbeit anerkennen wir.

Noch eine Bemerkung zur Antwort der Frage 5: Daraus leiten wir ab, dass hier insbesondere die Mobile Jugendarbeit (Mojawi) gefordert werden wird und ihre Arbeit wohl v.a. ausserhalb der Bürozeiten vor Ort leisten werden muss. Nur mit der Erstellung von Statistiken ist hier die Arbeit wohl nicht gemacht.

Die SVP nimmt die Antwort alles in allem positiv zur Kenntnis.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich denke, alleine mit dieser Interpellation hat man das Quartier Gutschick einmal ein bisschen ins Rampenlicht gestellt. Ich bin von der Quartierentwicklung, die sich um dieses Quartier kümmert, weil es uns ein wichtiges Anliegen ist, angegangen worden. Weil wir im Rahmen des Scannings der ganzen Stadt mit dem Sozialmonitoring auch gesehen haben, dass ein Handlungsbedarf besteht, hat die Quartierentwicklung ein besonders Auge auf das Gutschick und hat mir das auch gemeldet. Sie hat aufgenommen, dass wir Nutzungskonflikte haben. Nutzungskonflikte – dafür braucht es immer zwei. Deshalb ist es wichtig, dass die Quartierentwicklung dort auch eine Rolle spielen kann, in der sie probiert, die verschiedenen Interessen, die da aufeinanderprallen, auch regeln zu können.

Ich habe mich da selbst eingeschaltet, ich bin zum Teil auch selbst bei diesen Gesprächen dabei, weil es mir auch sehr wichtig ist, dass wir im Gutschick gute Verhältnisse hinbekommen und die Freizeitanlage dort auch wirklich funktioniert.

Die Freizeitanlage musste sich einschränken im Zusammenhang mit dem Bau von WIN4. Ich möchte aber trotzdem sagen: Ich möchte da Bauprojekt WIN4 nicht missen, denn es ist für das Image der Sportstadt Winterthur sehr förderlich, wenn Private Innovation, Kraft und die Investitionen leisten, die ein solches Zentrum braucht. Wir mussten Fläche wegnehmen von dieser Freizeitanlage, aber nicht für immer und ewig, sondern diese Fläche wird nachher – sogar noch grösser – wieder dazugeschlagen. Einfach anders organisiert auf diesem Areal. Ich denke, dass auch die Lösung, dass man auf dem Areal WIN4 eine Durchlässigkeit erreicht hat, dass man da nicht ausgeschlossen wird, sondern dass man das ganze Gelände durchschreiten kann – es ist offen, man kann es nutzen – das ist ein grosser Vorteil.

Der Punkt wegen dem Quartierbüro vor Ort, da möchte ich das Parlament daran erinnern, wie die Geschichte war: Diese Stadt ist im Wachstum, ich teile diese Meinung. Eine immer grösser werdende Stadt muss eine Quartierentwicklung haben, die vor Ort, v.a. dort, wo es Probleme hat, präsent ist. Das hatten wir eigentlich vor, wir hatten diese Absicht, gerade in diesen schwierigen Stadtkreisen vor Ort Leute zu platzieren. Und dieses Parlament hat leider die Ressourcen gestrichen, in einer denkwürdigen Budgetdebatte. Und wir mussten uns anders organisieren. Wir haben das schon geschafft – aber die Idee wäre eigentlich eine andere gewesen.

Zurzeit haben wir eine Baustelle, es wurde gesagt. Ich mahne zur Geduld. Eine Baustelle geht nicht von heute auf morgen. Wir bringen im Gegensatz zu vorher eine viel bessere Durchwegung hin insgesamt, wir haben diesen Masterplan, bei dem der Stadtrat dahintersteht und der, wenn es fertig ist, auch wirklich eine Verbesserung dieser Situation bringen wird.

Ich danke für diese Interpellation und dass man die Anliegen vom Quartier Gutschick ins Rampenlicht gestellt hat. Das ist wichtig. Ich möchte Sie auch auffordern, weiterhin sehr genau darauf zu achten, was im Quartier Gutschick in der nächsten Zeit passiert. Besten Dank.

**Ratspräsident D. Oswald:** Damit ist diese Interpellation erledigt.

## 14. Traktandum

### **GGR-Nr. 2017.28: Antrag und Bericht zum Postulat U. Meier (SP) betr. freier Eintritt in die Museen der Stadt Winterthur an einem Tag pro Monat**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Antrag und Bericht zum Postulat betreffend freier Eintritt in die Museen der Stadt Winterthur an einem Tag pro Monat. Das Wort hat Lea Jacot (SP).

**L. Jacot (SP):** Die SP-Fraktion bedauert natürlich, dass die Postulatsantwort des Stadtrats ein negativer Entscheid ist, dass man nicht monatlich einen eintrittsfreien Tag in den Winterthurer Museen einführen möchte. In der Postulatsantwort ist eigentlich ziemlich gut auf die Problematik eingegangen worden, dass gerade gewisse Kulturangebote (seien das Opern oder auch gewisse Ausstellungen) durchaus Probleme haben, jüngerer Publikum anzuziehen. Dass da eine gewisse Schwellenangst besteht vor diesen Angeboten. Und wir hätten uns gedacht, dass man gerade solche Angebote beim Publikum dadurch ein bisschen beliebter hätte machen können, quasi die Leute ein bisschen „anfixen“, dass sie dann auch weiterhin solche Opern oder Ausstellungen besuchen würden. Man hätte da sicher auch mit entsprechendem Marketing ansetzen können und probieren, neues Publikum zu erschliessen. Wir können die Befürchtungen, dass ein freier Tag pro Monat zu einer Verlagerung der generellen Zutritte führen könnte, die man generieren kann, durchaus verstehen. Es muss aber nicht zwingendermassen so sein. Ich glaube, viele, die gerne in Ausstellungen oder in Opern oder so gehen, schätzen es wohl auch, wenn es nicht proppenvoll ist. D.h. die Stammkunden würden nicht unbedingt an diesen Tagen auch hingehen, sondern dann würden eher Neukunden und neugierige Leute hingehen.

Natürlich ist ein freier Tag pro Monat vielleicht etwas häufig, man hätte vielleicht auch 4 Mal jährlich machen können, aber ich denke, es würde auf jeden Fall eine Chance bieten, neues Publikum zu akquirieren.

Es ist schade. Winterthur hatte zusammen mit der Gründung vom House of Winterthur ja eigentlich die Absicht, dass man Winterthur als Tourismusdestination stärken würde. Und ich denke, das wäre eine ganz gute Gelegenheit gewesen, sich ein bisschen besser darzustellen. Ein eintrittsfreier Museumstag quasi als Standortmarketing, das könnte man einmal ausprobieren. Man könnte natürlich auch andere kreative Ideen haben an diesen Tagen, wo man Marketing für die Stadt Winterthur machen könnte.

Ich habe während dem Studium im Technorama gearbeitet. Dort ist es so, dass jedes Jahr drei andere Kantone gratis Schulklassen eingeladen haben. Und das hat jeweils schon dazu geführt, dass man dann wesentlich mehr Publikum hat aus diesen Kantonen. Dass dann eben auch Kinder mit den Eltern kommen oder dass Schulklassen auch in den Jahren kommen, wenn sie zahlen müssen. Von daher hätten wir gedacht, das wäre vielleicht gar nicht schlecht, um gewisse Ausstellungen auch bekannter zu machen.

Ja, wir hoffen, dass da noch nicht das allerletzte Wort gesprochen wurde mit dieser Postulatsantwort und man da vielleicht doch noch irgendwie eintrittsfreie Tage in den Winterthurer Museen anbieten könnte. Wie gesagt, wir denken, es wäre eigentlich eine gute Idee als Standortmarketing.

**A. Zuraikat (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats wohlwollend zur Kenntnis. Wir begrüssen das Vorgehen seitens des Stadtrats sehr bezüglich dieses Postulats, dass er eine Vernehmlassung mit den Institutionen durchgeführt hat. Eine sehr wichtige Erkenntnis sticht besonders hervor: Wenn man davon ausgeht, dass die Besucherzahl sich erhöhen wird, steigt der Personalaufwand, Schäden und Wartungen nehmen zu. Das zeigen die Erfahrungswerte aufgrund der vergangenen Veranstaltungen, wie es auch dargelegt wurde in der Postulatsantwort. Von den entgangenen Erträgen und damit verbundenen allfälligen Erhöhungsanträgen vom Globalkredit und für Subventionen wollen wir schon

gar nicht sprechen. Ausserdem besteht bereits ein sehr gutes Angebot, und zwar mit der Kulturnacht, die sehr beliebt zu sein scheint bei der Winterthurer Bevölkerung.

Wir stimmen dem Stadtrat zu, dass der Gratistag nicht zielführend ist, und nehmen die Antwort auf das Postulat positiv zur Kenntnis.

**R. Perroulaz (FDP):** Im Gegensatz zum vorherigen Geschäft war diesem ja keine schnelle Bearbeitungsdauer gegönnt. Jedenfalls hat die Idee nach einem monatlichen Gratiseintritt in die städtischen Museen aus Marketingsicht verlockt. Wir haben das damals als FDP-Fraktion komplett mitunterstützt. Winterthur ist eine Kulturstadt und man darf das mit solchen Massnahmen getrost nach aussen zeigen.

Subventionierte Institutionen haben im Grundsatz eine kulturvermittelnde Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung, sonst würden sie ja auch kein Geld erhalten. Das Bewusstsein der eigenen Bevölkerung für die hochstehenden und vielfältigen Kulturangebote unserer Stadt könnten mit einer solchen Eintrittsregelung gestärkt werden und auch die Aussenwirkung unserer Kulturstadt würde sich positiv entwickeln.

Einen niederschweligen Zugang für alle muss das Hauptziel sein. Wie in der Antwort des Stadtrats erwähnt, herrscht vielleicht gerade bei einem jungen Publikum eine gewisse Schwellenangst zum Besuch von Kunstmuseen oder auch klassischen Orchestern. Dabei würde ein Gratiseintritt pro Monat durchaus als Motivationsspritze oder eben als auch Anreiz dienen, aus dem sich dann hoffentlich ein erster, unverbindlicher Eindruck ergibt. In der Hoffnung natürlich, man kehrt dann als zahlendes Publikum zurück. Vor Kultur muss man ja wirklich keine Angst haben.

Andererseits muss berücksichtigt werden, dass eben auch gerade die finanziellen Einbussen beträchtlich sind. Anhand eines kurzen, eines sehr kurzen Rechenbeispiels lässt sich das anhand vom Technorama veranschaulichen. Das Technorama hatte 2019 (ein gutes Besucherrekordjahr) ca. 290'000 Eintritte, das macht 800 pro Tag. Das ergibt einen Schnitt von ca. 10'000 Gratiseintritten pro Jahr (gerechnet mit diesen monatlichen Tagen). Nimmt man 5.4 Mio. Franken als Total Einnahmen aus Eintritten und dividiert das durch die Anzahl Eintritte, so ergibt sich ein Durchschnittseintrittspreis von 18.50 Fr. Und wenn man diesen mit den Gratiseintritten multipliziert, kommt man auf ca. 180'000 Franken, die dem Technorama durch die Lappen gehen würden. Viel Geld also, das dann fehlen würde.

Zu einfach macht man es sich aber, wenn die angefragten Drittinstitutionen ein solches Angebot nur dann in Betracht ziehen würden, wenn seitens der Stadt eine Defizitgarantie gesprochen wird. Aber Winterthur kann sich das momentan schlicht nicht leisten. Zudem verkennen diese Institutionen, dass das ein aktives Mittel zur Besuchersteigerung sein kann. Generell vorschreiben sollten wir das natürlich nicht. Der Entscheid sollte den individuellen Bedürfnissen angepasst sein und folglich aus eigenem Interesse erfolgen.

Hingegen für die von der Stadt betriebenen Museen (Naturmuseum, Münzkabinett, Gewerbe und Uhrenmuseum) würde sich das besser umsetzen lassen. Eine genaue Evaluation der Einnahmeneinbussen müsste aber in Relation zu einem höheren Betriebsaufwand vorgenommen werden. Auch hier: Von höheren Ausgaben muss momentan sicher abgesehen werden. Denkbar wäre aber ein Pilotversuch in einem Betrieb, der auch eine Analyse vom Besucherverhalten zeigen würde. Aber eben, Geld hat man keines.

Unser Kunstmuseum ist nicht der Louvre in Paris und das Naturmuseum auch nicht das naturhistorische Museum Wien, aber insgesamt muss es von unserem Interesse sein, das Angebot unserer Kulturstadt, das wir da jährlich im Budget ziemlich berücksichtigen, gegen aussen mehr zu vermarkten (deshalb gibt es auch das House of Winterthur) und dazu auch solche Massnahmen zu prüfen.

Die FDP nimmt trotz einem leichten Bedauern (sage ich mal) die Antwort soweit zur Kenntnis. Es sind aber keine weiteren Massnahmen angezeigt bei uns.

**K. Gander (Grüne/AL):** Das Postulat ist ja wirklich schon sehr alt. Der darin geäusserte Wunsch stösst aber auch bei der Fraktion Grüne/AL nach wie vor auf Sympathie. Ein freier Eintritt ist ja etwas sehr Demokratisches, sozusagen ein Geschenk an die Gemeinschaft, das sich nicht nur Gönner leisten sollen. Es ist belegt, das wurde auch schon ausgeführt, dass

dank freien Eintritten eine kurz-, aber auch mittelfristige Steigerung der Besucherzahlen durchaus möglich ist. Zudem können freie Eintritte auch Türöffner sein für später zahlende Besuchende – aber auch für Besuchende, die sich einen Eintritt schlicht nicht leisten können. Wir befinden uns also in einem Spannungsfeld zwischen einfacher Zugänglichkeit und sicher, wenn man es kurzfristig anschaut, schwindenden Einnahmen, das nicht ganz einfach aufzulösen ist.

Ich gehe da ein bisschen in die gleiche Richtung wie meine Vorrednerin von der SP. Auch wir von den Grünen/AL möchten den Stadtrat dazu ermuntern, nochmals über die Bücher zu gehen, nochmals nachzudenken. Man könnte z.B. das Fotomuseum als Vorbild nehmen. Dort kostet der Eintritt am Mittwochabend während drei Stunden nichts. Da findet keine Zusatzbesprechung statt wie z.B. an den Museumsnächten, sondern es ist einfach normal offen. Vielleicht wäre das ein erster Schritt. Und mit einer solchen Lösung könnte man vielleicht auch spezifische Erfahrungen in Winterthur selber sammeln und diese auswerten. Je nachdem könnte das zu weiteren Optimierungsmassnahmen führen.

**M. Della Vedova (GLP):** Bereits bei der Überweisung dieses Postulats vor zwei Jahren waren wir Grünliberalen der Meinung, dass der Besuch der Museen grundsätzlich der ganzen Bevölkerung ermöglicht werden sollte. Ein Gratis Eintritt pro Monat kann auch die Leute ansprechen, die wenig museumsaffin sind. Es schafft auch neue Besuchergruppen. Museumseintritte, die gratis sind, machen die Museumslandschaft auch über die Stadtgrenze hinaus attraktiv und sind ein gutes Marketing-Instrument. Ein niederschwelliger Zugang zu kulturellen Institutionen für alle Bevölkerungsschichten wird auch von den angefragten Institutionen begrüsst. Jedoch befürchten diese Institutionen, dass ein monatlicher Gratis Eintritt zu einem ungedeckten Defizit führen könnte, das durch die Stadt Winterthur gedeckt werden müsste. Letzterem widerspricht aber unserer Meinung nach, dass Kulturinstitutionen soweit möglich kostendeckend sein sollten. Deshalb stimmen wir mit der Meinung des Stadtrats überein, dass ein eintrittsfreier Tag pro Monat für sämtliche Museen leider nicht die ideale Lösung ist.

Um dennoch niederschwellig alle Bevölkerungsschichten zu erreichen, könnte man sich überlegen, jeder Einwohnerin und jedem Einwohner einen Gutschein für einen Gratis Eintritt für die Museen der nächsten Steuerrechnung oder einer Stromrechnung beizulegen. So kann der Tag vom Besuch selbst gewählt werden und es kommt auch nicht zu einem grossen, regelmässigen Besucheransturm an einem bestimmten Tag.

**G. Gisler (SVP):** Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis. Dazu drei Punkte:

- 1) Wir nehmen zur Kenntnis, dass bereits heute mit gegen 900 Workshops pro Jahr für Schüler und Schülerinnen aktiv an der Kulturvermittlung gearbeitet wird; Zudem sind die Eintrittstarife, gemessen an dem, was die Museen anbieten, bereits sehr moderat.
- 2) Die Leistungsvereinbarungen mit den verschiedenen kulturellen Institutionen sind ein ausgewogenes Gefüge, welches wir nicht durch eine solche Änderung gefährden sollten.
- 3) Eine Verlagerung des Besucheraufkommens auf diesen einen Gratis-Tag im Monat erachten wir als unerwünscht und zudem impliziert ein Gratis Eintritt stets auch eine gewisse Entwertung der betreffenden Institution.

**D. Roth-Nater (EVP):** Der Zugang zur Kunst und Kultur soll in unserer Stadt für alle ermöglicht werden. Und der Ruf als Winterthurer Kulturstadt ist auch nicht weit hergeholt, denn es gibt tatsächlich über 20 und noch viel mehr Institutionen und Lokalitäten, die sich auf Stadtgebiet befinden und die der Kultur gewidmet sind. Ein vielseitiges Kunstvermittlungsangebot ist verankert in der parlamentarischen Zielsetzung der entsprechenden Produktgruppe. Aus dem Bericht geht meines Erachtens klar hervor, dass die einzelnen Institutionen nach den Massgaben ihrer Besonderheiten beurteilen, wie und wo sie ihre Reduktionen anbieten. Das kann ich nachvollziehen und teilweise verstehen, was aber nicht heisst, dass es für die Winterthurer Bevölkerung einfach ist, sich über alle die spezifischen Reduktionen einen Über-

blick zu verschaffen. Ohne einige Stunden zu investieren, was es jetzt wo und wie am günstigsten oder allenfalls auch gratis zu sehen, zu hören und zu erleben gibt. Aus dieser Perspektive wäre es wünschenswert, wenn die Stadt auf einheitliche Anreizsysteme hinweisen könnte und ganz spezifisch fördern würde, wie das eben mit einem eintrittsfreien Tag pro Monat der Fall wäre.

Der Bericht wurde sorgfältig und genau recherchiert und deshalb sind wir bereit, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Das heisst aber nicht, dass wir die Situation und das Anliegen, Kunst und Kultur der Bevölkerung einfacher zugänglich zu machen, aus den Augen verlieren möchten.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich möchte einleitend sagen: In der Tat ist es schon etwas älter, dieser Antrag und der Bericht – aber nicht wegen dem Stadtrat. Ich möchte das betonen. Ansonsten kann ich mit Ihren Rückmeldungen leben. Ich finde diese gerechtfertigt.

Wir bleiben bei der Meinung, wie wir es in der Antwort geschrieben haben, dass die freien Eintritte jetzt nicht das entscheidende Element sind – ausser Sie sind bei der Budgetdebatte bereit, höhere Kulturausgaben zu sprechen. Davon gehe ich aber nicht aus. Es ist halt so: Wenn wir freie Eintritte machen, dann muss das irgendjemand berappen.

Es ist richtig darauf hingewiesen worden, dass wir mit dem House of Winterthur eine Institution haben, die sich diesem Thema annimmt: Stärkung der Kulturstadt und auch vom Tourismus. Und wir haben dort jetzt seit ein paar Monaten eine Kulturmarketingverantwortliche, die sich diesen Fragestellungen initiativ angenommen hat und da sicher auch spürbar etwas bewegen können wird.

Die Hürden abbauen, das machen wir mit anderen Instrumenten. Wir gehen mit einer qualitativ sehr guten Museumspädagogik und Theaterpädagogik die Kinder und Jugendlichen an und führen sie an die Welt der verschiedenen Kulturinstitutionen heran und hinein. Wir haben beim Musikkollegium Pflicht-Freikonzerte, wo jedermann mit Gratiseintritt bei diesen Konzerten des Musikkollegiums dabei sein kann und diese klassische Musik hören kann. Wir haben andere Instrumente, mit denen wir den Zugang zu diesen Kulturinstitutionen öffnen.

Ich habe gehört, was alles an Vorschlägen einging, auch dass man weiterhin diese Sache beobachtet. Auch wir sind offen, auch in diesem Bereich, wenn wir Sachen umsetzen können, wo man etwas verbessern kann. Am liebsten sind mir natürlich die Verbesserungen, die nichts kosten, und da haben wir vielleicht noch ein Potenzial.

Ich möchte noch auf etwas anderes hinweisen wegen den freien Eintritten, die man der Steuererklärung beilegen könnte: Beim House of Winterthur kann man „Kultur- und Genussscheine“ kaufen. Diese dienen den Kulturinstitutionen, der Gastronomie und dem House of Winterthur. Besten Dank.

**Ratspräsident D. Oswald:** Es sind keine ablehnenden Voten zum Postulatsbericht oder Zusatzbericht geäussert worden, somit ist dieses Postulat erledigt.

Es ist 21.50 Uhr. Ich beginne nicht mehr mit einem neuen Geschäft, wir kämen nicht durch vor 22 Uhr. Ich schliesse die Sitzung und wünsche allen einen schönen Abend.

---

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

D. Oswald (SVP)

M. Sorgo (SP)

R. Diener (Grüne)